

Anlagenkonvolut

zum Wortprotokoll der 75. Sitzung des
Ausschusses für Menschenrechte und
humanitäre Hilfe am 18. Dezember 2024



Ausschussdrucksache 20(17)96

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 18. Dezember 2024 zum Thema

„Vergessene humanitäre Krisen“

Dr. Thorsten Klose-Zuber

Generalsekretär der humanitären Hilfsorganisation Help, Hilfe zur Selbsthilfe e.V.

■ Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Vergessene humanitäre Krisen“

Schriftliche Stellungnahme von Dr. Thorsten Klose-Zuber, Generalsekretär, Help – Hilfe zur Selbsthilfe e.V.

Help – Hilfe zur Selbsthilfe e.V. ist als Hilfsorganisation derzeit in 28 Ländern tätig, darunter in zahlreichen Regionen, die von der internationalen Gemeinschaft gar nicht bis nur wenig beachtet werden. In diesen vernachlässigten oder **vergessenen humanitären Krisen** sind die Aufmerksamkeit von Medien und Politik derart gering, dass sowohl die private Spendenbereitschaft als auch die öffentliche Geberfinanzierung **nicht ausreichen, um selbst die grundlegendsten humanitären Bedarfe** vor Ort zu decken.

Vergessene Krisen sind die fatalen Folgen einer zunehmenden **Aufmerksamkeitsökonomie** in Politik, Medien und Gesellschaft. Das internationale humanitäre System, welches auf einer regelbasierten, multilateralen Zusammenarbeit basiert, sollte dieser Dynamik und diesem Missstand eigentlich entgegenwirken – geleitet von einer **strikten Bedarfsorientierung und der Achtung der humanitären Prinzipien**: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität.

Stattdessen beobachten wir in zahlreichen vergessenen Krisen eine besorgniserregende Entwicklung: Die Orientierung des humanitären Systems an tatsächlichen humanitären Bedarfen und Dringlichkeiten gerät zunehmend unter Druck. Es besteht die Gefahr eines konkreten **Scheiterns dieser Bedarfs- und Dringlichkeitsorientierung**.

Während in einigen Krisen, wie etwa in der Ukraine, eine umfassende Versorgung der notleidenden Bevölkerung und breite Abdeckung verschiedenster humanitärer Bedarfe möglich ist, bleiben **Millionen von Menschen in anderen Kontexten ohne lebensrettende Grundversorgung**. Gerade in diesen Regionen mit geringer medialer Präsenz und fehlendem öffentlichen Interesse **sind öffentliche Geber gefordert**, da dort kaum private Spendengelder zur Verfügung stehen.

Einige Beispiele verdeutlichen die Tragweite des Problems:

- In **Sambia** leiden **6,6 Mio. Menschen** unter Hunger und Wasserknappheit infolge der schlimmsten Dürre seit 100 Jahren. Die von den Vereinten Nationen ermittelten finanziellen Bedarfe sind dort jedoch in diesem Jahr nur zu knapp **18%** gedeckt¹.
- In **Äthiopien** waren in diesem Jahr **21,4 Mio. Menschen** auf humanitäre Hilfe angewiesen, darunter **15,8 Mio. Menschen** aufgrund von extremer Ernährungsunsicherheit im Land, der überwiegende Teil davon Kinder. Trotz dieser lebensbedrohlichen Lage wurden von der internationalen Gemeinschaft **weniger als 25%** der notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt².

¹ UN OCHA. 2024. Global Humanitarian Overview 2024. Zambia. <https://humanitarianaction.info/plan/1198/financials#page-title>.

² UN OCHA. 2024. Global Humanitarian Overview 2024. Ethiopia. <https://humanitarianaction.info/plan/1195/financials#page-title>.

- Auch **Syrien**, wo seit Jahren konstant **mehr als 10 Mio. Menschen** auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, wird mit **weniger als einem Drittel der benötigten Mittel** zunehmend zur vernachlässigten Krise³. Mit Blick auf den jüngsten **Machtwechsel** und den enormen Chancen aber auch **humanitären Herausforderungen** vor denen Syrien jetzt steht, ist das ein **besorgniserregender Trend**.

Angesichts der zunehmenden Anzahl an Krisenkontexten und gleichzeitig abnehmender Finanzierungsgrundlagen ist eine **Priorisierung humanitärer Mittel unvermeidlich**. Während der Einsatz von Geldern *innerhalb* einzelner humanitärer Krisen weitestgehend nach der Dringlichkeit und Schwere der humanitären Bedarfe priorisiert wird, gelingt dies auf *globaler und kontextübergreifender* Ebene immer weniger. In der Folge **droht das Scheitern des humanitären Systems**.

Befördert wird diese globale Ungleichverteilung von Mitteln und das drohende Scheitern des humanitären Systems durch eine zunehmende **Politisierung der humanitären Hilfe entlang außen- und sicherheitspolitischer Interessen**, die nicht in erster Linie eine Bedarfsorientierung der Hilfe zum Ziel hat. Dies läuft den humanitären Prinzipien grundsätzlich zuwider und macht vergessene Krisen in ihrer heutigen Form erst möglich bzw. verschärft diese weiter.

Gerade **in vergessenen Krisen sind die humanitären Bedarfe oft besonders dringlich**. Eine konsequent bedarfsorientierte Mittelvergabe innerhalb des humanitären Systems würde folglich erheblich dazu beitragen, dass sich diese Kontexte nicht in dieser Lage wiederfinden bzw. nicht vergessen würden.

Die Rolle Deutschlands als verlässlicher Geber in vergessenen Krisen

Deutschland gilt im internationalen Vergleich bisher als weitgehend **bedarfsorientierter Geber**. Dennoch gab es in den vergangenen Jahren bereits **Abweichungen von diesem Grundsatz**, etwa mit Blick auf die humanitäre Lage in Äthiopien, Sudan, Zimbabwe oder Haiti⁴.

In Anbetracht der aktuellen Haushaltskürzungen besteht zu befürchten, dass sich diese Entwicklung fortsetzt und **Mittel zunehmend auf wenige Krisen in geopolitisch relevanten Nachbarregionen** konzentriert werden. Dies würde zulasten der zunehmenden Zahl an vernachlässigten und vergessenen Krisen gehen. Zudem könnte dies langfristig das Vertrauen in Deutschland als verlässlichen und bedarfsorientierten Geber bei lokalen humanitären Akteur:innen und Gemeinden in vergessenen Krisen erheblich beeinträchtigen.

Wenn Deutschland eine **bedarfsorientierte und prinzipienorientierte humanitäre Hilfe** als Markenzeichen beibehalten möchte, muss sich auch die Mittelvergabe konsequent danach ausrichten. **Das dies möglich ist, beweist die Bundesregierung** an anderer Stelle: für neu auftretende humanitäre Krisen stellt Deutschland beispielsweise ungebundene Gelder dem Central Emergency Response Fund (CERF) der Vereinten Nationen zur Verfügung. Ebenso werden Nichtregierungsorganisationen mit Globalvorhaben

³ UN OCHA. 2024. Global Humanitarian Overview 2024. Syrian Arab Republic. <https://humanitarianaction.info/plan/1175/financials#page-title>.

⁴ Centre for Humanitarian Action. 2023. Principled Payer, but Purposeful Player? Internationale Wahrnehmungen deutscher humanitärer Hilfe und die Folgen für Deutschlands Strategiefähigkeit. https://www.chaberlin.org/wp-content/uploads/dlm_uploads/2024/01/payer-player-de-web.pdf.

unterstützt, deren Mittel ausschließlich bei neu auftretenden humanitären Bedarfen verausgabt werden – unabhängig vom Einsatzland.

Da langanhaltende und oft vergessene Krisen von diesen Instrumenten jedoch weniger profitieren, ist es umso wichtiger, dass die Bundesregierung ihre humanitäre Mittelvergabe unabhängig von medial-öffentlichen und spezifischen sicherheitspolitischen Interessen **grundsätzlich an den tatsächlichen globalen humanitären Bedarfen ausrichtet**.

Als zweitgrößter humanitärer Geber ist Deutschland nicht nur in der Lage, sondern auch in der besonderen Verantwortung, sich weiterhin **für ein regelbasiertes humanitäres System einzusetzen**, welches die Bedarfsorientierung und die humanitären Prinzipien in den Mittelpunkt stellt. Eine Abkehr vom Prinzip der Bedarfsorientierung würde **Deutschlands bisherige wichtige Rolle** als ernstzunehmender Akteur mit hoher Glaubwürdigkeit in humanitären Reformprozessen für eine effektivere, effizientere und gerechtere humanitäre Hilfe gefährden. Gleichzeitig würde es vergessene Krisen noch weiter verschärfen.

Auch für die dringend erforderliche **Erweiterung der Geberbasis** wäre diese Entwicklung kontraproduktiv: Geber wie etwa Frankreich oder Qatar, die bislang deutlich hinter ihren finanziellen Möglichkeiten zurückbleiben, lassen sich von einem stärkeren Engagement in unterfinanzierten und vergessenen Krisen wahrscheinlich besser überzeugen, wenn auch Deutschland sich hier entsprechend engagiert. Zudem wäre es auch hier nicht im Interesse eines regelbasierten humanitären Systems, wenn neue Geber ihre humanitäre Hilfe vordringlich entlang ihrer außen- und sicherheitspolitischen Interessen ausrichten.

Wenn die Bundesregierung im Rahmen von wichtigen multilateralen Foren oder Reformprozessen wie dem *Grand Bargain* merkbare Verbesserungen im humanitären System erreichen möchte, muss sie die **humanitären Prinzipien und eine Bedarfsorientierung selbst glaubwürdig vertreten** können.

Lokalisierung als Schlüssel gegen vergessene Krisen

Help – Hilfe zur Selbsthilfe agiert im Rahmen seines humanitären Mandats seit vielen Jahrzehnten im Spannungsfeld zwischen mangelnder politischer, medialer und öffentlicher Aufmerksamkeit und drastischen humanitären Bedarfen. Unser grundlegendes **Handlungsprinzip** tragen wir seit unserer Gründung 1981 im Namen – die **Hilfe zur Selbsthilfe**. Dieses Prinzip zielt darauf ab, dass die von Not betroffenen Menschen und Gemeinschaften nicht als passive Hilfesempfänger:innen begriffen werden, sondern als **selbstständige und selbstbestimmte Akteur:innen**, die ihre Zukunft eigenverantwortlich stärken wollen und selbst am besten wissen, was sie benötigen, um ihr Leben aus eigener Kraft sichern und gestalten zu können.

Der zentrale Baustein, um gerade in vergessenen Krisen effektive Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und die Wirksamkeit humanitärer Hilfe trotz zurückgehender Mittel zu erhöhen, ist die **Lokalisierung von Hilfsmaßnahmen**. Das bedeutet, dass bei der Planung, Durchführung und Evaluierung von humanitären Vorhaben auf die Expertise von lokalen humanitären Akteur:innen vor Ort vertraut wird und diese erheblich stärker Entscheidungen treffen und Verantwortung der Projektimplementierung übernehmen können.

Lokalisierung stärkt gezielt die Kapazitäten und Ressourcen von lokalen humanitären Akteur:innen, um Krisenlagen und wiederkehrende Belastungen eigenständig zu überwinden. Dies ist im Hinblick auf die kurzlebige internationale Aufmerksamkeit **deutlich nachhaltiger** als die teils kostenintensive Eigenimplementierung internationaler Organisationen und eignet sich daher insbesondere als **Instrument zur Vermeidung von vergessenen Krisen**.

Die **lokale Zivilgesellschaft** ist, im Gegensatz zu internationalen Akteur:innen, **nicht im selben Maße von der humanitären Aufmerksamkeitsökonomie getrieben**. Gleichzeitig sind lokale humanitäre Nichtregierungsorganisationen in ihren kulturellen und sozialen Kontexten verwurzelt und genießen häufig ein **höheres Vertrauen** und einen deutlich **besseren Zugang** zu den notleidenden Gemeinden. Gemeinsam mit einem guten **Kontext- und Sprachverständnis** können so die Bedarfe von vulnerablen Bevölkerungsgruppen in vergessenen Krisen effektiver und sensibler erhoben und konkrete humanitäre Maßnahmen genauer auf die Zielgruppen ausgerichtet werden. Lokale humanitäre Akteur:innen sind **Ersthelfer in praktisch jeder humanitären Notsituation** und bleiben auch dann noch vor Ort aktiv, wenn internationale Organisationen ihr Engagement längst eingestellt haben.

Gerade in vergessenen humanitären Krisen ist es deshalb die lokale Zivilgesellschaft, welche die **Konsequenzen einer mangelnden Bedarfsorientierung im internationalen humanitären System ausgleichen** muss. Haushaltskürzungen in der humanitären Hilfe machen es dann umso schwieriger, dass die lokale Zivilgesellschaft hier die nötige Unterstützung bei dieser herausfordernden Aufgabe erhält.

Wir begrüßen daher sehr, dass sich das Auswärtige Amt in seiner **neuen humanitären Strategie** deutlich zur stärkeren Lokalisierung humanitärer Hilfe bekennt. Die Implementierungspartner sind hier jedoch dringend auf konkrete Schritte und eine längerfristige Finanzierungsgrundlage zur Umsetzung dieser Ambitionen angewiesen.

Empfehlungen für eine humanitäre Hilfe zur Vorbeugung vergessener Krisen

- 1) Möglichst direkte Finanzierung lokaler Organisationen:** Es sollten innovative Finanzierungsmodelle pilotiert werden, die gezielt die Förderung von Projektideen der lokalen Zivilgesellschaft in vergessenen Krisen ermöglichen.
- 2) Stärkung der Bedarfsorientierung:** Die Mittelvergabe sollte möglichst unabhängig von geopolitisch motivierten Schwerpunkten, sondern vor allem auf Grundlage der globalen humanitären Bedarfe ausgerichtet werden. Dadurch sinkt das Risiko, dass dringende humanitäre Bedarfe unterfinanziert werden.
- 3) Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft:** Lokale humanitäre Organisationen sollten institutionell in ihren Kapazitäten und Ressourcen gestärkt werden, um auch in unterfinanzierten Krisen handlungsfähig zu bleiben und notleidende Menschen noch zu erreichen zu können.
- 4) Verantwortung übernehmen und Glaubwürdigkeit wahren:** Deutschland sollte seine Rolle als verlässlicher und zweitgrößter Geber weiterhin nutzen, um die Lokalisierung in den Reformprozessen wie dem *Grand Bargain* auf der internationalen Ebene voranzutreiben, andere Geber zu mehr Engagement zu bewegen und bei der Weiterentwicklung des humanitären Systems vor allem an der Bedarfsorientierung und den humanitären Prinzipien festhalten.



Ausschussdrucksache 20(17)97

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 18. Dezember 2024 zum Thema

„Vergessene humanitäre Krisen“

Ariane Bauer

Regionaldirektorin der Operationen für EURASIEN, Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

zum Thema „Vergessene humanitäre Krisen“

18. Dezember 2024 von 14.00 bis 17.00 Uhr

Stellungnahmen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK)

Frage 1 – Humanitäre Krisen in Fokus

In der demokratischen Republik Kongo (DRK) herrscht gerade nicht nur eine schwerwiegende humanitäre Krise, das Land ist auch mit einer Epidemie von Cholera, Masern und vor allem Mpox konfrontiert. Wie bewerten Sie die humanitäre Lage in der DRK und welche Hindernisse sehen Sie für einen sicheren und effektiven humanitären Zugang in den Konfliktgebieten? Wie kann sichergestellt werden, dass die Krise in der DRK in der internationalen Gemeinschaft nicht aus dem Fokus gerät und ausreichend politische sowie finanzielle Unterstützung erhält? (SPD)

Die humanitäre Krise in Jemen gehört zu den am meisten vernachlässigten Krisen weltweit. Erschwerend kommt hinzu, dass in diesem Fall kaum funktionierende diplomatische Beziehungen bzw. Kontakte zu lokalen Behörden und Entscheidungsträgern existieren. Wie beurteilen Sie die aktuelle humanitäre Situation in Jemen? Welche spezifischen Herausforderungen bestehen für humanitäre Hilfe, wenn, wie im Fall von Jemen oder Sudan, die diplomatischen Beziehungen und Kontakten zu lokalen Behörden sehr rudimentär sind? (SPD)

Antwort

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist eine neutrale, unparteiische und unabhängige Organisation, deren ausschließlicher humanitärer Auftrag darin besteht, das Leben und die Würde der Opfer von bewaffneten Konflikten und anderen Gewaltsituationen zu schützen und ihnen Hilfe zu leisten. Darüber hinaus bemüht sich das IKRK, Leid zu verhindern, indem es das humanitäre Recht und die universellen humanitären Grundsätze fördert und stärkt.

Das IKRK wurde 1863 gegründet und ist der Ursprung der Genfer Konventionen und der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung. Es leitet und koordiniert die internationalen Aktivitäten der Bewegung in bewaffneten Konflikten und anderen Situationen der Gewalt.

Das IKRK ist heute in mehr als 100 Ländern tätig und hat rund 17 500 Mitarbeiter, die in verschiedenen und verfügt über ein Budget von rund 2,3 Milliarden Euro für 2025. Aufgrund seiner langjährigen Präsenz, seines Zugangs und seiner Nähe zu den Gemeinschaften sowie seines Dialogs mit Behörden und anderen Akteuren kennt das IKRK die Gegebenheiten vor Ort und die Bedürfnisse der betroffenen Menschen aus erster Hand.

Demokratische Republik Kongo

Aktuelle humanitäre Lage

Die sicherheitspolitischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen in der Demokratischen Republik Kongo verschlechtern sich vor dem Hintergrund der zunehmenden Regionalisierung der Konflikte im Osten des Landes, eines groß angelegten Konflikts in Nord-Kivu und einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise weiter. Infolgedessen hat sich die humanitäre Lage in der DRK in den letzten Monaten drastisch verschlechtert.

Die Anwesenheit zahlreicher bewaffneter Kämpfer in ländlichen Gebieten hat dazu geführt, dass die Zahl der körperlichen (einschließlich sexuellen) Übergriffe und illegalen Besteuerungen bei den vertriebenen Familien - in Nord-Kivu leben derzeit 2,5 Millionen Menschen auf der Flucht vor dem Konflikt - erheblich zugenommen hat. Da die Kämpfe den Zugang zu den Feldern einschränken und illegale Straßensperren den Personen- und Warenverkehr behindern, ist die überwiegend ländliche Bevölkerung aufgrund der geringeren landwirtschaftlichen Produktion auch mit steigenden Preisen konfrontiert.

Die Kämpfe in dicht besiedelten Gebieten in Nord-Kivu und entlang der Grenze zur Provinz Süd-Kivu führen dazu, dass viele Zivilisten, darunter auch Kinder, schwer verletzt werden. In der ersten Hälfte des Jahres 2024 waren fast die Hälfte der wegen Kriegsverletzungen behandelten Patienten Zivilisten (43 %). Unsere chirurgischen Teams behandelten in der ersten Jahreshälfte 2024 1.209 Waffenwunden, von denen 30 % durch Explosionen verursacht wurden. Die Art der Waffen (Einsatz von schwerer Artillerie) erschwert die Behandlung und Heilung von Verletzungen. In den Krankenhäusern herrscht ein gravierender Mangel an Vorräten, Ausrüstung und qualifiziertem Personal, so dass sie gezwungen sind, Patienten in andere Städte zu evakuieren. Zum Beispiel musste das vom IKRK unterstützte Krankenhaus in Goma seine Aufnahmekapazität auf über 100 Betten verdoppeln.

Humanitäre Hilfe – was derzeit trotz aller Widrigkeiten möglich ist

Wir führen einen bilateralen und vertraulichen humanitären Dialog mit allen Konfliktparteien, um sie zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts aufzufordern. Beispielsweise hat das IKRK die Rolle des neutralen Vermittlers zwischen M23 und den staatlichen Behörden wahrnehmen können, und auf deren Wunsch hin den Transfer von Medikamenten zu Gesundheitseinrichtungen des Gesundheitsministeriums in von der M23 kontrollierte Gebiete erleichtert. Dank dieser Kontakte hat das IKRK auch die Freilassung von FARDC-Häftlingen unterstützen können. Diese Kontakte bieten uns auch die Möglichkeit, Fragen rund um den humanitären Zugang anzusprechen.

In den letzten Monaten konnten wir einige Hilfseinsätze in isolierten Gebieten durchführen. Beispielsweise verteilten wir zwischen Januar und November 2024 Lebensmittel, Bargeld für Lebensmittel und andere lebenswichtige Güter an mehr als 385.000 Menschen rund um Goma im Nyiragongo-Territorium, Kanyabayonga im Lubero-Territorium und Bweza im Rutshuru-Territorium in Nord-Kivu sowie Minova und Bulenga in Kalehe Gebiet in Süd-Kivu. Unsere Arbeit zur Sicherung des Zugangs zu Trinkwasser im Bezirk Kimina in Kanyabayonga, Nord-Kivu und in Süd-Kivu (Minova, Bulenga und Buganga) ermöglichte mehr als 120.000 Menschen Zugang zu Trinkwasser.

Im Bereich der Wiederherstellung familiärer Kontakte arbeiten wir mit dem Roten Kreuz der Demokratischen Republik Kongo zusammen. Mit seinem über das ganze Land verteilten Netzwerk von Freiwilligen wurden besonders in der ersten Jahreshälfte in allen betroffenen Gebieten rund um Goma in Nord-Kivu und in Minova in Süd-Kivu Telefonzellen eingerichtet, um Menschen dabei zu unterstützen, kostenlos mit ihren Familienmitgliedern zu telefonieren, zu denen sie aufgrund des Krieges den Kontakt verloren haben. Im Rahmen dieser Schutzmaßnahmen wurden kürzlich mehrere Dutzend Kinder mit ihren Familien wieder zusammengeführt.

Trotz dieser Erfolge wird die Bereitstellung von humanitärer Hilfe, insbesondere von medizinischer Versorgung und Nahrungsmitteln, mit der Intensivierung der Kämpfe immer schwieriger. Ein sicherer humanitärer Zugang ist von entscheidender Bedeutung, um den wachsenden Bedürfnissen der vom Konflikt betroffenen Gemeinschaften gerecht zu werden. Diese Menschen sind immer verzweifelter und haben oft keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung.

Jemen

Aktuelle humanitäre Lage

Jemen befindet sich in einer Abwärtsspirale, die durch den jahrelangen Konflikt und den mangelnden politischen Willen, dauerhafte Lösungen zu finden, verursacht wird. Die Wirtschaft steht am Rande des Zusammenbruchs, 80 % der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze, und ein Großteil der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes ist am Ende. Jemen hat eines der niedrigsten Verhältnisse von Wasser zu Einwohnern weltweit, und dieses Verhältnis verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Der Klimawandel, der durch Dürreperioden und schwere Überschwemmungen gekennzeichnet ist, wird zu einem großen humanitären Problem. Die jüngsten Überschwemmungen im Jemen haben allein über 50'000 Haushalte schwer geschädigt. Hodeida, Taiz, Marib, Sanaa und Hajja gehören zu den am stärksten betroffenen Gouvernoraten.

Die Bewertung der humanitären Lage ist erschütternd. Mehr als 18,2 Millionen Menschen (von insgesamt 35,3), darunter 4,5 Millionen Binnenvertriebene, benötigen humanitäre Hilfe. 17,6 Millionen Menschen sind stark von Ernährungsunsicherheit betroffen, und die Unterernährungsraten steigen. Da Jemen in hohem Maße von Nahrungsmittelimporten abhängig ist, ist das Land sehr anfällig für Schocks. Ein wichtiges WFP-Programm zur Verteilung von Nahrungsmitteln wurde im Juni 2023 ausgesetzt und noch nicht wieder aufgenommen. Mehr als 20,1 Millionen Menschen haben derzeit keinen Zugang zur medizinischen Grundversorgung. Landesweit sind nur noch 50 % der Gesundheitseinrichtungen in Betrieb, was die Bewältigung von Krankheitsausbrüchen (z. B. Cholera) und wiederauftretenden vermeidbaren Krankheiten (z. B. Masern) äußerst schwierig macht.

Entscheidend – insbesondere für Deutschland und seine Unterstützung von Minenaktionsprogrammen - ist, dass der Jemen zu den am stärksten mit Waffen verseuchten Ländern der Welt gehört und die dritthöchste Zahl von Opfern weltweit aufweist (343, darunter 152 Kinder, im Jahr 2023). Explosive Bedrohungen schränken den Zugang zu Ackerland, Privateigentum und wichtigen Straßen, die zu den Märkten führen, sowie zu wichtigen Dienstleistungen ein.

Humanitäre Hilfe - was derzeit trotz aller Widrigkeiten machbar ist

In Anbetracht der zu erwartenden Stagnation (im besten Fall) und der wahrscheinlichen Verschlechterung der humanitären Lage gelingt es dem IKRK, im gesamten Jemen ein großes, vielseitiges Einsatzgebiet aufrechtzuerhalten, das sowohl akute als auch langfristige Bedürfnisse abdeckt, und zwar durch eine Kombination aus notfallähnlichen und frühzeitigen Wiederaufbaumaßnahmen, die nach Möglichkeit in Abstimmung mit der jemenitischen Rothalbmondgesellschaft durchgeführt werden.

Vorrangig werden Schutzmaßnahmen durchgeführt, wobei unsere anerkannte neutrale Vermittlerrolle genutzt wird, um die Befreiung von Gefangenen zu erleichtern. So ermöglichten im Frühling dem IKRK die Kontakte mit der AAH die Möglichkeit, die Freilassung von 113 Gefangenen zu ermöglichen. . Nach monatelangen Verhandlungen konnten IKRK-Delegierte alle 25 Besatzungsmitglieder der Galaxy Leader, die seit November 2023 in Hodeida festgehalten werden, besuchen und ihnen Family-Links-Dienste anbieten. Im Rahmen des Stockholmer Abkommens spielt das IKRK auch eine Rolle bei der Rückführung menschlicher Überreste über die Frontlinien hinweg.

Zum Schluss: Einige konkrete Schritte, um die Lage in der Demokratischen Republik Kongo und im Jemen zu lindern

Erstens: Ganz konkret für ein systemrelevantes Geberland wie Deutschland, ob beispielhaft im Jemen oder in der Demokratischen Republik Kongo, gilt es die Wichtigkeit von flexiblen Fördermitteln herauszustreichen. Die Bereitstellung einer flexiblen Finanzierung ist ein Zeichen von gegenseitigem Vertrauen, die es dem IKRK ermöglicht, sich auch weiterhin den Bedürfnissen der Menschen in den am stärksten gefährdeten Situationen gerecht zu werden, auch wenn diese humanitären Notlagen nicht mehr in den Medien erwähnt werden.

Flexible Mittel erlauben dem IKRK seine Operationen laufend anzupassen und zum Beispiel die humanitären Folgen im Zusammenhang mit Inhaftierten, Vermissten und Toten anzugehen, auch durch seine neutrale Vermittlerrolle, was Auswirkungen auf die Vertrauensbildung und politische Lösungsprozesse indirekt oder direkt unterstützen kann.

Zweitens: Nachhaltige Investitionen in Schutzmaßnahmen, multidisziplinäre Programme und dauerhafte Lösungen sind von entscheidender Bedeutung, aber diese Aufgabe kann nicht allein den humanitären Akteuren überlassen werden. Konfliktparteien, Staaten und Geber können die Verantwortung für die Versorgung von Millionen von Menschen, die Subventionierung des Staates und die Verhinderung des Zusammenbruchs der Wirtschaft nicht auf die humanitären Organisationen abwälzen - sie müssen förderliche politische Maßnahmen und nachhaltige Lösungen umsetzen, damit die Systeme wieder funktionieren.

Die Langwierigkeit der Krisen wie im Jemen oder in der Demokratischen Republik Kongo bedeutet, dass die Reaktionen auf Notsituationen durch mehrjährige „stabilisierende“ Maßnahmen ergänzt werden. Wie das u.a. in der neuen deutschen Humanitären Strategie unterstrichen wird, d.h. eine Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Arbeit unter Berücksichtigung relevanter Mandate. So arbeitet das IKRK in Jemen mit der Weltbank zusammen, um nachhaltige Lebensgrundlagen im Bereich der Tiergesundheit zu schaffen, und plant Investitionen in die Sanierung städtischer Wassersysteme in Aden.

Drittens: Staaten wie Deutschland müssen ihre Aufmerksamkeit auch auf politische Lösungen lenken und dabei die dringenden Bedürfnisse der Menschen in den Zentrum stellenIm Jemen zum Beispiel behindert die Politisierung und Instrumentalisierung der humanitären Maßnahmen - durch die Konfliktparteien, ihre Verbündeten und die Geber - eine wirksame, prinzipienfeste Reaktion auf die humanitären Bedürfnisse. Auch wenn sich Zugangsprobleme verschärft haben, sind die Probleme nicht auf die von der AAH kontrollierten Gebiete beschränkt und dürfen nicht dazu führen, dass die Mittel, die zur Deckung des Umfangs und der Vielfalt der Bedürfnisse im Norden und Süden erforderlich sind, nicht bereitgestellt werden.

Das heisst, dass Konfliktparteien, beteiligte Staaten aber auch Drittstaaten wie Deutschland, ob in der Demokratischen Republik Kongo, im Jemen oder in anderen Krisengebieten sich dafür einsetzen müssen, **dass das humanitäre Völkerrecht und nicht militärische, politische oder sicherheitspolitische Erwägungen den Rahmen für die Lösungsfindung bilden.** Andernfalls wird der humanitäre Zugang weiterhin gefährdet sein.

Frage 2 - Strategie des Auswärtigen Amtes zur humanitären Hilfe und Auswirkungen der Budgetkürzungen

Welche operativen Implikationen hat die Strategie des Auswärtigen Amtes für humanitäre Hilfe im Ausland auf die Arbeit humanitärer Hilfsorganisationen insbesondere mit Blick auf vergessene humanitäre Krisen? (CDU/CSU)

Welche Risiken und Folgen ergeben sich für Deutschlands Rolle und den gestalterischen Einfluss auf das reformbedürftige humanitäre System aufgrund der massiven Kürzungen des deutschen humanitären Budgets? (CDU/CSU)

Internationale Organisationen fordern immer wieder, dass humanitäre Diplomatie verstärkt eingesetzt werden muss, um die humanitäre Situation der Zivilbevölkerung in Krisengebieten zu verbessern. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund das Kapitel zur humanitären Diplomatie in der neuen Strategie des Auswärtigen Amtes zur humanitären Hilfe im Ausland? Wie aktiv ist Deutschland derzeit im Bereich der humanitären Diplomatie und was ist notwendig, um die humanitäre Diplomatie der Bundesregierung wirksamer zu gestalten? (FDP)

Antwort

Das IKRK reagiert auf einige der kritischsten Notfälle der Welt, einschließlich akuter Krisen, die sofortige Maßnahmen erfordern, aber auch langwieriger Konflikte, die mehrjährige Antworten erfordern. Diese Arbeit setzt sich unabhängig von Schwankungen in der Medienberichterstattung oder dem Interesse der Geldgeber fort. Allerdings bedroht chronische Unterfinanzierung zunehmend die Fähigkeit des IKRK, wachsenden humanitären Bedürfnissen auf sinnvolle Weise gerecht zu werden. Jahr für Jahr gehören einige seiner größten Einsätze, insbesondere in Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten, zu den am wenigsten finanzierten – beispielsweise der Südsudan und der Jemen, wo langanhaltende Konflikte umfangreiche Bedürfnisse geschaffen haben; und Mali, Nigeria und Somalia, wo die Situation durch Ernährungsunsicherheit und die Klimakrise verschärft wird. Andere Kontexte, wie die Demokratische Republik Kongo – wo das IKRK seit Jahrzehnten eine wichtige Präsenz aufrechterhält und weiterhin einen greifbaren Unterschied für die Menschen macht, obwohl die Situation aus dem Medienfokus gefallen ist, weisen kritische Finanzierungslücken auf.

Um weiterhin schnell und wirksam reagieren zu können, ist das IKRK auf flexible Beiträge, zu denen nicht zweckgebundene und lose zweckgebundene Mittel gehören. Diese hochwertige Finanzierung ist für die schnelle, effiziente und effektive Erfüllung des Mandats und des bedarfsorientierten Ansatzes des IKRK von wesentlicher Bedeutung, da es Ressourcen dort einzusetzen, wo sie am dringendsten benötigt werden, sich rasch an sich entwickelnde Krisen anzupassen und Operationen in unterfinanzierten Kontexten. Die humanitäre Strategie des Auswärtigen Amtes sieht dies vor und das IKRK kann die Wichtigkeit der grosszügigen und hochwertigen finanziellen Beiträge Deutschlands über die vergangenen Jahr nur unterstreichen und verdanken. Auch in Zeiten eines schrumpfenden humanitären Budgets der Bundesregierung muss die Qualität der Gelder hochgehalten werden, damit humanitäre Organisationen in obgenannten Konflikten humanitäre Hilfe in einer sinnvollen Grössenordnung leisten kann.

Eine hochgradige Qualität der Gelder würde auch dazu beitragen, Deutschlands gestalterischen Einfluss auf das humanitäre System möglichst hoch zu halten; wie schon erwähnt, sind es genau die flexiblen finanziellen Mittel, welche Einsätze in Krisengebieten, die nicht mehr auf der Prioritätenliste der wichtigsten Geldgeber stehen, ermöglichen. Hier gilt es zu unterstreichen, dass die vor Ort vom

Krieg und Leid betroffenen Personen die bewaffneten Auseinandersetzungen sicherlich nicht vergessen haben und auf humanitäre Hilfe angewiesen sind.

In Bezug auf die Qualität der Gelder ist humanitäre Diplomatie ein wichtiger Punkt, ganz konkret wenn es um humanitäre Ausnahmeregelungen in UN Resolutionen geht, welche es humanitären Organisationen ermöglichen in von Sanktionen betroffenen Ländern zu arbeiten, ohne dabei unter dieselben zu Fallen oder sogar strafbar zu werden. Hierzu ist die Unterstützung und das Verständnis Deutschlands weiterhin essentiell.

Frage 3 - Geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt sowie Auswirkungen der Klimakrise

Die Bundesregierung setzt sich für die Weiterentwicklung eines gendersensiblen, inklusiven Ansatzes im internationalen humanitären System ein. Dafür stehen die Leitlinien für feministische Außenpolitik ebenso wie die Strategie zur humanitären Hilfe im Ausland, die beide unter Außenministerin Annalena Baerbock verabschiedet wurden. Angestrebt wird, humanitäre Hilfe zu 100% gendersensibel und, wo immer angezeigt, gender-targeted umzusetzen. 2023 und 2024 hat Deutschland zudem etwa den Vorsitz des Call to Action on Protection from Gender-Based Violence in Emergencies inne. Welche Rolle kommt in der Erfahrung ihrer Organisationen vor Ort geschlechtsspezifischer Diskriminierung und Gewalt in sogenannten vergessenen humanitären Krisen zu und welche spezifisch an Frauen, Mädchen und LGBTIQ gerichtete Unterstützungs- und Schutzangebote haben sich bewährt? Welche zusätzlichen Bedarfe lassen sich in diesem Bereich identifizieren? Wie ließe sich der Zugang von Frauen, Mädchen und LGBTIQ* zu Hilfeleistungen und Schutzmaßnahmen gerade auch in sogenannten vergessenen humanitären Krisen weiter ausbauen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Viele der sogenannten vergessenen humanitären Krisen sind neben ihrer Langjährigkeit von einer Vielzahl sich gegenseitig verstärkender Krisen gekennzeichnet, zuvorderst den unmittelbaren Auswirkungen der Klimakrise vor Ort mit Effekten etwa auf Ernährungssicherheit. Dies hat oftmals unmittelbar dramatische Konsequenzen für die Zivilgesellschaft und kann zugleich den Konflikt weiter befeuern. Zugleich sind viele kurz und längerfristige Effekte der Klimakrise prognostizierbar. Im Einklang mit der unter Außenministerin Annalena Baerbock verabschiedeten Klimaaußenpolitikstrategie strebt die Bundesregierung an, das Instrument der vorausschauenden humanitären Hilfe entsprechend weiter auszubauen. Welche Bedeutung kommt den Auswirkungen der Klimakrise Ihrer Erfahrung nach in vergessenen humanitären Krisen zu und welche zusätzlichen Hilfs- und Schutzbedarfe lassen sich auf dieser Grundlage identifizieren? Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund das Potential vorausschauender humanitärer Hilfe in vergessenen humanitären Krisen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antwort

Geschlechtsspezifische und alle anderen Diversitätsfaktoren prägen die humanitären Bedürfnisse und den Zugang der Menschen zur Arbeit des IKRK. Die IKRK Strategie 2024-2027 sieht die Weiterentwicklung der internen Kapazitäten des IKRK vor, indem eine geschlechtsspezifische Perspektive miteinbezogen wird und inklusive humanitäre Maßnahmen gefördert werden.

Das IKRK erkennt an, dass die von bewaffneten Konflikten betroffene Bevölkerung divers ist. Deshalb ergreift es Massnahmen, um sicherzustellen, dass seine humanitären Aktivitäten inklusiv sind. Das IKRK wendet eine intersektionale Analyse unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse und Fähigkeiten von Opfern/Überlebenden – die durch das Zusammenspiel von Geschlechternormen und Machtdynamiken in der Gesellschaft geprägt sind, an. Individuelle Faktoren wie Alter, sexuelle Orientierung, ethnische Zugehörigkeit, Religion, Behinderung und Rasse, die sich überschneiden, beeinflussen auch die Position, Macht und Verletzlichkeit einer Person innerhalb einer Gesellschaft.

Das IKRK unterstreicht, dass die betroffenen Gemeinschaften Experten für ihre eigene Situation sind, und Agenten des Wandels. Laufende Initiativen zur Stärkung der inklusiven Programmplanung im IKRK können zu einem detaillierteren Verständnis der Art und des Ausmaßes sexueller und geschlechtsspezifischer und das IKRK in die Lage versetzen, seine Präventions- und Reaktionsansätze zu verbessern, dass diese auf die unterschiedlichen Erfahrungen und Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen von Menschen in Bezug auf gegen sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt. Zu diesen Initiativen gehören unter anderem die Entwicklung der Methodik, Referenzmaterialien und

Kapazitäten des IKRK bei der Analyse des sozialen Kontexts auf Mikroebene und seine Fähigkeit, Daten nach Geschlecht, Alter und Behinderung aufzuschlüsseln.

Vorausschauendes Handeln ist Teil eines umfassenden Ansatzes zur Bewältigung von Klima und Katastrophenrisiken. Zu diesen Bemühungen gehören auch längerfristige Formen der Prävention, wie z. B. der Klimawandeladaptation, Katastrophenvorsorge und Programme, die den Menschen helfen, ihre Resilienz zu stärken, indem sie Vorbereitung auf mögliche Schocks sowie traditionelle Formen der humanitären Hilfe. Vorausschauende Ansätze sollten diese Bemühungen ergänzen.

Menschen, die von bewaffneten Konflikten und Gewalt betroffen sind, sind oftmals von den systemischen Voraussetzungen vorausschauender humanitärer Hilfe (Frühwarnsysteme, im Voraus festgelegte Aktionspläne und spezielle Finanzierungspool) ausgenommen.

Vorausschauende humanitäre Hilfe kann Leben retten und sollte an Orten, an denen es zu bewaffneten Konflikten kommt, verstärkt werden. Gleichzeitig schaffen Situationen bewaffneter Konflikte und Gewalt spezifische Bedingungen, die Aufbau und Pflege von Frühwarnsystemen für Klima- und Katastrophenrisiken herausfordernd und potenziell hochgradig politisiert. Das IKRK unterstützt vorausschauende Ansätze in der Konfliktsituationen und betont, wie wichtig es ist, Menschen nicht noch mehr zu gefährden. Auch mit der Unterstützung des Deutschen Roten Kreuzes hat das IKRK über die vergangenen Jahre in diese Arbeit investiert und erste Erfahrungen darin gesammelt, z.B. in Somalia ([The ICRC response to the El Nino flooding in Somalia - Report | International Committee of the Red Cross](#))

Frage 4 - Das Vergessen von Krisen: Ursachen, Entgegenwirken und Rolle der Medien

Viele Krisen - insbesondere in Afrika - existieren seit langer Zeit; es gibt wenig Entwicklung oder Veränderung. Außerdem kommen immer neue Krisen hinzu. Dementsprechend schwierig ist es, die Aufmerksamkeit für diese Kontexte aufrecht zu erhalten. Populismus und Falschinformationen erschweren es zusätzlich, die Dringlichkeit der vergessenen humanitären Krisen angemessen zu beleuchten. Wie kann die deutsche Politik dem entgegenwirken und welche Rolle können dabei NGOs, die Zivilgesellschaft aber auch die Medien spielen? (FDP)

Warum werden Krisen vergessen? Oder: Was sind die Bedingungen auf Seiten der Vergessenden und der Vergessenen, dass sie vergessen werden? (AfD)

Inwieweit unterliegen Krisen, humanitäre oder menschenrechtliche, den Gesetzmäßigkeiten der Massenmedien, und welche Veränderungen sehen Sie mit der Krise der alten Medien (Fernsehen, Print) und dem Erstarken der neuen Medien (online-Plattformen)? (AfD)

Antwort

Das Phänomen der vergessenen Krisen ist auf Dynamiken auf beiden Seiten zurückzuführen – sowohl bei denen, die vergessen, als auch bei denen, die vergessen werden. Medienmüdigkeit und konkurrierende Prioritäten führen oft zu einer geringeren Sichtbarkeit, während psychologische und geografische Distanz das öffentliche Engagement schwächen. Gleichzeitig erschwert die langwierige Natur vieler Konflikte sowie unzureichendes Eintreten für marginalisierte Bevölkerungsgruppen, dass diese Krisen im öffentlichen Bewusstsein bleiben. Das IKRK erlebt die verheerenden Auswirkungen dieser Vernachlässigung aus erster Hand, da die anhaltenden humanitären Bemühungen unterfinanziert werden, wenn Krisen aus dem Fokus geraten. Die wachsende Zahl bewaffneter Konflikte – von etwa 20 vor zwei Jahrzehnten auf heute über 120 – verschärft dieses Problem zusätzlich, da Ressourcen stark belastet werden und es für Organisationen wie das IKRK immer komplexer und schwieriger wird, auf alle Krisen reagieren zu können.

Die Rolle der Medien bei der Gestaltung der öffentlichen Wahrnehmung und der Prioritäten von Finanzierungsentscheidungen ist wichtig. Während die Veränderung der Medienwelt zu weniger tiefgehender Berichterstattung über humanitäre Krisen geführt hat, bieten neue Medienplattformen sowohl Chancen als auch Herausforderungen. Soziale Medien können die Stimmen betroffener Bevölkerungen verstärken und vernachlässigte Krisen ins globale Bewusstsein rücken, aber algorithmische Realitäten begünstigen oft teilbare Inhalte und vernachlässigen komplexe Geschichten. Des Weiteren haben sich in diesem Umfeld die Misinformation und Desinformation gegen neutrale Akteure wie das IKRK verschärft. Dies ist gefährlich und schränkt unsere Möglichkeiten ein, zu helfen. Als eine Organisation, die auch dann bleibt, wenn die Kameras verschwunden sind, sieht das IKRK einen Bedarf an Kooperationen zwischen Regierungen, Medien und NGOs, um eine ausgewogene Berichterstattung zu fördern. Dieser Ansatz stellt sicher, dass nicht nur eine sofortige Sichtbarkeit, sondern auch ein langfristiges Engagement für die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen in vergessenen Konflikten gewährleistet wird.



Ausschussdrucksache 20(17)98

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 18. Dezember 2024 zum Thema

„Vergessene humanitäre Krisen“

Lara Dovifat

Leiterin der Advocacy Abteilung, Ärzte Ohne Grenzen

■ Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.



Stellungnahme von ÄRZTE OHNE GRENZEN

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Humanitäre Hilfe und
Menschenrechte zum Thema

“Vergessene humanitäre Krisen”

Mittwoch, 18. Dezember 2024, 14:00 bis 17:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal E 400, Konrad-Adenauer-Str. 1, 10557 Berlin

INHALT

Einleitung.....	2
Vergessene vs. vernachlässigte Krisen	2
Merkmale und Auswirkungen der Vernachlässigung in vier humanitären Kontexten	2
Demokratische Republik Kongo - Multiple vernachlässigte Krisen und die Auswirkungen auf vulnerable Gruppen.....	3
Jemen - Vernachlässigung aufgrund von fehlendem politischem Willen?	4
Bangladesch, Myanmar und Malaysia - Repression und Verfolgung führt zu Vernachlässigung ...	5
Nigerias Nordwesten - Vernachlässigt aufgrund von fehlenden humanitären Akteuren vor Ort und globaler Mittelkürzungen	7
Empfehlungen an deutsche Entscheidungsträger*innen und die künftige Bundesregierung....	8
Humanitäre Hilfe muss bedarfsorientiert priorisiert und umgesetzt werden	9
Robuste Finanzierung und Nachhaltigkeit der deutschen humanitären Hilfe sicherstellen	9
Eine verbesserte Geberkoordinierung ist von Nöten.....	10
Stärkung humanitärer Diplomatie und Achtung des humanitären Völkerrechts	10

Einleitung

ÄRZTE OHNE GRENZEN ist eine humanitär-medizinische Nothilfsorganisation, die mit über 69.000 Mitarbeitenden in mehr als 70 Ländern weltweit tätig ist. Täglich sind die Teams von ÄRZTE OHNE GRENZEN mit den wachsenden humanitären Bedarfen infolge von globalen Krisen durch kriegerische Auseinandersetzungen, Gewalt und Naturkatastrophen konfrontiert. Verstöße gegen geltendes humanitäres Völkerrecht und Angriffe auf medizinische Einrichtungen, Epidemien sowie die Folgen des Klimawandels erschweren unsere Arbeit erheblich. Hinzu kommt eine **besorgniserregende Entwicklung: In vielen humanitären Kontexten kommt nicht genügend humanitäre Hilfe an, sind nicht ausreichend Akteure vor Ort und es mangelt an politischem Interesse und öffentlicher Aufmerksamkeit.** Während die Bedarfe weiter steigen, sind auf der anderen Seite sinkende finanzielle Mittel zu verzeichnen. Es entstehen zunehmend Lücken. ÄRZTE OHNE GRENZEN, eine Organisation, die keine Finanzierung von der Europäischen Union oder der Bundesrepublik Deutschland annimmt, sieht sich vielerorts als nahezu einziger humanitärer Akteur und kann den größer werdenden Lücken und wachsenden Bedarfen nicht angemessen begegnen.

Vergessene vs. vernachlässigte Krisen

Vernachlässigte Krisen zeichnen sich durch eklatante Lücken zwischen den humanitären Bedarfen und der tatsächlich geleisteten Hilfe vor Ort aus. Diese Vernachlässigung kann auf unzureichende humanitäre Finanzierung, fehlende mediale, gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit, mangelndes politisches Interesse sowie auf die Abwesenheit diplomatischer Initiativen und Prozesse zurückzuführen sein. Während mit Blick auf diese Zusammenhänge häufig der Begriff „vergessene Krisen“ verwendet wird, **spricht sich ÄRZTE OHNE GRENZEN bewusst für die Begrifflichkeit „vernachlässigte Krisen“ aus.** Diese Formulierung betont die aktive Dimension des „Vergessenwerdens“. Beide Begriffe verdeutlichen ein Versäumnis – sei es in der Erinnerung oder im Handeln. Doch „vernachlässigte Krisen“ unterstreicht, dass eine kontinuierliche Aufmerksamkeit nicht nur möglich, sondern auch essenziell ist und dass aktive Unterstützung für die betroffenen Menschen realisierbar wäre. Während vergessene Krisen oft durch den Verlust politischer, öffentlicher und medialer Aufmerksamkeit in den Hintergrund geraten, **bleiben vernachlässigte Krisen oft von Anfang an ohne die notwendige Unterstützung und Ressourcen, obwohl die humanitären Bedürfnisse und strukturellen Ursachen der jeweiligen Krisensituation offensichtlich sind.** Der Begriff „vergessen“ impliziert zudem eine bestimmte Perspektive und damit verbundene Privilegien: Geberländer und Medienkonsumierende können Krisen „vergessen“, während dies für die Menschen, die in diesen Kontexten leben und täglich davon betroffen sind, keine Option ist.

Merkmale und Auswirkungen der Vernachlässigung in vier humanitären Kontexten

Im Nachfolgenden werden am Beispiel von vier humanitären Kontexten verschiedene Merkmale und Auswirkungen der Vernachlässigung skizziert sowie abschließend Handlungsaufforderungen an deutsche Entscheidungsträger*innen formuliert.

Demokratische Republik Kongo – Multiple vernachlässigte Krisen und die Auswirkungen auf vulnerable Gruppen

Die humanitäre Lage in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) verschärft sich weiterhin dramatisch. Im Folgenden wird die Lage in der DRK dargelegt, um die akute Vernachlässigung und die daraus resultierenden Konsequenzen für vulnerable Gruppen sowie für dringende Gesundheitsbedürfnisse aufzuzeigen.

ÄRZTE OHNE GRENZEN arbeitet seit über 40 Jahren in der DRK und unterstützt aktuell 32 Gesundheitszentren. Die Teams von ÄRZTE OHNE GRENZEN unterstützen u.a. bei der Behandlung und Eindämmung von Mpox, impfen gegen Cholera und Masern und kümmern sich um die Behandlung von Erkrankungen sowie die Bekämpfung von Mangelernährung bei Kindern. Sie bieten medizinische Konsultationen in informellen Vertriebenencamps an und unterstützen Überlebende sexualisierter Gewalt medizinisch und psychologisch.

Im Bericht *"We are Calling for Help"*¹ dokumentierte ÄRZTE OHNE GRENZEN im September 2024 das Ausmaß der Bedarfe vor Ort: Allein 2023 unterstützten die Teams von ÄRZTE OHNE GRENZEN landesweit **die Behandlung von 25.166 Überlebenden sexualisierter Gewalt – mehr als doppelt so viele wie in den Jahren zuvor und mehr als zwei Patient*innen pro Stunde. Die meisten Fälle ereignen sich unter Waffengewalt, oft in der Nähe von Camps, wo Frauen und Mädchen durch unzureichende Versorgung und prekäre Bedingungen gezwungen werden, gefährliche Wege auf sich zu nehmen.** Es fehlt an Prävention, Sensibilisierung und grundlegender Versorgung, wie beleuchtete Latrinen. Auch der Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten sowie psychosozialer Unterstützung bleibt massiv unterversorgt. Die Ernährungssituation ist kritisch: Anfang 2024 meldete das Welternährungsprogramm (WFP) Kürzungen bei Essensrationen², obwohl der Bedarf weiter steigt. Ein Beispiel für die steigenden Bedarfe an Nahrungsmittelhilfe zeigt das Kyeshero-Krankenhaus, in dem ÄRZTE OHNE GRENZEN arbeitet. Im Juli 2024 verzeichnete das Ernährungszentrum des Krankenhauses einen Anstieg der Patient*innen auf durchschnittlich 124 Aufnahmen im Monat sowie einen Anstieg der Sterblichkeitsrate, die sich der Marke von 5 % nähert³. Eine alarmierende Vernachlässigung zeigt sich auch in der **geografischen Verteilung der Hilfe: Humanitäre Akteure konzentrieren sich auf städtische Gebiete wie Goma, während ländliche Regionen kaum erreicht werden.**

Vernachlässigung von Gesundheitsbedarfen durch Versicherheitlichung

Seit Dezember 2022 wird das Mpox-Virus in der DRK als endemisch eingestuft. Fragile Gesundheitssysteme und schlechte Lebensbedingungen in den Camps erhöhen das Risiko einer weiteren Verbreitung. ÄRZTE OHNE GRENZEN fordert dringend den Zugang zu sicheren und wirksamen Impfstoffen, einen Ausbau der Diagnostikkapazitäten, den Ausbau sanitärer Einrichtungen, den Zugang zu sauberem Wasser sowie die Spende überschüssiger Impfdosen aus Ländern, in denen derzeit kein Ausbruch herrscht. Während der Ausbruch zumindest medial Aufmerksamkeit erhielt, blieben gezielte Maßnahmen zur Eindämmung zunächst aus. Notwendige medizinische Produkte wie Impfstoffe kamen zu spät in das Land. Es ist jedoch essenziell, dass medizinische Produkte zur Prävention, Diagnostik und

¹ Ärzte ohne Grenzen (2024): ["We are calling for help" Care for victims of sexual violence in the Democratic Republic of Congo.](#)

² WFP (2024): [World Food Programme forced to prioritise limited food assistance as funding shortages persist in the Democratic Republic of the Congo \(DRC\).](#) [Aufgerufen am 06.12.2024]

³ Ärzte ohne Grenzen (2024): [Nord-Kivu : MSF soutient l'hôpital de Kyeshero face au besoin à l'augmentation des cas de la malnutrition grave](#) [Aufgerufen am 09.12.2024]

auch Eindämmung dort eingesetzt werden, wo der Bedarf am größten ist – und nicht in reichen Ländern gehortet werden. Es bedarf einer gezielten Unterstützung, insbesondere durch die Bereitstellung von Ressourcen und die Koordinierung von Impfkampagnen, um die Ausbreitung wirksam einzudämmen und weitere Ausbrüche zu verhindern.

Noch deutlicher wird die Problematik eines fehlgeleiteten Sicherheitsfokus beim Blick auf die wiederholten, großflächigen und tödlichen Masernausbrüche in der DRK. Die Masern-Epidemien halten seit Jahren an und führen aufgrund unzureichender Routineimpfungen und fehlender ergänzender Impfkampagnen zu extrem hohen Todesraten. Allein im Jahr 2023 wurden über 300.000 Masernfälle registriert, die in Summe fast 6.000 Todesopfer forderten⁴. Anders als Mpox erzielten diese Ausbrüche jedoch keinerlei nennenswerte mediale Aufmerksamkeit, da hier keine „Gefahr“ für westliche Länder besteht. Das Ergebnis ist verheerend: **Eine Krankheit, die durch präventive Maßnahmen vermeidbar wäre, fordert weiterhin Tausende von Menschenleben.**

Fazit

Mit Blick auf die DRK zeigt sich eine strukturelle Vernachlässigung aufgrund von mangelnder Betroffenheit der Geberländer sowie ein zu wenig gesetzter (und von Geberstaaten eingeforderter) Fokus auf Bedarfe vulnerabler Gruppen durch humanitäre Akteure. Diese kontinuierliche Vernachlässigung humanitärer Bedürfnisse macht deutlich, wie wichtig es wäre, Hilfe allein auf der Grundlage von Unparteilichkeit und den dringendsten Bedarfen zu leisten. Insbesondere vulnerable Gruppen sowie Gesundheitsbedarfe müssen unabhängig von medialer Aufmerksamkeit oder sicherheits- und geopolitischer Interessen berücksichtigt werden. Zudem ist ein kontinuierlicher Austausch und eine ernsthafte Konsultation mit der lokalen Zivilgesellschaft und humanitären Akteur*innen vor Ort essenziell. Darüber hinaus sind Kürzungen in der humanitären Hilfe strikt zu vermeiden. Der Humanitarian Response Plan (HRP) für die DRK bleibt auch 2024 massiv unterfinanziert⁵, während die humanitären Bedürfnisse weiter steigen. **Die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft müssen sicherstellen, dass allein die Dringlichkeit der humanitären Lage die Verteilung finanzieller Mittel bestimmt – nicht geopolitische oder strategische Interessen.**

Jemen - Vernachlässigung aufgrund von fehlendem politischem Willen?

Die humanitäre Krise im Jemen gehört zu den am stärksten vernachlässigten Krisen weltweit. Ein fehlendes politisches Interesse sowie dysfunktionale diplomatische Beziehungen verschärfen die humanitäre Lage vor Ort. Im Folgenden wird skizziert, inwiefern der Mangel an funktionierenden Beziehungen zu lokalen Behörden und Entscheidungsträger*innen sowie eine Unterrepräsentation der Bedarfe eine Vernachlässigung unterstützten.

ÄRZTE OHNE GRENZEN ist seit 1986 im Jemen tätig. Aktuell ist ÄRZTE OHNE GRENZEN die größte internationale NGO, die Gesundheitsdienste im Jemen bereitstellt. Im Jahr 2023 wurden über 105 Millionen Euro von ÄRZTE OHNE GRENZEN dafür aufgewendet. 2022 beschäftigte die Organisation über 2.240 lokal rekrutierte Mitarbeitende, 160 internationale medizinische Fachkräfte und unterstützte 1.600 Mitarbeitende des jemenitischen Gesundheitsministeriums durch Lohnzahlungen. In 13 Gouvernements im Jemen betreibt MSF 13 Krankenhäuser, unterstützt mehr als zwölf Gesundheitseinrichtungen und bietet Menschen kostenlosen Zugang zu Gesundheitsdiensten.

⁴ Ärzte ohne Grenzen (2024): [Why measles remains a mass killer in DR Congo](#). [Aufgerufen am 06.12.2024]

⁵ OCHA (2024): [Democratic Republic of the Congo](#) [Aufgerufen am 06.12.2024]

Nach zehn Jahren des Konflikts und wirtschaftlicher Not ist die humanitäre Lage im Jemen katastrophal. Derzeit benötigen 80 % der Bevölkerung humanitäre Hilfe und Schutz⁶. Mangelernährung ist weit verbreitet - insbesondere Kinder, schwangere Frauen und Mütter sind zunehmend betroffen⁷. Zudem berichteten drei von fünf Haushalten (62 %) bei einer Datenerhebung im Oktober 2024 von unzureichender Nahrungsaufnahme⁸. Die humanitären Bedarfe im Jemen treffen auf ein stark beeinträchtigtes Gesundheitswesen, da nur 50 % der medizinischen Einrichtungen aufgrund fehlender Mittel, Personal und Vorräte in Betrieb sind. Zusätzlich belasten Epidemien wie Masern und Cholera sowie Ausbrüche von Gewalt das ohnehin kurz vor dem Zusammenbruch stehende Gesundheitssystem⁹. Der Zugang zu bezahlbarer Gesundheitsversorgung auf lokaler Ebene ist entweder dysfunktional oder nicht vorhanden. Dies führt dazu, dass Patient*innen längere Wege mit hohen Transportkosten in Kauf nehmen müssen, um funktionale Gesundheitseinrichtungen, wie das Abs-Krankenhaus im Gouvernement Hajjah, aufzusuchen. Auch die Bedürfnisse im Bereich der psychischen Gesundheit sind akut, jedoch ist der Zugang zur Versorgung stark eingeschränkt und massiv unterfinanziert. **ÄRZTE OHNE GRENZEN ist unmittelbar mit diesen Auswirkungen konfrontiert, da die Einrichtungen, in denen wir arbeiten, zu den wenigen Orten gehören, an denen die Menschen kostenlosen Zugang zu primärer und sekundärer Gesundheitsversorgung erhalten.**

Fazit:

Trotz der enormen Bedarfe fehlt es im Jemen an ausreichender humanitärer Hilfe durch alle Sektoren hinweg. Einschränkungen für Hilfsorganisationen, einschließlich Verzögerungen bei der Visavergabe und Bewegungsbeschränkungen (insbesondere für weibliches Personal) erschweren eine zeitgerechte Reaktion. Die strenge Kontrolle durch lokale Akteure führt zu Engpässen bei Lieferungen und Verzögerungen bei kritischen Dienstleistungen. Bürokratische Hürden, insbesondere im Zusammenhang mit Importvorschriften, erschweren die Hilfeleistung zusätzlich. Hinzu kommen ein mangelndes Interesse und mangelnder politischer Wille der Geberländer, um sich für die ungehinderte Bereitstellung humanitärer Hilfen einzusetzen. **Um diese Herausforderungen zu bewältigen, ist es zentral, dass die internationale Gemeinschaft diplomatische Bemühungen intensiviert, um humanitären Zugang zu erleichtern und bürokratische Hürden, wie Importvorschriften oder Visabeschränkungen, abzubauen.** Zudem müssen finanzielle Mittel aufgestockt und konsequent nach humanitären Bedarfen verteilt werden. Die Einbindung lokaler Organisationen sowie die Bewegungsfreiheit humanitärer Helfer*innen, insbesondere von Frauen, sind zentrale Elemente einer effektiveren Hilfe. Gleichzeitig sollte die öffentliche Aufmerksamkeit für die Krise im Jemen gesteigert werden.

Bangladesch, Myanmar und Malaysia – Repression und Verfolgung führt zu Vernachlässigung

Weltweit leben schätzungsweise 2,8 Millionen Rohingya¹⁰, die durch Vertreibung und systematische Unterdrückung von ihrer Heimat und Kultur abgeschnitten wurden. Sie leben oft hinter Stacheldraht oder in völliger Isolation am Rande der Gesellschaften, insbesondere in der Asien-Pazifik-Region. Im

⁶ United Nations (2024): [Yemen](#) [Aufgerufen am 06.12.2024]

⁷ Ärzte ohne Grenzen (2024): [Numbers of malnourished women on the rise in Yemen](#) [Aufgerufen am 10.12.2024]

⁸ Welternährungsprogramm (2024): [Yemen Food Security Update](#) [Aufgerufen am 10.12.2024]

⁹ Ärzte ohne Grenzen (2023): [After more than eight years of war, the conflict in Yemen continues to take a devastating toll on the Yemeni people](#) [Aufgerufen am 10.12.2024]

¹⁰ Ärzte ohne Grenzen (2024): [Behind the Wire – Impact of State Containment and Exclusion Strategies on the Rohingya](#), S. 3

Folgendes wird skizziert, inwiefern Repression und Verfolgung der betroffenen Menschen zu einer Vernachlässigung der humanitären Bedarfe beitragen.

ÄRZTE OHNE GRENZEN ist in Myanmar, Bangladesch und Malaysia tätig. Die Teams von ÄRZTE OHNE GRENZEN bieten u.a. medizinische Grundversorgung durch mobile Teams, Diagnostik und Behandlung von Tuberkulose und HIV, Gesundheitsleistungen im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit sowie medizinische Versorgung und Unterstützung für Überlebende sexualisierter Gewalt. Die Rohingya sind besonders auf diese Hilfe angewiesen, da sie oftmals keinen Zugang zu regulären Gesundheitssystemen haben.

Rund 99 % der Rohingya sind von repressiven Politiken betroffen, die ihnen grundlegende Menschenrechte verwehren. Etwa 1,1 Millionen (39 % der globalen Rohingya-Bevölkerung) leben in umzäunten Camps in Bangladesch und Myanmar, in denen sie limitierten oder keinen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung haben und fernab von wirtschaftlichen Perspektiven¹¹. 2017 flohen über eine Million Menschen vor Massakern aus Rakhine, Myanmar, nach Bangladesch. Das dortige Camp „Cox’s Bazar“ gilt zurzeit als größtes Geflüchteten-camp der Welt. Mittlerweile hat die Regierung von Bangladesch die Grenzen geschlossen, dennoch fliehen weiterhin tausende Rohingya vor der Gewalt in ihrer Heimat¹². Sie leiden an den physischen und psychischen Folgen der erlebten Gewalt, Vertreibung und systematischen Entrechtung. Im Camp von Cox’s Bazar werden viele Menschen nicht offiziell registriert und der Zugang zu grundlegenden Hilfsleistungen ist stark eingeschränkt. Zusätzlich waren 2024 die Bereiche Schutz und Gesundheit am stärksten vom Finanzmittelrückgang betroffen. In Malaysia wird selbst registrierten Geflüchteten das Recht auf Arbeit oder Bildung verwehrt. Diese Einschränkungen sowie der Mangel an Freiheit wirken sich tiefgreifend auf die physische und psychische Gesundheit der Rohingya aus und bedrohen ihr Überleben als Volk. **Die humanitäre Hilfe für Rohingya in Myanmar, Bangladesch und Malaysia bleibt trotz der katastrophalen Lage völlig unzureichend. Neben Sicherheits- und Zugangsproblemen erschwert die systematische Diskriminierung eine bedarfsorientierte Unterstützung.** Ein Bericht von ÄRZTE OHNE GRENZEN verdeutlicht die schwierige Lage: **Viele Rohingya müssen sich verstecken, um zu überleben.** „Zuverlässige und umfassende Informationen über die Situation der Rohingya weltweit zu erhalten, ist außergewöhnlich schwierig, da sie sich verstecken müssen, um zu überleben.“¹³

Der gemeinsame HRP 2024 für die humanitäre Krise der Rohingya sieht eine Unterstützung von 1,3 Millionen Menschen vor, wobei laut UN insgesamt 852 Millionen US-Dollar benötigt werden. Aktuell sind nur etwa 56,2 % dieser Summe gedeckt. Deutschland hat im Jahr 2024 1,43 Millionen US-Dollar für die Krise bereitgestellt¹⁴. Die fehlende Finanzierung gefährdet nicht nur die Versorgung mit lebenswichtigen Ressourcen, sondern verstärkt auch den Eindruck, dass die internationale Gemeinschaft die Millionen betroffenen Rohingya wissentlich im Stich lässt.

Fazit

Die Situation der Rohingya zeigt, wie Repression, Verfolgung und Stigmatisierung der betroffenen Menschen zu einer dramatischen Vernachlässigung führen. Die systematische Diskriminierung und

¹¹ Ärzte ohne Grenzen (2024): [Behind the Wire – Impact of State Containment and Exclusion Strategies on the Rohingya](#), S. 3

¹² Ärzte ohne Grenzen (2024): [Bangladesch: Ärzte ohne Grenzen fordert humanitäre Hilfe und Schutz für alle Rohingya-Geflüchteten](#) [Aufgerufen am 06.12.2024]

¹³ “finding reliable and comprehensive information about the situation of Rohingya populations living around the world is extraordinarily difficult because they are forced to hide to survive.” Ärzte ohne Grenzen (2024): [Behind the Wire – Impact of State Containment and Exclusion Strategies on the Rohingya](#), S. 5

¹⁴ OCHA (2024): [Rohingya Humanitarian Crisis Joint Response Plan 2024](#) [Aufgerufen am 11.12.2024]

Einschränkung grundlegender Menschenrechte, wie Bewegungsfreiheit und Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen, hindern die Rohingya daran, sich selbst zu helfen oder auf notwendige Unterstützung zuzugreifen. Dadurch, dass viele Rohingya, sich verstecken müssen, um zu überleben, sind verlässliche Informationen über ihre Lage kaum verfügbar. Die daraus resultierende *Unsichtbarkeit* der Krise zeigt sich nicht nur in der Datenerhebung, sondern auch in der Planung und Umsetzung effektiver Hilfsmaßnahmen. Infolgedessen bleibt die humanitäre Hilfe unzureichend, und die Vernachlässigung der Rohingya verschärft sich weiter. Die systematische Verfolgung und Stigmatisierung der betroffenen Menschen führen somit dazu, dass diese Krisen weltweit nicht die nötige Aufmerksamkeit und Hilfe erhalten, was zu einem sich selbst verstärkenden Effekt führt. **Um diese Dynamik zu durchbrechen, ist eine klare Positionierung der internationalen Gemeinschaft notwendig, die Myanmar sowie die Aufnahmeländer geflüchteter Rohingya dazu verpflichtet, Menschenrechte zu wahren, und Druck auf die Regierungen ausübt.** Insbesondere in Bangladesch muss der Zugang zu humanitärer Hilfe dringend verbessert werden, indem Barrieren abgebaut werden. Vornehmlich im Bereich Schutz und Gesundheit, aber auch darüber hinaus braucht es eine Erhöhung finanzieller Mittel. Die Rohingya sollten aktiv in die Entwicklung und Umsetzung von Hilfsprogrammen eingebunden werden, um spezifische Bedürfnisse zu adressieren. Gleichzeitig ist es essenziell, finanzielle und politische Ressourcen prinzipienfest und bedarfsorientiert auch für Krisen außerhalb der internationalen Aufmerksamkeit bereit zu stellen, um somit ihre Vernachlässigung zu beenden.

Nigerias Nordwesten - Vernachlässigt aufgrund von fehlenden humanitären Akteuren vor Ort und globaler Mittelkürzungen

Die kritischen Mangelernährungsraten im Nordwesten von Nigeria, insbesondere in den Bundesstaaten Katsina, Zamfara und Kebbi, spiegeln eine katastrophale humanitäre Lage wider, die seit Jahren vernachlässigt wird. **Hier zeigt sich, wie die desaströse Kombination von fehlenden humanitären Akteuren in den betroffenen Regionen, mangelhafter Koordinierung, ein fehlender HRP für den Nordwesten Nigerias sowie drastische Mittelkürzungen eine vernachlässigte Krise weiter verstärken.**

Erstmals war ÄRZTE OHNE GRENZEN 1986 in Nigeria tätig. 2023 beschäftigte die Organisation dort rund 3.000 Mitarbeitende. Programme umfassen die Verbesserung der Mütter- und Kindergesundheit, die Unterstützung von Vertriebenen und Aktivitäten zur Bekämpfung der vernachlässigten Ernährungskrise. ÄRZTE OHNE GRENZEN betreibt Ernährungsprojekte in sieben Bundesstaaten Nigerias: Borno, Bauchi, Katsina, Kano, Sokoto, Zamfara und Kebbi. Diese umfassen zehn stationäre Einrichtungen, darunter solche in Maiduguri und Katsina-Stadt, sowie mehr als 30 ambulante Ernährungszentren, um Kinder mit moderater und schwerer Mangelernährung zu behandeln, die nicht hospitalisiert werden müssen.

Eine aktuelle Datenerhebung von ÄRZTE OHNE GRENZEN¹⁵ zeigt, dass die Prävalenz der globalen akuten Mangelernährung (GAM) im Juli 2024 bei Kindern in einigen Gebieten auf über 30 % gestiegen ist, wobei in den gefährdetsten Regionen die Raten der schweren akuten Mangelernährung (SAM) alarmierende 14,4 % erreichen. Besonders besorgniserregend ist, dass die Bedingungen sich seit der Erhebung im Vorjahr (zur gleichen Jahreszeit und in den gleichen Gebieten) weiter verschlechtert haben. Gleichzeitig muss auf die globalen Mittelkürzungen hingewiesen werden, die die Arbeit

¹⁵ Ärzte ohne Grenzen (2024): [Levels of global acute malnutrition have doubled since last year in parts of northwest Nigeria. Levels of global acute malnutrition have doubled since last year in parts of northwest Nigeria](#) [Aufgerufen am 10.12.2024]

humanitärer Akteure und ihre Fähigkeit, auf die Krise vor Ort zu reagieren, drastisch einschränken. Dies erschwert weiterhin die Beschaffung therapeutischer Nahrung auf globaler Ebene. In einigen Regionen, wie Zamfara, sind seit März nur begrenzte Vorräte verfügbar, was die Behandlung von Millionen von Kindern, die dringend therapeutische Hilfe benötigen, unmöglich macht. UNICEF hat kürzlich einen globalen Appell für 165 Millionen US-Dollar für therapeutische Fertignahrung gestartet¹⁶, da befürchtet wird, dass fast zwei Millionen Kinder in zwölf Ländern aufgrund dieser finanziellen Engpässe gefährdet sind, zu sterben.

ÄRZTE OHNE GRENZEN warnte lange und immer wieder vor der eskalierenden Mangelernährungskrise. Insbesondere mit Blick auf den Nordwesten Nigerias kritisiert ÄRZTE OHNE GRENZEN gegenüber der UN und Gebern die strukturelle Vernachlässigung der Region durch das Auslassen des Nordwestens im HRP¹⁷. Die Organisation warnte, dass diese schwerwiegende Verfehlung die dringend notwendige Bereitstellung von humanitären Hilfen und die Präsenz von ausreichend humanitären Akteuren vor Ort verzögert. Die Ergebnisse der jüngsten Umfragen bestätigen die schlimmen Befürchtungen: **die Bedingungen haben sich nicht verbessert, sondern deutlich verschlechtert. Dennoch bleibt der Nordwesten des Landes im HRP außen vor.** ÄRZTE OHNE GRENZEN setzt alle verfügbaren Mittel ein und hat Kapazitäten erweitert, um die steigende Zahl von Patient*innen bewältigen zu können. Es ist jedoch offensichtlich, dass sich die Situation im kommenden Jahr dramatisch verschlechtern könnte, wenn nicht schnell und angemessen von der globalen Gebergemeinschaft reagiert wird. Trotz der positiven, jüngsten und laufenden Bemühungen des Ministeriums für Gesundheit und Sozialfürsorge zur Bekämpfung der Mangelernährung, ist es dringend erforderlich, dass alle Beteiligten ihre Mittel aufstocken und eine zuverlässige Versorgung mit therapeutischer Nahrung sicherstellen.

Fazit

Die Verschärfung der humanitären Krise im Nordwesten Nigerias verdeutlicht auf dramatische Weise, welche fatalen Auswirkungen es hat, wenn zu wenige Akteure vor Ort sind, um den massiven Bedarf an Hilfe zu decken. Die ohnehin schon kritische Versorgungslage, insbesondere im Bereich der Mangelernährung und Gesundheitsversorgung, verschärft sich zunehmend durch das Fehlen einer ausreichenden humanitären Präsenz. In Regionen, in denen die Notlage bereits seit Jahren anhält, haben die wenigen verbleibenden Hilfsorganisationen mit extrem begrenzten Ressourcen zu kämpfen. Diese Situation führt dazu, dass der Bedarf an grundlegender Hilfe – von Nahrungsmitteln bis hin zu medizinischer Versorgung – immer weiter steigt, während die Kapazitäten, darauf zu reagieren, immer geringer werden. **Es ist daher dringend erforderlich, dass die internationale Gemeinschaft sofortige Maßnahmen ergreift, um die vernachlässigten Krisen im Nordwesten Nigerias und anderen betroffenen Regionen anzugehen.** Ohne eine signifikante Aufstockung der Ressourcen und der Zahl der humanitären Akteure vor Ort besteht die Gefahr, dass die Lage noch weiter eskaliert und die Auswirkungen noch katastrophaler werden. **Die Berücksichtigung des Nordwestens Nigerias im HRP der UN wäre ein erster, dringend notwendiger Schritt in die richtige Richtung.**

Empfehlungen an deutsche Entscheidungsträger*innen und die künftige Bundesregierung

Die Beispiele aus den vier Regionen verdeutlichen eindrücklich, wie sich Vernachlässigung von humanitären Bedarfen charakterisiert und welche Auswirkungen dies auf die betroffenen Menschen

¹⁶ UNICEF (2024): [Nearly two million severely malnourished children at risk of death due to funding shortages for therapeutic food](#) [Aufgerufen am 06.12.2024]

¹⁷ Ärzte ohne Grenzen (2023): [Neglected humanitarian crisis escalates in northwest Nigeria](#) [Aufgerufen am 10.12.2024]

hat. Im Folgenden werden Maßnahmen vorgestellt, um sowohl das Entstehen als auch das Fortbestehen vernachlässigter humanitärer Krisen zu durchbrechen.

Humanitäre Hilfe muss bedarfsorientiert priorisiert und umgesetzt werden

Generell gilt, back to the basics: **Humanitäres Handeln muss stets unter Achtung der humanitären Prinzipien – Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit – erfolgen.** Es darf keinen Vorbedingungen, politischen Agenden oder erwarteten Gegenleistungen unterliegen. Humanitäre Hilfe darf kein strategisches oder opportunistisches Instrument der Sicherheits-, Entwicklungs- oder Außenpolitik sein und darf nicht für politische Zielsetzungen missbraucht werden. Versuche, humanitäre Hilfe zu politisieren oder für sachfremde Zwecke zu instrumentalisieren, müssen konsequent abgewehrt werden. Andernfalls wird nicht auf Grundlage der größten Bedarfe gehandelt, sondern nach Faktoren wie geopolitischen Interessen, eigener Betroffenheit und nationalgesellschaftlicher Stimmung oder politischem Kalkül. **Überlegungen, wie sie im Rahmen der Strategievorstellung des Auswärtigen Amtes geäußert wurden, u.a. die Priorisierung von Krisen anhand von „Auswirkungen auf Deutschland“¹⁸ vorzunehmen, sind für einen prinzipienorientierten Geber wie Deutschland abzulehnen.** Dieser Politisierung von humanitärer Hilfe gegenüber steht die knappe Behauptung, für Deutschland gebe es keine vergessenen Krisen¹⁹, die somit eher wie ein hohler Nebensatz wirkt – nicht zuletzt, da er ohne jedwede strategische Unterfütterung und Zielstellung bleibt.

Hier zeichnet sich ein direkter **Widerspruch zu einer bedarfsgeleiteten humanitären Hilfe** ab. Dies kann durch Ansätze wie dem (Triple) Nexus weiter verschärft werden – hierzu verweist ÄRZTE OHNE GRENZEN auf [die frühere Stellungnahme](#)²⁰. Diese Art der Priorisierung läuft Gefahr, die humanitären Bedürfnisse von Menschen in besonders betroffenen Regionen zu vernachlässigen und insbesondere vulnerable Gruppen zu exkludieren.

Robuste Finanzierung und Nachhaltigkeit der deutschen humanitären Hilfe sicherstellen

ÄRZTE OHNE GRENZEN sieht die Ambitionen der deutschen Bundesregierung, eine stärkere Gestaltungsrolle in der Reformierung des humanitären Systems zu übernehmen²¹ positiv. Als aktuell zweitgrößter staatlicher Geber hätte Deutschland²² das Potenzial, Verantwortung im humanitären System zu übernehmen und dieses durch Prinzipienfestigkeit und Bedarfsorientierung zu stärken. Mit Blick auf die angekündigten massiven Kürzungen des deutschen Haushalts für humanitäre Hilfe stellt sich jedoch die Frage nach der Nachhaltigkeit des Gestaltungswillens, der in der humanitären Strategie skizziert wird. Die Kürzungen bergen das Risiko, Deutschlands Gewicht als wichtiger Geber zu verspielen, und damit dem humanitären System einen weiteren Stoß zur globalpolitischen Unzeit zu geben sowie Bedarfe ungedeckt zu lassen. Doch gerade mit Blick auf den bevorstehenden Regierungswechsel in den USA **sollte Deutschland als robuster und prinzipienfester Geber auftreten**

¹⁸ VENRO (2024): [Die neue humanitäre Strategie des Auswärtigen Amtes aus NRO-Sicht: Viel Reform, wenig Ressourcen und starke deutsche Sicherheitsinteressen](#) [Aufgerufen am 09.12.2024]

¹⁹ Strategie des Auswärtigen Amtes zur humanitären Hilfe im Ausland (2024), S. 12

²⁰ Ausschussdrucksache 19(17)133 (2021): [Stellungnahme von Ärzte ohne Grenzen zur](#)

[Öffentlichen Anhörung „Jubiläum des World Humanitarian Summits und Verabschiedung des Grand Bargains“](#)

²¹ „Deutschland sieht sich als Ideengeber und Gestalter, um das humanitäre System für die Herausforderungen unserer Zeit anzupassen, neue Notlagen zu verhindern und akute Bedarfe zu decken.“ Strategie des Auswärtigen Amtes zur humanitären Hilfe im Ausland (2024), S. 8

²² OCHA (2024): [Humanitarian aid contributions](#) [Aufgerufen am 09.12.2024]

und entstehende Lücken, insbesondere mit Blick auf vernachlässigte Krisen und Bedarfe von vulnerablen Gruppen schließen.

Zudem stellt sich die Frage, inwiefern der in der neuen humanitären Strategie hervorgehobene Ansatz von hin zu mehr Effizienz und Effektivität²³ eine ausreichende und bedarfsorientierte humanitäre Hilfe – insbesondere für vernachlässigte Krisen – gewährleisten kann und inwiefern dieser Ansatz umsetzbar ist. Mit Blick auf die weltweit steigenden humanitären Bedarfe ist mehr und nicht weniger humanitäre Hilfe erforderlich. Angesichts der unzähligen anhaltenden Krisen (protracted crises) sowie komplexer und interdependenter Krisen und schwieriger Sicherheitslagen, die gerade eine Versorgung der vulnerabelsten Menschen in entlegenen und schwer zu erreichenden Regionen noch herausfordernder macht, steht das Mantra von Effizienz und Effektivität dem Anspruch, bedarfsorientiert zu handeln diametral entgegen. Nichtsdestotrotz droht die Finanzierungslücke zwischen den benötigten und bereitgestellten Hilfen weiterzuwachsen. Die gesteigerten Ambitionen und Anforderungen an die deutsche humanitäre Hilfe, die im Rahmen der Strategie gesetzt werden, lassen eher den Eindruck eines „doing more with less“ entstehen, was erneut zu Lasten der bereits vernachlässigten Krisen umgesetzt werden könnte. ÄRZTE OHNE GRENZEN befürchtet, dass vernachlässigte Krisen noch weiter in den Hintergrund geraten könnten – mit fatalen Konsequenzen für die Menschen, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind.

Eine verbesserte Geberkoordinierung ist vonnöten

Angesichts weltweit sinkender Mittel für humanitäre Hilfe muss die Koordinierung und Aufteilung unter den Gebern merklich verbessert werden, so denn sie überhaupt bereits stattfindet. Die in der humanitären Strategie skizzierten Ideen zur Geberkoordinierung u.a. innerhalb von COHAFA, der OCHA Donor Support Group (ODSG) und der Pooled Fund Working Group (PFWG) sind erste Ansätze²⁴, die nun aber in der Praxis schnellstmöglich ausgebaut werden sollten. **Die Geberkoordinierung sollte systematisch, nachvollziehbar und transparent erfolgen und sich an den humanitären Bedarfen orientieren.** Hierzu sollten auch Berichte von zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort, unabhängigen Nichtregierungsorganisationen sowie humanitären Akteuren wie ÄRZTE OHNE GRENZEN berücksichtigt werden.

Stärkung humanitärer Diplomatie und Achtung des humanitären Völkerrechts

Der Handlungsspielraum humanitärer Organisationen – insbesondere der ungehinderte und sichere Zugang zu Menschen in Not – muss gewährleistet sein, auch um auf vernachlässigte Krisen adäquat reagieren zu können. Humanitäre Hilfe darf weder behindert noch kriminalisiert werden, und humanitäre Akteure müssen unabhängig agieren können. In komplexen, langwierigen oder schwer auflösbaren Krisenlagen mit oftmals unübersichtlichen humanitären Handlungsspielräumen ist es **umso wichtiger, sich als Geberregierung auch diplomatisch zu involvieren und damit humanitäre Hilfe gerade in schwierigen Handlungskontexten möglich zu machen.** Im Gegensatz zu den anderen Ansätzen der humanitären Strategie ist die humanitäre Diplomatie aus Sicht von ÄRZTE OHNE GRENZEN ein Vorschlag, mit dem Deutschland als wichtiger geopolitischer Akteur Antworten auf vernachlässigte Krisen bieten kann. Die Voraussetzungen dafür sind die Bereitschaft, massiv mehr Kapazitäten und

²³ „Die Transformation des humanitären Systems hin zu mehr Effizienz und Effektivität gestalten“. Strategie des Auswärtigen Amtes zur humanitären Hilfe im Ausland (2024), S. 19

²⁴ Strategie des Auswärtigen Amtes zur humanitären Hilfe im Ausland (2024), S. 36

diplomatisches Investment in Krisen zu investieren, die nicht auf bereits bestehende innenpolitische oder sicherheitspolitische Ziele einzahlen.

Der zunehmenden Behinderung und Verhinderung humanitärer Hilfe müssen entschlossen entgegengewirkt werden. Angriffe auf die Zivilbevölkerung, medizinische Einrichtungen sowie auf medizinisches und humanitäres Personal dürfen nicht toleriert werden. **Politische Entscheidungsträger*innen müssen sich für den Schutz medizinischer und humanitärer Einrichtungen in Krisen und Konfliktgebieten einsetzen.** Eine klare und öffentliche politische Verurteilung von Verstößen gegen internationales Völkerrecht ist unerlässlich, um die Schutzmechanismen des humanitären Völkerrechts zu wahren. Dies erfordert sowohl internationale Strafverfolgung als auch die gezielte Nutzung und Stärkung von Gremien wie dem UN-Sicherheitsrat, der UN-Generalversammlung und den Organen der Europäischen Union. Darüber hinaus ist ein wachsendes Verständnis für die Bedeutung hochrangiger Krisendiplomatie erforderlich, um humanitäre Handlungsspielräume zu sichern und auszuweiten. Hierfür braucht es gezielte Ressourcen und Kompetenzen innerhalb des Auswärtigen Amtes, um diplomatische Bemühungen zu stärken und humanitäre Anliegen auf der internationalen Bühne effektiv zu vertreten.

Kontakt:

Lara Dovifat

Leiterin der Advocacy Abteilung

Lara.dovifat@berlin.msf.org

Ärzte ohne Grenzen e.V. / Médecins Sans Frontières

Schwedenstraße 9

13359 Berlin



Ausschussdrucksache 20(17)99

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 18. Dezember 2024 zum Thema

„Vergessene humanitäre Krisen“

Dr. Martin Frick

Direktor des Global Office Berlin, Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP)

Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Vergessene humanitäre Krisen“

Schriftliche Stellungnahme Dr. Martin Frick, Direktor des Berliner Büros des UN World Food Programme

1. Hungerbekämpfung im fragilen humanitären System

Wegen zahlloser Konflikte, der Klimakatastrophe überschuldeter Staaten und wirtschaftlichen Krisen hungern weltweit 343 Millionen Menschen akut – ein Anstieg um 10 Prozent im Vergleich zu 2023; mehr als 200 Millionen mehr als nur vor 5 Jahren. Damit ist fast wieder der Höchststand zu Zeiten der Corona-Pandemie und des Angriffs auf die Ukraine erreicht.

Hunger ist nicht nur Folge globaler Krisen, sondern trägt zur globalen Destabilisierung bei. Schon jetzt zieht sich ein Gürtel der Instabilität, verursacht durch Hunger und Not, von der Sahelzone, über den Sudan, das Horn von Afrika, den Nahen Osten bis nach Afghanistan. Wenn die Nachbarschaft Europas zunehmend fragiler wird, werden die Folgen auch in Deutschland spürbar werden. Doch das System, um Europas Nachbarschaft zu stabilisieren, steht auf tönernen Füßen – finanziell und zunehmend gesellschaftlich, wenn internationale Hilfe grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Trotz der langjährigen Großzügigkeit der Geber, insbesondere Deutschlands, waren bis Anfang Dezember 2024 nur 43 Prozent der Bedarfe für dieses Jahr finanziert. Selbst in Krisen mit hohem geopolitischem Profil fehlen Gelder. So musste WFP als eine der größten humanitären Organisationen in Syrien große Programme für die Nahrungsmittelhilfe kürzen. Diesen Maßnahmen folgte 2024 eine alarmierende Verschlechterung der Ernährungssituation. Angesichts der schlechten humanitären und wirtschaftlichen Lage werden die Menschen in Syrien auch zukünftig Unterstützung brauchen.

Auch in Gaza, Sudan, Jemen und Afghanistan wird es immer schwieriger, Hilfe zu leisten. Die Achtung des humanitären Völkerrechts, die Neutralität von humanitärer Hilfe oder der Schutz von Helfenden erodieren zunehmend. Insofern geraten Ressourcen, Möglichkeiten und Maßnahmen schon in Krisen mit großer medialer und politischer Aufmerksamkeit an ihre Grenzen.

2. Krisen abseits des Scheinwerferlichts: Demokratische Republik Kongo und Jemen

Obwohl in der **DR Kongo** mit Blick auf die Hungerzahlen eine globale Hungergroßkrise herrscht, erfährt die Lage nur einen Bruchteil der Aufmerksamkeit. Seit Jahrzehnten führen bewaffnete Konflikte zu Millionen Vertriebenen und zerstörten Infrastrukturen. Gleichzeitig belasten Epidemien wie Cholera, Masern und Mpox das de facto kollabierte Gesundheitssystem. Durch Konflikte in Nord- und Südkivu sowie Ituri werden Menschen vertrieben und verlieren ihre Lebensgrundlagen. Über 25,6 Millionen Menschen leiden an akuter Ernährungsunsicherheit, während Millionen Kinder und Frauen von Unterernährung betroffen sind.

WFP unterstützt durch lebensrettende Nahrungsmittelhilfen und Programme gegen Mangelernährung. Im September 2024 wurden 1,7 Millionen Menschen erreicht, darunter Frauen und Kinder. Dabei werden Nahrungsmittelhilfen und Impfkampagnen kombiniert, um Synergien zu schaffen. Doch die Hilfe stößt oft an ihre Grenzen. Mehr als 120 bewaffnete Gruppen in den Konfliktregionen greifen regelmäßig Zivilisten und humanitäre Helfer*innen an. Kämpfe, unterbrochene

Transportwege und bürokratische Hürden erschweren den Zugang zu Hilfe. Zudem sind die Hilfsprogramme chronisch unterfinanziert; 2023 standen für WFP weniger als 40 Prozent der benötigten Mittel zur Verfügung.

Der **Jemen** gehört zu den komplexesten humanitären Krisen weltweit. Der Bürgerkrieg hat das Land an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Über 70 Prozent der Bevölkerung benötigen Hilfe, Millionen stehen vor einer Hungersnot, und 2,2 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind stark unterernährt. Fehlende diplomatische Beziehungen zwischen internationalen Akteuren und lokalen Behörden erschweren den Zugang zu Hilfsbedürftigen erheblich.

Kämpfe, Wirtschaftszusammenbruch und Blockaden haben den Zugang zu Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung stark eingeschränkt. Die zerstörte Landwirtschaft und die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten verschärfen die Ernährungskrise. 2023 erreichte das WFP in allen 22 Gouvernements des Jemen über 15,3 Millionen Menschen, musste jedoch auch aufgrund knapper Mittel die Hilfe reduzieren. Im Oktober 2024 wurden nur noch 3,2 Millionen Menschen unterstützt, während Programme zur Bekämpfung von Mangelernährung teils komplett eingestellt wurden.

Sowohl im Jemen als auch in der DR Kongo stehen gewaltsame Auseinandersetzungen im Mittelpunkt der humanitären Krise. Durch sie wird Hilfe blockiert oder erschwert. Der Zugang zu notleidenden Menschen wird durch bürokratische Hürden, Sicherheitsrisiken und zerstörte Infrastruktur massiv erschwert. Humanitäre Helfer*innen werden Ziel von Gewalt, Entführungen oder Einschüchterung. Humanitäre Programme leiden in beiden Ländern unter jahrelanger Unterfinanzierung, wodurch ein Großteil der bedürftigen Bevölkerung nicht erreicht wird, sodass sich alle negativen Begleiterscheinungen, wie zum Beispiel sexualisierte Gewalt in der DR Kongo perpetuieren.

WFP unterhält in beiden Staaten eine Vielzahl lokaler Kontakte, um Hilfe effektiv und im Einklang mit den humanitären Prinzipien zu notleidenden und hungernden Menschen zu bringen. Doch diese Bemühungen müssen besser mit humanitärer Diplomatie, der Einbindung lokaler Akteure und umfassenden Friedensbemühungen verknüpft werden, um erfolgreich zu sein. Gleichzeitig würden mehr ungebundene Mittel humanitären Akteuren helfen, besser auf die sich verändernde Lage vor Ort zu reagieren.

3. Deutschlands humanitäre Strategie

Hunger ist Überlebenskampf und wo Menschen dazu gezwungen sind, bleiben Sicherheit und Frieden unerreichbar. Hungerbekämpfung muss Teil einer umfassend gedachten Sicherheitspolitik sein und WFP begrüßt, dass die humanitäre Strategie des Auswärtigen Amtes das klar herausstellt.

Die Strategie des Auswärtigen Amtes setzt auf prinzipienbasierte, flexible und vorausschauende humanitäre Hilfe, was besonders in vernachlässigten Krisen wichtig ist. Programme wie Frühwarnsysteme und Klimarisikoversicherungen, etwa in Somalia, zeigen Erfolg. Das WFP begrüßt den Fokus auf humanitäre Diplomatie, da sie die Zusammenarbeit zwischen Politik und humanitären Akteuren stärkt. In komplexen Krisen hilft sie, Hürden abzubauen und den Schutz von Helfer*innen zu verbessern.

Allerdings gefährden die immer noch drohenden Budgetkürzungen für 2025 Deutschlands Rolle als führender humanitärer Akteur. Die Priorisierung auf wenige für Deutschland relevante Krisen, wird zwangsläufig zu mehr vergessenen Krisen führen. WFP ist überzeugt, dass Sicherheitspolitik und internationale Hilfe, also humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, untrennbar miteinander verbunden sind. Ein ganzheitliches Sicherheitskonzept für Deutschland muss die Stabilität in anderen Weltregionen mitdenken. Internationale Hilfe ist ein essenzielles Instrument, um globale Sicherheit und Stabilität zu fördern.

Krisen zu ignorieren und ein Rückzug aus globaler Verantwortlichkeit verursachen langfristig höhere Kosten. Jede Krise, die wir heute vernachlässigen, kann morgen als teure Katastrophe zurückkehren. Ernährungssicherheit schafft Perspektiven für junge Menschen, verhindert irreguläre Migration und beugt erfolgreich extremistischen Tendenzen vor. Vorrusschauende humanitäre Hilfe und Resilienzprogramme reduzieren Kosten und machen Menschen langfristig unabhängig von teurer Hilfe.

Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt: Dort wo sich die Akteure des Multilateralismus und der regelbasierten Ordnung durch politische Entscheidungen oder fehlendes Geld zurückziehen, gewinnt der Autoritarismus an Einfluss.

4. Klimakrise und geschlechtsspezifische Gewalt als Krisentreiber

Geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt sind allgegenwärtige Herausforderungen in humanitären Krisen und betreffen Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen wie LGBTIQ*-Personen in besonderem Maße. In vergessenen Krisen sind Frauen und Mädchen besonders gefährdet. Sie tragen nicht nur die Hauptlast der Pflegearbeit, sondern sind auch häufig Opfer sexualisierter Gewalt, Zwangsheirat oder anderer Formen der Unterdrückung. Gleichzeitig schultern Frauen und Mädchen in Krisengebieten die alleinige Verantwortung für mehrere Kinder oder die ganze Familie. Die strukturelle Benachteiligung von Frauen und Mädchen führt dazu, dass sie in Krisen nur schwer Zugang zu lebensrettenden Ressourcen wie Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung erhalten – mit weitreichenden Folgen für ganze Familien und Gemeinschaften. Der Schutz und die Unterstützung dieser Gruppen ist daher eine zentrale Priorität für WFP.

WFP hat erfolgreich Programme implementiert, bei denen Bargeldtransfers direkt an Frauen ausbezahlt werden. Diese Programme stärken die wirtschaftliche Autonomie von Frauen und fördern die Ernährungssicherheit ihrer Familien. In Somalia und der Demokratischen Republik Kongo haben solche Ansätze dazu beigetragen, die Ernährungsunsicherheit in von Frauen geführten Haushalten um über 20 Prozent zu senken. Im Südsudan kombiniert WFP Nahrungsmittelverteilungen mit psychosozialen Unterstützungsangeboten für Überlebende von Gewalt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt darauf, Frauen in ländlichen Gebieten durch Programme zu unterstützen, die Zugang zu Land, Saatgut und landwirtschaftlichen Ressourcen bieten. In Niger haben WFP-Programme dazu beigetragen, die Erträge von Frauen geführten Betrieben um bis zu 30 Prozent zu steigern und ihre Rolle als Entscheidungsträgerinnen in der Gemeinschaft zu stärken.

Die Klimakrise ist einer der drei Haupttreiber von humanitären Krisen und Hunger. Sie wirkt als Multiplikator in fast allen Einsatzgebieten von WFP. Dürren, Überschwemmungen, steigende

Temperaturen und andere klimabedingte Phänomene zerstören Lebensgrundlagen und verschärfen die Ernährungsunsicherheit. Besonders dramatisch ist dies in Regionen wie der Sahelzone, Ostafrika oder Teilen Südasiens zu beobachten, wo wiederkehrende Naturkatastrophen ganze Gemeinschaften entwurzeln und bestehende Konflikte verstärken.

Ohne drastische Reduzierung der globalen CO₂-Emissionen werden die humanitären Herausforderungen dramatisch zunehmen, insbesondere in fragilen und konfliktbetroffenen Regionen. Prognosen zufolge werden bis 2030 über drei Milliarden Menschen in Gebieten leben, die für die Folgen des Klimawandels besonders anfällig sind. In fragilen und konfliktgeprägten Kontexten treffen extreme Wetterereignisse jedes Jahr dreimal so viele Menschen wie in stabileren Ländern. Dennoch erhalten Menschen in fragilen Staaten 80-mal weniger Klimafinanzierung als jene in nicht fragilen Staaten. Um die ansteigende Not wirksam zu bekämpfen, muss der Klimaschutz in den verwundbarsten Regionen der Welt dringend beschleunigt werden. Deutschlands Vorreiterrolle, Instrumente für mehr Klimafinanzierung und – gerechtigkeit voranzutreiben, muss dringend weitergeführt werden. Ernährungssysteme sind für 30-40 Prozent der klimaschädlichen Emissionen weltweit verantwortlich. Der Kampf gegen Hunger und die Klimakrise muss deshalb zusammengedacht werden. WFP und seine Partnerorganisationen haben in vielen Krisengebieten Programme, die hier große Erfolge vorzuweisen haben.

5. Fazit

Das globale humanitäre System steht vor seiner größten Belastungsprobe seit seinem Bestehen. **Der Fokus auf akute oder vergessene Krisen ist nicht hilfreich, sondern verengt den Blick, wo es umfassende und ineinandergreifende Lösungen braucht.**

Das Ziel muss aber sein, **humanitäre Hilfe besser mit langfristigen Maßnahmen gegen Not zu verknüpfen**, die Menschen selbstständig und letztlich humanitäre Hilfe überflüssig machen. Diese Maßnahmen müssen so ausgestaltet sein, dass **mehrere globale Herausforderungen, z.B. Hunger, Klimakrise und Frauenförderung in effektiven Programmen zusammengeführt werden**. Krisenfestigkeit und Selbstständigkeit müssen das langfristige Ziel aller Maßnahmen sein.

Deutschland hat sich in diesen Feldern eine glaubhafte internationale Führungsrolle erarbeitet. Diese darf keine Verhandlungsmasse in innenpolitischen Grabenkämpfen sein. Deutschland profitiert als wohlhabende Industrienation stark von globalen Verflechtungen. Ein Rückzug ist keine Option; unser **Wohlstand bringt Verpflichtungen mit sich**. Wie sich Deutschland in Fragen von Menschenrechten, Hungerbekämpfung, internationaler Hilfe und Migration verhält, wird weltweit aufmerksam beobachtet.

Die Solidarität mit Notleidenden ist mit Blick auf die deutsche Geschichte tief in der politischen Tradition verankert und hat Deutschland international Respekt und Glaubwürdigkeit eingebracht. Ein parteiübergreifender Konsens zu substanzieller humanitärer Hilfe bestand im Bundestag selbst in Zeiten knapper Haushalte.

Hungerbekämpfung kann in komplexen Situationen Linderung und Prävention leisten und damit stabilisierend wirken. **Internationale Hilfe ist ein essenzielles Instrument, um globale Sicherheit**

und Stabilität zu fördern. Viele Probleme, die wir in Deutschland diskutieren, haben ihren Ursprung jenseits unserer Grenzen und können nur global gelöst werden.

Hungerbekämpfung ist ein vielseitiger Ansatzpunkt. Hunger systemisch bekämpfen, kann nicht nur Ernährungssicherheit schaffen, das Klima schützen und Frauen stärken, sondern auch Menschen langfristig von Hilfe unabhängig machen. Perspektive in den ärmsten Ländern zu schaffen, gibt nicht nur Hoffnung auf eine Zukunft vor Ort, sondern **spart letztlich Kosten in Zeiten knapper Kassen.**



Ausschussdrucksache 20(17)100

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 18. Dezember 2024 zum Thema

„Vergessene humanitäre Krisen“

Katharina Küsters

Abteilungsleitung Entwicklungspolitik Plan International Deutschland e.V.

■ Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.



Gibt Kindern eine Chance

Schriftliche Stellungnahme von Plan International Deutschland zur 75. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestags

Vertreten durch die Abteilungsleiterin für Entwicklungspolitik Katharina Küsters

Berlin, 18. Dezember 2024

Thema: „Vergessene humanitäre Krisen“

Geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt sowie Auswirkungen des Klimawandels in „Vergessenen Krisen“

Der Begriff „Vergessene Krisen“

Plan International ist eine unabhängige, internationale Nichtregierungsorganisation der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe. Unser Ziel ist es, die Rechte von Kindern weltweit zu fördern und die Gleichstellung von Mädchen voranzutreiben. Plan International ist in zahlreichen sogenannten „vergessenen humanitären Krisen“ aktiv, darunter in Myanmar, Burkina Faso, Sudan, Mali, Niger, oder auch Kolumbien.

Der Begriff „**Vergessene Krise**“ wird in der internationalen Gemeinschaft verwendet, um humanitäre Notlagen zu beschreiben, die aufgrund mangelnder Aufmerksamkeit von Medien, Gesellschaft und Politik massiv unterfinanziert sind. Das führt dazu, dass sich die Notlage der betroffenen Bevölkerung weiter verschärft. Dabei sind die Krisen in den seltensten Fällen tatsächlich vergessen. Das heißt, Informationen über die humanitären Bedarfe liegen vor, jedoch können diese eben nicht angemessen bzw. noch weniger als in anderen Krisen gedeckt werden. Daher spricht der Zentrale Nothilfefonds der Vereinten Nationen (CERF) auch nicht von „vergessen“ sondern von „unterfinanziert“. Kriterien zur Einstufung von Krisen als „vergessen“ oder „unterfinanziert“ variieren je nach Organisation und Institution.¹

Krisen und Konflikte ereignen sich weltweit, auf allen Kontinenten. Die größte Aufmerksamkeit von der deutschen Öffentlichkeit und Politik erhalten jedoch meist solche Krisen, die direkte Auswirkungen auf die deutsche Bevölkerung haben oder zu denen ein geografisch, emotional oder politisch engerer Bezug besteht. In seltenen Fällen ist der Grund für die Vernachlässigung einer Krise mit humanitären Mitteln ein Mangel an Informationen. Weitaus häufiger ist sie das Ergebnis fehlenden politischen Willens. Aus diesem Grund wird in dieser Stellungnahme anstelle des Begriffs „vergessene Krisen“ der Ausdruck „**vernachlässigte Krisen**“ bevorzugt.

Eine der größten Herausforderungen für unseren Planeten aber auch für das internationale humanitäre System ist die Klimakrise: Das Jahr 2024 wird voraussichtlich das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen sein. Zudem dauern humanitäre Krisen heute im Durchschnitt länger als zehn Jahre², was die Prognosen für die betroffenen Regionen weiter verschlechtert.

Vor diesem Hintergrund sollte das internationale humanitäre System besser aufgestellt und an die steigenden humanitären Bedarfe angepasst werden: Neben dem effektiveren Verhindern von humanitären Krisen – unter anderem durch die konsequente Einhaltung des internationalen Kriegsvölkerrechts – sind programmatische Ansätze wie der Humanitarian-Development-Peace-

¹ Um hier einen Einblick zu gewähren: CERF kombiniert seinen Index für Risiko und Vulnerabilität mit der Finanzierungsdeckung des bereitgestellten Financial Tracking Service – basierend auf UN OCHA-Berichten – und qualitativen Beratungen mit Expert:innengruppen.

² Global Humanitarian Overview 2025

Nexus von zentraler Bedeutung. Zudem ist der Ausbau vorausschauender humanitärer Hilfe unerlässlich, ebenso wie die Förderung gendersensibler und inklusiver Ansätze, die sicherstellen, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse aller betroffenen Gruppen in Krisensituationen angemessen berücksichtigt werden.

Geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt in vernachlässigten Krisen

Für Mädchen und junge Frauen verstärken sich die Risiken von geschlechtsspezifischer Gewalt in humanitären Kontexten erheblich. Das Risiko wächst mit der **Intersektionalität**, also dann, wenn mehrere Merkmale vorliegen, die zu Diskriminierung führen können. Neben dem Alter zählen dazu Merkmale wie sexuelle Orientierung, Zugehörigkeit zu marginalisierten sozialen oder ethnischen Gruppen, Behinderung oder Familienstand.

Geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung sind weit verbreitet. Sie werden jedoch nur selten gemeldet und bleiben daher häufig unsichtbar. Gründe hierfür sind die Angst vor sozialer Stigmatisierung und Vergeltung, Fehlinformationen und fehlende Unterstützungsangebote. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sind gezielte Maßnahmen erforderlich, die die besonderen Bedürfnisse und Risiken dieser vulnerablen Gruppen in all ihrer Vielfalt berücksichtigen und sie in den Mittelpunkt der humanitären Hilfe stellen.

Eine humanitäre (Geber)Gemeinschaft, die die Geschlechter- und Altersunterschiede sowie die spezifischen Bedürfnisse und Ressourcen der betroffenen Gruppen nicht ausreichend berücksichtigt, kann **zusätzlichen Schaden** verursachen und die Lebensbedingungen der betroffenen Personen weiter verschlechtern. Ohne einen klaren Fokus auf die Rechte von Mädchen und Frauen, den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen, die Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit sowie gezielte Investitionen und Engagement zur Verbesserung ihrer Lebenssituation ist eine effektive humanitäre Hilfe nicht möglich.³

In vernachlässigten Krisen treten diverse geschlechtsspezifische Gefahren auf:⁴ Eine Auswahl:

- **Kinderhehen:** In Krisenzeiten werden Mädchen häufiger früh verheiratet, was ihre Bildungschancen, gesundheitliche Entwicklung sowie ihre Möglichkeiten zu sozialer und ökonomischer Teilhabe stark einschränkt. Die zehn Länder mit den höchsten Kinderheiratsraten sind entweder fragil oder extrem fragil.⁵ Verheiratete Mädchen sind außerdem einem höheren Risiko ausgesetzt, in der Ehe Gewalt zu erfahren, einschließlich sexuellem und körperlichem Missbrauch. Armut und humanitäre Krisen sind Schlüsselfaktoren für die frühe Verheiratung von Mädchen.
- **Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt (SGBV):** Zu den Formen von SGBV gehören unter anderem sexueller Missbrauch, Vergewaltigung, Gewalt in der Partnerschaft, Kinderheirat und schädliche traditionelle Praktiken, wie weibliche Genitalverstümmelung. In humanitären Krisen steigt die Wahrscheinlichkeit von SGBV erheblich.

³ Empfehlungspapier der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der Feministischen Außenpolitik in der deutschen Humanitären Hilfe.

⁴ Plan International: We know what we need. Adolescent Consultations Summary Report: <https://plan-international.org/uploads/2023/04/GLO-Summary-Adolescent-Consultation-Report-highres-IO-Final-EN-April23.pdf>

⁵ Girls not Brides <https://www.girlsnotbrides.org/learning-resources/child-marriage-atlas/>

- **Frühschwangerschaften:** Die Zahl der frühen Schwangerschaften, oft eine direkte Folge von Kinderheirat und/oder sexueller Gewalt, steigt in humanitären Krisen ebenfalls. Die frühe Schwangerschaft birgt ein hohes gesundheitliches Risiko sowohl für das schwangere Mädchen als auch für das ungeborene Kind. In humanitären Krisen verringert sich der meist ohnehin defizitäre Zugang zu Verhütungsmöglichkeiten und (altersangemessener) medizinischer Versorgung.
- **Ernährungsunsicherheit:** Geschlechtsspezifische Diskriminierung äußert sich in Krisen auch in einem ungleichen Zugang zu Nahrungsmitteln. Kulturelle Normen geben oft der Ernährung von Jungen und Männern den Vorrang, so dass Frauen und Mädchen besonders benachteiligt und anfälliger für Unterernährung sind. Dies kann gravierende Auswirkungen insbesondere während der Schwangerschaft oder Stillzeit haben.
- **Fehlende rechtliche und soziale Unterstützung:** In vielen Krisensituationen bestehen erhebliche Lücken in der rechtlichen und sozialen Unterstützung von Mädchen. Oft sind die bestehenden rechtlichen und sozialen Strukturen nur schwach ausgeprägt und/oder sie genießen in den Gemeinschaften kein Vertrauen. In solchen Kontexten haben Mädchen keine Möglichkeit, rechtliche Schritte gegen Täter bei Fällen von Gewalt einzuleiten, noch erhalten sie die notwendige Unterstützung.
- **Eingeschränkter Zugang zu Bildung:** In Krisen werden Mädchen häufig daran gehindert, die Primar- oder Sekundarschule fortzusetzen oder eine Berufsausbildung zu machen, was ihre langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Aussichten stark einschränkt.
- **Menschenhandel:** In Krisensituationen besteht für Mädchen und Frauen zudem ein hohes Risiko, Opfer von Menschenhandel zu werden, oft zum Zweck der Zwangsarbeit oder sexuellen Ausbeutung. Auch Jungen sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt, da sie häufig von bewaffneten Gruppen für Zwangsarbeit oder illegale Aktivitäten wie Drogenhandel rekrutiert werden.

Effektive Maßnahmen zum Schutz von Mädchen in vernachlässigten Krisen

Folgende Maßnahmen haben sich für den Schutz von Mädchen und die Verhinderung von Gewalt als besonders effektiv und erfolgreich erwiesen:

- **Sichere Räume:** "Safe Spaces", inklusive und sichere Räume in kinder- und frauenfreundlichen Einrichtungen bieten Kindern, Jugendlichen und Frauen einen geschützten Zugang zu unterschiedlichen Leistungen und Hilfsangeboten.
- **Einbindung von Eltern und Betreuungspersonen:** Die Sensibilisierung von Eltern und Betreuungspersonen für positive Erziehungsmethoden und Kinderschutz spielt eine entscheidende Rolle, um sicherzustellen, dass geschlechtsspezifische Risiken aktiv angesprochen, Mädchen besser geschützt und negative Kompensationsstrategien verhindert werden können.

- **Zusammenarbeit mit frauen- und jugendgeführten Organisationen:** Die gezielte Förderung von Organisationen, die von Frauen oder Jugendlichen geführt werden, ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor in der humanitären Arbeit. Ihre aktive Beteiligung ermöglicht es, geschlechtsspezifische und altersgerechte Maßnahmen zu erarbeiten, die auf die besonderen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen eingehen und eine nachhaltige Unterstützung bieten.
- **Angebote im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit (SRG):** In Krisen sind Gesundheitsangebote im Bereich SRG oft erheblich reduziert. Dazu gehören die medizinische Betreuung von Müttern und Neugeborenen, Beratungen zu SRG und Familienplanung, sexuelle Aufklärung, HIV-Tests und Behandlung von HIV/Aids sowie anderen sexuell übertragbaren Krankheiten oder medizinische Hilfe nach Fällen von sexueller Gewalt. Sie sollten als die überlebenswichtigen Maßnahmen verstanden werden, die sie sind.
- **Gesundheit und Hygiene während der Menstruation:** Um die Bedürfnisse von Mädchen und Frauen in Bezug auf ihre Menstruationsgesundheit und -hygiene auch in Krisen zu erfüllen und ihnen Mobilität im Alltag zu ermöglichen, müssen im Rahmen der humanitären Hilfe kulturell angemessene Produkte für die Monatshygiene sowie geschlechtsspezifische Toiletten und Waschgelegenheiten zur Verfügung gestellt werden.
- **Berufliche Qualifizierung:** Angesichts der begrenzten Möglichkeiten zur Sicherung des Lebensunterhalts in Krisensituationen braucht es häufig maßgeschneiderte Qualifizierungsprogramme. Diese Programme tragen dazu bei, die beruflichen, sozialen und unternehmerischen Fähigkeiten der Menschen zu stärken und ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit zu fördern. Das Risiko für Gewalt kann dadurch verringert werden.
- **Einbeziehung von Jungen und Männern:** Dialogveranstaltungen mit Jungen und Männern zielen darauf ab, ein Verständnis für ungleiche Machtverhältnisse und die Ursachen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu entwickeln und so einen nachhaltig besseren Schutz von Kindern und Frauen zu erreichen.

Gleichberechtigung und Teilhabe im Humanitären System

Gründe für Krisen sind in jedem Land unterschiedlich, sie sind vielfältig und verstärken sich gegenseitig. Katastrophen verändern zudem häufig die bestehenden Machtgefüge. Es kommt zu Verteilungskämpfen, die darüber entscheiden, welche gesellschaftlichen Gruppen zukünftig wichtige Ressourcen kontrollieren und politische Entscheidungen treffen.⁶ Um die Komplexität dieser Situationen zu erfassen, braucht es gründliche Analysen.

Doch häufig liegen keine **disaggregierten Daten** vor. Dabei kann für Geber:innen ein Gender-, Age- und Disability-Marker ein wichtiges Instrument bei der Auswahl von humanitären Projekten sein. Zugleich kann die statistische Erfassung das Risiko bergen, dass Betroffene einer

⁶ VENRO (2010): Gewusst wie – Gender in der Entwicklungszusammenarbeit.

bestimmten Personengruppe zugerechnet und dadurch gefährdet werden. Daher bedarf es eines umfassenden Verständnisses von Machtstrukturen und -risiken sowie Geschlechtergerechtigkeit.

Mädchen und junge Frauen sind wichtige Akteurinnen, die einen nicht zu unterschätzenden gesellschaftlichen Einfluss haben. Wenn sie ihre Rechte leben können, hat dies **positive Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft**. So steigt, wenn Frauen an Friedensverhandlungen beteiligt sind, die Chance, dass die Vereinbarungen eingehalten werden, um 20 Prozent. Hingegen sind Länder, in denen Frauen von Machtpositionen ferngehalten werden, seltener friedlich. Oft ist Repression gegen Frauen ein Warnsignal für zukünftige Aggression nach außen. Darüber hinaus hat die Bildung von Müttern einen unmittelbaren Einfluss auf die Kindersterblichkeitsrate sowie die Bildung und Gesundheit von Kindern.⁷

Es ist wichtig, zu verstehen, dass der Einsatz für Gleichberechtigung nicht auf die Zeit nach einer Krise warten kann. Mädchen und junge Frauen sind zentrale Akteurinnen für den Erfolg von Strategien, um humanitäre Krisen langfristig und nachhaltig zu mindern. Sie selbst wissen am besten, welche Unterstützung sie benötigen und welches für sie die größten Herausforderungen sind.⁸

Der Anspruch auf **Partizipation der betroffenen Bevölkerung** ist herausfordernd. Doch humanitäre Akteur:innen müssen immer ihre eigene Arbeit infrage stellen und der Kritik der Zielgruppe zugänglich machen. Deshalb muss sichergestellt werden, dass die Zielgruppe bei der Gestaltung der humanitären Arbeit konsultiert und einbezogen wird. Das gilt auch für Kinder und Jugendliche. Wo immer es möglich ist, müssen lokal geführte Programme unterstützt werden. Denn **lokale Organisationen** sind oft die ersten, die zum Beispiel nach einer Naturkatastrophe vor Ort sind und die Gegebenheiten im Krisengebiet am besten kennen.⁹

Bedeutung der Klimakrise in vernachlässigten Krisen

Der Klimawandel ist die wichtigste Frage der Generationengerechtigkeit unserer Zeit. Kinder und zukünftige Generationen werden die Hauptlast der Auswirkungen eines verschmutzten und degradierten Planeten tragen.¹⁰ Dabei sind Menschen in weniger entwickelten Ländern im Allgemeinen stärker betroffen als in Industrieländern – und sie verfügen zugleich über geringere Bewältigungskapazitäten. Auch hier gibt es deutliche **geschlechtsspezifische Auswirkungen**:

- **Mortalität:** Frauen und Mädchen sind aufgrund ihrer Rolle in vielen Gesellschaften überproportional von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen.¹¹ Bei Naturkatastrophen ist die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen und Kinder zu Tode kommen, 14-mal höher als bei Männern.¹² Dies ist vor allem auf ihren begrenzten Zugang zu Informationen, ihre eingeschränkte Mobilität, fehlende Entscheidungsfreiheit und Ressourcen zurückzuführen.

⁷ Sex and world Peace (2023) Valerie M. Hudson [et al]

⁸ Weltrisikobericht 2023: <https://weltrisikobericht.de/download/3426/>

⁹ Metcalfe-Hough et al. 2022

¹⁰ Plan International Girls Rights in Climate Strategies https://plan-international.org/uploads/2021/12/publication-girls_rights_in_climate_strategy-v5.pdf

¹¹ Plan International (2019): Girls' Rights in Climate Strategies, [online] https://plan-international.org/uploads/2021/12/publication-girls_rights_in_climate_strategy-v5.pdf (11.12.2024).

¹² [Gender Dimensions of Disaster Risk and Resilience: Existing Evidence](#)

- **Vertreibung und Gewalt:** Schätzungsweise vier von fünf Menschen, die durch die Auswirkungen des Klimawandels vertrieben werden, sind Frauen und Mädchen.¹³ Sie sind häufig für das Sammeln von Wasser und Feuerholz oder landwirtschaftliche Tätigkeiten zuständig – Aufgaben, die mit der Verknappung der Ressourcen durch den Klimawandel noch schwieriger werden. In Dürreperioden müssen Frauen und Mädchen beispielsweise längere Strecken zurücklegen, um Wasser zu finden. Dies erhöht zugleich ihre Gefährdung für Gewalt und sexuelle Übergriffe.¹⁴
- **Zugang zu Bildung:** Zunehmend hindert die Klimakrise Mädchen daran, ihr Recht auf Bildung wahrzunehmen. So sehen sich Mädchen in gefährdeten Haushalten infolge extremer Wetterereignisse eher gezwungen, die Schule abzubrechen. Oft werden sie auch zu einer frühen Heirat gezwungen. Bereits 2025 könnte der Klimawandel jährlich mehr als 12 Millionen Mädchen daran hindern, ihre Schulbildung abzuschließen.¹⁵

Hauptakteur:innen im Klimaschutz: Trotz und gerade wegen dieser Herausforderungen spielen Frauen und Mädchen eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels. Sie verfügen über wertvolle Kenntnisse und Fähigkeiten im Bereich der Landwirtschaft und nachhaltigem Ressourcenmanagement. Die Beteiligung von Frauen an gemeinschaftsbasierten Strategien zur Anpassung an den Klimawandel hat sich als besonders wirksam erwiesen, um die Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften zu erhöhen und ihre Anfälligkeit zu verringern.¹⁶ So konnten beispielsweise von Frauen geleitete Initiativen in der Landwirtschaft, wie die Einführung klimaresistenter Nutzpflanzen und nachhaltiger Anbaumethoden, bereits erheblich zur Ernährungssicherheit ihrer Gemeinden beigetragen.¹⁷ Dabei zeigt sich, dass die Führungsrolle von Frauen bei Klimamaßnahmen nicht nur geschlechtsspezifischen Ungleichheiten entgegenwirkt, sondern auch die allgemeine Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften stärkt. Auch die Beteiligung von Frauen an der Planung der Katastrophenvorsorge führt zu effektiveren, gemeinschaftsorientierten Ansätzen.

Das Potential vorausschauender humanitärer Hilfe

Der Schutz vor dem Klimawandel und der Schutz von Kindern und Frauen hat eine wesentliche Gemeinsamkeit. **Der beste Schutz ist Prävention.** So nimmt die vorausschauende humanitäre Hilfe – definiert als Handeln im unmittelbaren Vorfeld von vorhergesagten, gefährlichen Ereignissen, um akute humanitäre Auswirkungen zu verhindern oder zu verringern, bevor sie sich voll entfalten – auch in vernachlässigten Krisen eine entscheidende Rolle ein.

¹³ UNICEF (2021): The Climate Crisis is a Child Rights Crisis: Introducing the Children's Climate Risk Index, [online] <https://www.unicef.org/reports/climate-crisis-child-rights-crisis> (11.12.2024).

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Fry, Lucia & Lei, Philippa (2021): A greener, fairer future: Why leaders need to invest in climate and girls' education, [online] <https://inee.org/resources/greener-fairer-future-why-leaders-need-invest-climate-and-girls-education> (11.12.2024).

¹⁶ UN Women (2022): Explainer: How gender inequality and climate change are interconnected, [online] <https://www.unwomen.org/en/news-stories/explainer/2022/02/explainer-how-gender-inequality-and-climate-change-are-interconnected> (11.12.2024).

¹⁷ Berninger, Matthias (2024): Climate change impacts women more. We must legislate to protect their health, [online] <https://www.weforum.org/stories/2024/01/women-health-climate-change/> (11.12.2024).

In den vergangenen Jahren haben solche vorausschauenden Maßnahmen aufgrund verbesserter Risikoanalysen und -prognosen an Wirksamkeit gewonnen¹⁸, und es ist zu erwarten, dass sich dieser Trend mit immer besseren Modellen der künstlichen Intelligenz¹⁹ fortsetzen wird. Vorausschauende Maßnahmen ermöglichen schnellere, frühere und menschenwürdige Reaktionen, bevor die Gefahren die Gemeinden treffen. Indem sie sich mit vorhersehbaren Gefahren und pro-aktiver **Katastrophenrisikoplanung** befassen, werden Gemeinden und Einsatzkräfte befähigt, sich vorzubereiten, um menschliches Leid, Verluste und Schäden zu verringern. Dabei ist es von besonderer Bedeutung, auch Kinder an der Planung von Maßnahmen zu beteiligen, um sie besser vor Schaden und Gewalt zu schützen.

Vorrausschauende humanitäre Hilfe und Katastrophenvorsorge ist besonders kosteneffizient. Die **Klimaaußenpolitikstrategie** der Bundesregierung legt dar, dass vorausschauende humanitäre Hilfe je nach Berechnung zwei bis sieben Mal mehr Wirkung entfaltet als reaktive Maßnahmen.²⁰ Neben der Bundesregierung unterstützen daher viele internationale Geberländer²¹ und Organisationen zunehmend die vorausschauende humanitäre Hilfe.

Der **Ausbau von Frühwarnsystemen** für Extremwetterereignisse ist entscheidend, um die Bevölkerung rechtzeitig zu informieren und angemessene Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Dabei gilt es die Realität besonders vulnerabler Gruppen zu berücksichtigen. Denn durch gezielte Maßnahmen, die die spezifischen Bedürfnisse von Frauen, Jugendlichen und Kindern mit und ohne Behinderungen berücksichtigen, kann die humanitäre Hilfe effektiver und nachhaltiger gestaltet werden. Diese Gruppen spielen eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der Klimakrise.²²

Fazit und Handlungsempfehlungen

Förderung vorausschauender humanitärer Hilfe

Die Bundesregierung sollte **finanzielle Mittel für humanitäre Hilfe allein nach Bedarf** und unter Wahrung des Prinzips der Unabhängigkeit von anderen Zielsetzungen (politischen, wirtschaftlichen, militärischen etc.) bereitstellen, um die weltweit ungleiche Finanzierung nicht weiter zu verstärken. Humanitäre Gelder sollten zudem so früh wie möglich im Jahr bereitgestellt werden, um eine flexible, zeitgerechte und prinzipienorientierte humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Außerdem sollte die Bundesregierung die Koordinierung mit anderen humanitären Gebern dafür nutzen, sicherzustellen, dass keine Krisen vernachlässigt werden.

¹⁸ The Evidence Base on Anticipatory Action" (Weingärtner et al. for ODI, 2020) and "Early Action: The State of Play 2021" (REAP, 2022)

¹⁹ NVIDIA, 2024. Generative Correction Diffusion Model (CorrDiff) for Km-scale Atmospheric Downscaling. [Online] Available at: <https://nvidianews.nvidia.com/news/nvidia-announces-earth-climate-digital-twin> [Accessed 22 March 2024]. FourCast-Wettermodell (Pathak et al., 2022) FourCastNet: A Global Data-driven High-resolution Weather Model using Adaptive Fourier Neural Operators. [Online] Available at: <https://arxiv.org/abs/2202.11214>. December 9, 2024 at 2:44 PM

²⁰ Siehe auch: Deutscher Bundestag, Drucksache 20/9755, „So hat die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) errechnet, dass durch vorausschauende Maßnahmen im Vorfeld eines strengen Winters in der Mongolei (Dzud), z. B. Bargeldhilfe, für jeden ausgegebenen Euro über 7 Euro eingespart werden konnte (FAO, 2018). Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) errechnete, dass vorausschauende Maßnahmen in Vorbereitung auf vorhergesagte Überschwemmungen in Bangladesch und Nepal 2022 die Kosten der nötigen humanitären Hilfe um 50 Prozent reduziert haben (WFP, April 2023).“

²¹ G7 Foreign Ministers' Statement on Strengthening Anticipatory Action in Humanitarian Assistance - Federal Foreign Office: <https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/g7-anticipatory-action/2531236>

²² <https://www.unwomen.org/en/news-stories/explainer/2022/02/explainer-how-gender-inequality-and-climate-change-are-interconnected>

Die Klimakrise stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar. Werden die Auswirkungen dieser Krise ignoriert, wird dies schwerwiegende Konsequenzen für die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen weltweit haben. Kurzfristige Reaktionen auf Umweltkatastrophen sind deutlich kostenintensiver und verursachen erheblich mehr Leid. Um die Folgen der Klimakrise abzumindern, müssen auch **vorausschauende humanitäre Ansätze gefördert und ausreichend finanziert werden**. Dafür braucht es Flexibilität im Vergaberecht, politische Unterstützung und zusätzliche Gelder – statt bestehende Mittel aus den Bereichen Katastrophenvorsorge oder Klimaanpassung umzuschichten.

Gender- und inklusionssensible Strategien priorisieren

Frauen und Mädchen sowie Personen mit anderen Merkmalen von Vulnerabilität in humanitären Krisen müssen vermehrt und konsequent in der humanitären Hilfe der Bundesregierung mitgedacht und adressiert werden. Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Mädchen ist ein zentraler Faktor für die weltweite soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Ihre Stärkung bringt langfristig stabilere, friedlichere und prosperierende Gesellschaften hervor. Es ist daher unerlässlich, dass diese Anliegen in die humanitäre Hilfe integriert und mit der notwendigen Priorität behandelt werden. Das Auswärtige Amt hat im Rahmen der feministischen Außenpolitik sowie der Genderstrategie für die Humanitäre Hilfe wichtige Schritte unternommen, um den unterschiedlichen humanitären Bedarfen einer Gesellschaft, Rechnung zu tragen. Hier braucht es eine konsequentere **Umsetzung und Weiterentwicklung einer geschlechtergerechten Außenpolitik**.

Internationale Zusammenarbeit stärken

Die Bundesregierung sollte sich aktiv für die Wahrung internationalen Rechts einsetzen. Wo immer die Rechte von Kindern und Frauen verletzt und zum Beispiel Hilfslieferungen systematisch eingeschränkt werden, muss die Bundesregierung ihren **Verpflichtungen durch internationale Abkommen und internationales Völkerrecht nachkommen** und alle ihr zur Verfügung stehenden diplomatischen und politischen Instrumente nutzen, um die Rechte von Kindern und Frauen zu gewährleisten. Ohne ein funktionierendes multilaterales System kann den Folgen von Konflikten ebenso wenig begegnet werden wie denen von grenzüberschreitenden Katastrophen wie dem Klimawandel.



Ausschussdrucksache 20(17)101

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 18. Dezember 2024 zum Thema

„Vergessene humanitäre Krisen“

Ralf Südhoff

Direktor des Centre for Humanitarian Action e.V.

■ Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

Vergessene Krisen – CHA Statement

Statement zur öffentlichen Anhörung am 18. Dezember 2024

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Von Ralf Südhoff, Centre for Humanitarian Action (CHA)



I. Einführung

Vergessene Krisen sind eine zentrale Priorität in der humanitären Hilfe, welche gemäß den humanitären Prinzipien in der **Pflicht steht, Menschen in Not nach ihren größten Bedarfen zu unterstützen**. Nach den Prinzipien der Menschlichkeit und Unparteilichkeit sollte dies ohne Ansehen der Person wie auch der Region des Krisengebiets erfolgen und Finanzierungsentscheidungen damit auch unabhängig von den mit dieser Region verbundenen Interessen eines Geberlandes fallen.

Dennoch kommt es regelmäßig zu „Vergessenen Krisen“, die deutlich unterfinanziert, begrenzt politisch oder diplomatisch begleitet oder medial beleuchtet werden. Zentrale Kriterien für die Definition solcher vergessenen Krisen haben Akteure wie ECHO / Europäische Kommission, der UN-Fond CERF, für Vertreibungskrisen das Norwegian Refugee Council (NRC) sowie mit Blick auf mediale Aufmerksamkeit CARE International erstellt (siehe Tabelle 1a und b).¹

	ECHO (2024)	CERF (2024)	NRC (2023)	CARE (2023)
Titel	Forgotten Crises Assessment (last updated: 05.01.2024)	Underfunded Emergencies (2 nd round 2024)	The world's most neglected displacement crises 2023	„Breaking the Silence“: Zehn humanitäre Krisen, die 2023 keine Schlagzeilen machten
Maßnahme	Identifizierung von „vergessenen Krisen“ durch das „Foreign Crises Assessment“ und Einsatz von 15% seiner Finanzmittel für diese Krisen	Identifizierung „unterfinanzierter Krisen“ 2x im Jahr und Bereitstellung von Mitteln (zuletzt US\$ 100 Mio) für diese.	Identifizierung und Veröffentlichung einer jährlichen Liste der „am meisten vernachlässigten Vertreibungskrisen“	Veröffentlichung eines jährlichen Berichts zu den „humanitären Krisen mit der geringsten Berichtserstattung“
Indikatoren	Kombination aus qualitativen & quantitativen Bewertungen: INFORM-Risiko- und Severity-Index, mediale Berichterstattung, humanitäre Hilfe pro Kopf & qualitative Bewertung durch Expert*innen der Kommission	Kombination aus quantitativen und qualitativen Daten: INFORM Risk und Severity Index, Indizes zu Frühwarnung, Konflikten und Ernährungsunsicherheit, Finanzierungsdaten des OCHA FTS, Beratungen mit der Underfunded Working Emergencies Group (UFEWG)	Große Vertreibungskrisen mit >200.000 Vertriebenen werden ausgewählt. Diese werden mit der Zahl der Medienartikel über die Krise, dem politischen Willen, eine Lösung zu finden, und der Finanzierungsdeckung der humanitären Bedarfe verglichen.	Länder, in denen mind. 1 Mio Menschen durch eine Krise betroffen sind, werden in Kombination mit der Zahl der Medienartikel zu diesen Krisen analysiert.

Tabelle 1a: Indizes zu vergessenen Krisen und ihre Indikatoren

¹ https://www.chaberlin.org/wp-content/uploads/dlm_uploads/2023/07/2023-04-cha-vergessene-krisen-togode-web.pdf

ECHO (2024)	CERF (2024)	NRC (2023)	CARE (2023)
			Angola
			Sambia
	Burundi		Burundi
			Senegal
			Mauretanien
		Zentralafrikanische Republik	
Kamerun			
Burkina Faso			
Uganda			Uganda
			Simbabwe
Demokratische Republik Kongo		Demokratische Republik Kongo	
Nigeria			
Südsudan		Südsudan	
Mali			
Algerien			
Bangladesch			
Myanmar			
Philippinen			
Irak			
Libanon			
Haiti			
[Zentralamerika]		Honduras	
	Jemen		
	Äthiopien		
	Mozambique		
	Malawi		
		Niger	
		Tschad	
		Sudan	

Tabelle 1b: Liste der vergessenen Krisen und genannte Länder. Anmerkung: Rot – in vier Listen, Gelb – in drei Listen, Blau – in zwei Listen, Grün – in einer Liste.

Auch die Bundesregierung hat sich den vergessenen Krisen in den vergangenen Jahren verpflichtet. Dies beinhaltete die Unterstützung von öffentlichen Kampagnen zum Thema sowie die Zielvorgabe einer anteiligen Förderung vergessener Krisen aus dem deutschen humanitären Budget. Die Unterstützung der Kampagnenarbeit lief jedoch im Jahr 2024 aus. **Eine detaillierte Analyse der Förderung vergessener Krisen durch die Bundesregierung ist im Detail leider nicht möglich, da Regierungsstellen hierzu keine länderbezogenen Daten zur Verfügung stellen konnten.** Der letzte Bericht der Bundesregierung zur humanitären Hilfe datiert aufgrund seines Vierjahresrhythmus von 2022 und deckt lediglich den Zeitraum 2017-2021 ab. **Eine bessere Beurteilung** der deutschen humanitären Hilfe zur Frage vergessener Krisen und weiterer zentraler Themen würde deutlich **erleichtert, wenn das Parlament wie in anderen Sektoren üblich eine jährliche oder zweijährliche Berichterstattung zur**

deutschen humanitären Hilfe anfordern würde. Die im weiteren geteilten Daten und Grafiken basieren daher weitgehend auf CHA-Analysen der international zum Teil verfügbaren Daten.

Ia. Zum Thema Ursachen für vergessene Krisen sowie die Rolle neuer und traditioneller Medien in diesem Kontext (Fragen AfD / FDP) ist im öffentlichen und parlamentarischen Diskurs festzustellen, dass sowohl die **Relevanz vergessener Krisen wie auch das Prinzip einer bedarfsorientierten humanitären Hilfe zunehmend in Frage gestellt werden**. Hier spielen **rechtspopulistische Narrative** vermeintlich selbstverschuldeter Ursachen für humanitäre Krisen, für die Staaten wie Deutschland entsprechend keine Verantwortung zu übernehmen hätten einschließlich der Leugnung des menschengemachten Klimawandels oder auch der Delegitimierung von Migrationsmotiven trotz einer Zuwanderung weitestgehend aus Kriegs- und Konfliktgebieten eine zentrale Rolle. Die **Instrumentalisierung von sozialen Medien und die De-Legitimierung traditioneller Medien** und ihrer Berichterstattung über diese Themenkomplexe trägt hierzu erheblich bei.

Jedoch **auch in der politischen Mitte verfangen zunehmend entsprechende Narrative** und wird die Linderung der Not von Menschen nach humanitären Bedarfen und damit auch insbesondere in vergessenen Krisen vermehrt in Frage gestellt. Forderungen beispielsweise nach einer Reduzierung der humanitären Hilfe bei ihrer gleichzeitigen Fokussierung nur noch auf Staaten, welche die Allianz gegen Russland im Ukraine-Konflikt unterstützen, stehen für eine **politische Instrumentalisierung** der humanitären Hilfe und einer **bedarfsorientierten Förderung insbesondere vergessener Krisen diametral entgegen**². Institutionen wie dem Auswärtigen Amt und deutschen humanitären Akteur*innen kommen daher eine große Verantwortung zu, das Prinzip der Bedarfsorientierung und der Förderung vergessener Krisen zu verteidigen.

II. Implikationen der Strategie des Auswärtigen Amtes mit Blick auf vergessene Krisen (CDU / CSU)

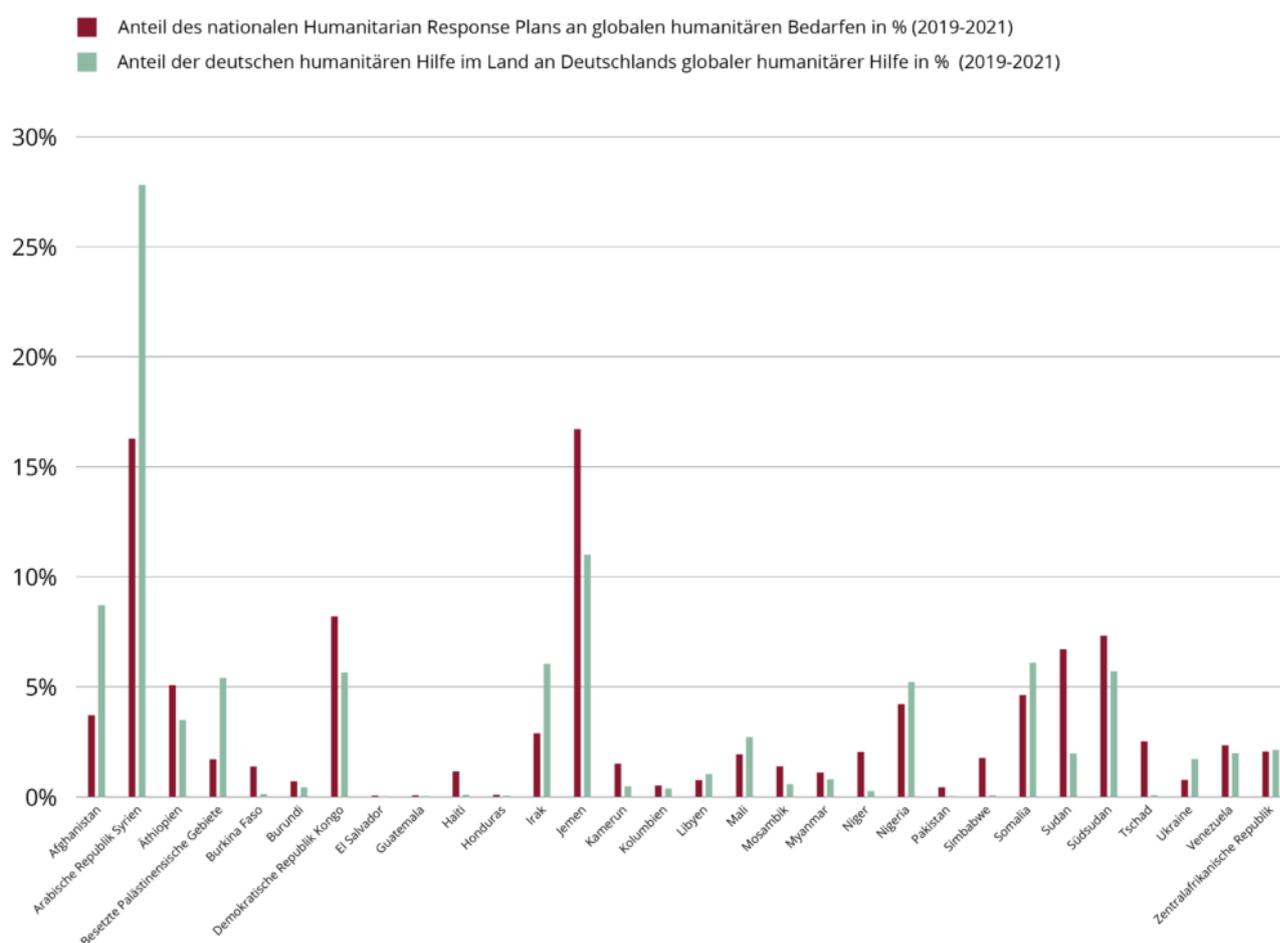
Auch die neue humanitäre Strategie des Auswärtigen Amtes benennt wie in der Vergangenheit vergessene Krisen als Priorität und erklärt explizit: „Für uns gibt es keine vergessenen Krisen.“³ Dies ist einerseits im Einklang mit Aussagen der Strategie, die deutsche humanitäre Hilfe bleibe prinzipien- und bedarfsorientiert, womit eine gezielte Finanzierung vergessener Krisen automatisch einhergehen müsste. Dies steht andererseits im **Widerspruch zum Ziel einer humanitären Strategie, welche anders als ihre Vorgänger gezielt in den Kontext übergeordneter sicherheits- und migrationspolitischer Ziele gestellt wird und künftig prioritär den Interessen Europas dienen soll**. Bei der Vorstellung der humanitären Strategie am 26. September 2024 im AA erklärte Staatssekretärin Baumann:

„(...) die Zahlen gehen nach oben, die Mittel nach unten. (...) Und was bedeutet dieser Konflikt ganz konkret für uns? Für uns ganz klar eine noch bessere Fokussierung auf die Krisen, die auch Auswirkungen hier auf die Situation in Europa und in Deutschland haben können. Also klassisch gesprochen: Wir müssen eine Priorisierung vornehmen.“

² <https://www.tagesspiegel.de/politik/gelb-gruner-streit-um-baerbocks-haushalt-wie-die-fdp-das-aussenministerium-stutzen-will-11736275.html>

³ Strategie des Auswärtigen Amtes zur humanitären Hilfe im Ausland, S.12; <https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2672932/fef4c5f5a3e45433d68287e91e67f582/2024-strategie-huhi-data.pdf>

Die neue Strategie **droht damit eine Zeitenwende der deutschen humanitären Hilfe einzuleiten**, wenn dies Vorhaben so konsequent umgesetzt würde. Zwar nahmen wechselnde Bundesregierungen auch in der Vergangenheit punktuell politisch motivierte Priorisierungen vor, beispielsweise zur Unterstützung syrischer Vertriebener und Flüchtlinge im Nahen Osten. Insgesamt konnten aber quantitative Analysen des CHA in der Vergangenheit bestätigen, dass Deutschland seine humanitären Mittel - im Rahmen der leider nur bis 2021 vorliegenden Daten - weitgehend bedarfsorientiert vergeben hat.

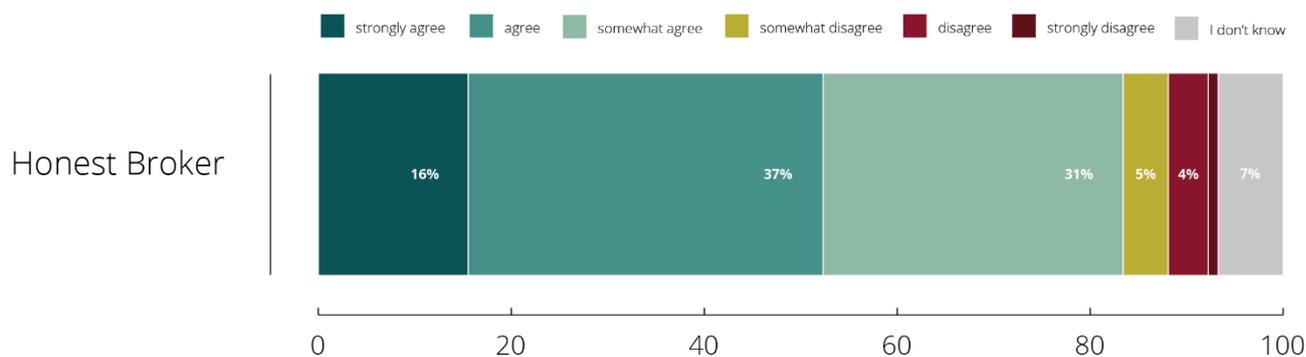


Grafik 1: Länderanteil an den weltweiten humanitären Hilfsbedarfen und Anteil an den Ausgaben Deutschlands in %; Quellen: Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2018-2021; FTS OCHA 2023; Global Humanitarian Overview 2021

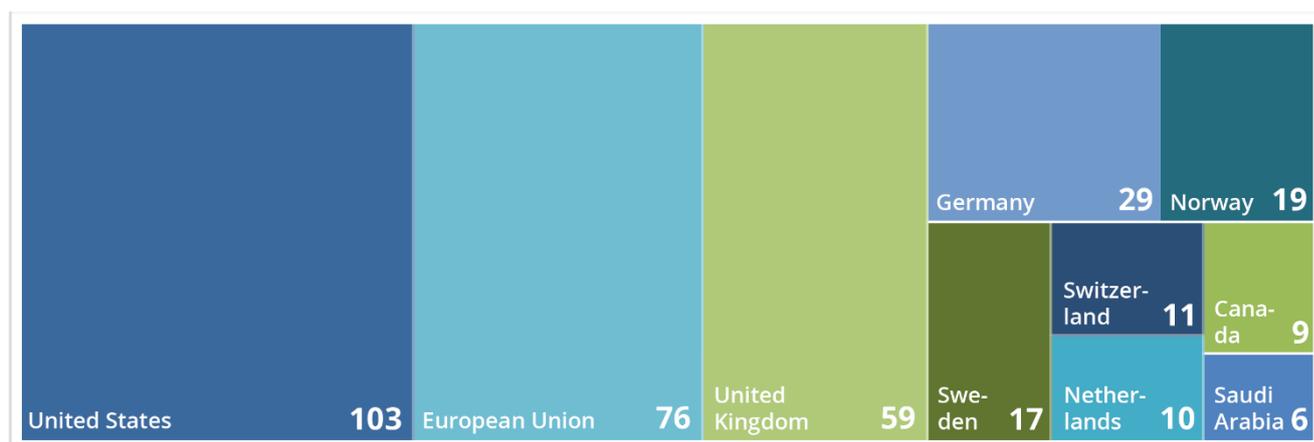
Wie Grafik 1 verdeutlicht, lagen die prozentuale Vergabe der deutschen humanitären Hilfe und der prozentuale Anteil der Hilfsbedarfe einzelner Krisen am weltweiten Bedarf weitgehend auf ähnlichen Niveaus von 2018-2021 mit der Ausnahme einiger Krisengebiete im Nahen Osten, die überproportional von Deutschland finanziert wurden.

Qualitative Analysen des CHA zu Profil und Rolle Deutschlands konnten zudem bestätigen, dass Berlin bislang der Ruf eines wertorientierten Gebers und 'Honest Brokers' vorausleitet (Grafik 2), während seine

Gestaltungskraft und sein Engagement als Reformmotor der humanitären Hilfe deutlich kritischer beurteilt wird (Grafik 3).⁴



Grafik 2: Ist Deutschland ein ehrlicher Makler (honest broker) in humanitären Angelegenheiten?

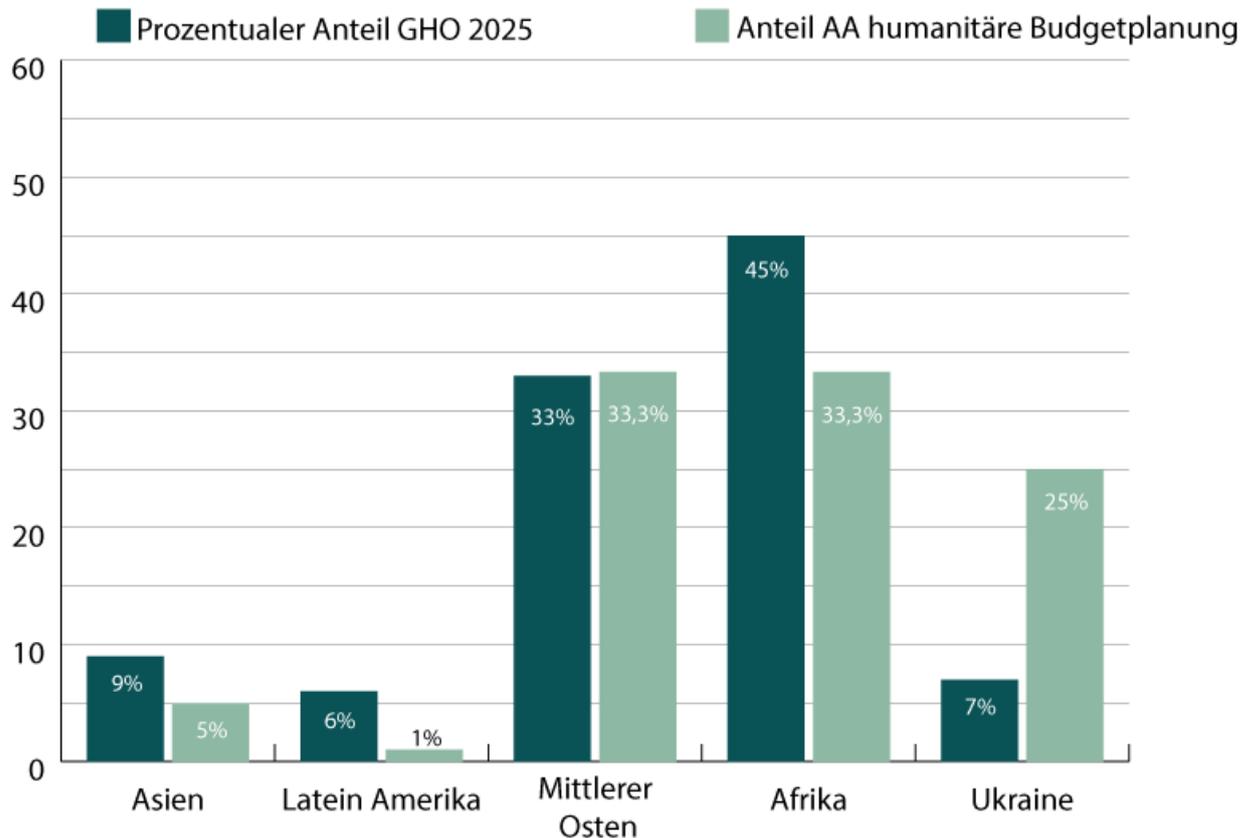


Grafik 3: Welchen Einfluss haben Ihrer Meinung nach die folgenden Geber auf die Gestaltung der humanitären Politik? (basierend auf den Antworten "sehr einflussreich")

Diesen werteorientierten Ruf Deutschlands und damit sein Alleinstellungsmerkmal unter den Topgebern droht eine angekündigte eurozentrierte Priorisierung und damit Politisierung der deutschen humanitären Hilfe zu untergraben. Eine vorausschauende Analyse der humanitären Bedarfe in 2025 und der geplanten Mittelvergabe des Auswärtigen Amtes - soweit bekannt - nährt die Skepsis einer zunehmenden Vergabe von Mitteln nach politischen Kriterien:

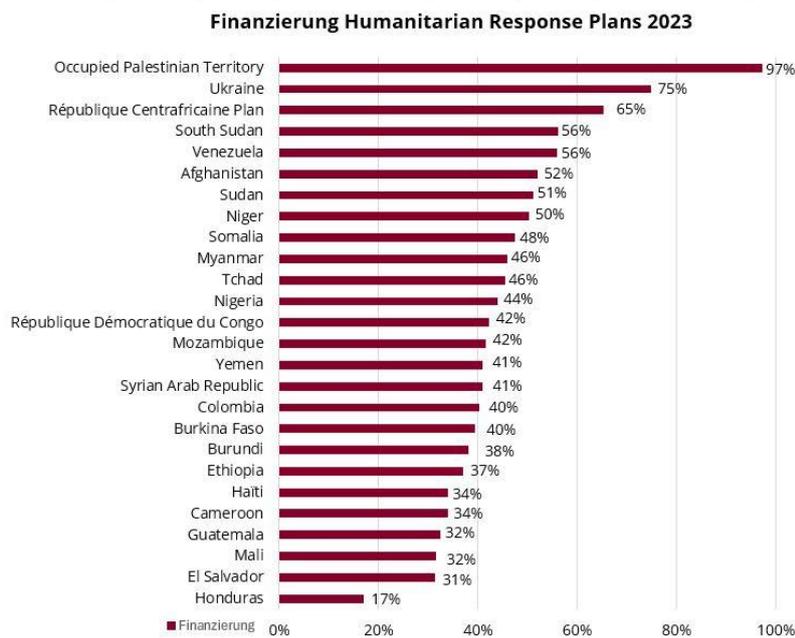
⁴ https://www.chaberlin.org/wp-content/uploads/dlm_uploads/2024/01/payer-player-de-web.pdf

Anteil regionaler Hilfsbedarfe in 2025 und AA Budgetplan



Grafik 4: Anteil regionaler Hilfsbedarfe gemäß Global Humanitarian Overview in 2025 und AA Budgetplan

Leider sind bislang nur auf regionaler Ebene die Planungen für 2025 des AA bekannt. Ein Vergleich dieser Planungen mit dem Anfang Dezember im „Global Humanitarian Overview“ von den UN veröffentlichten regionalen humanitären Bedarfen in 2025 **verdeutlicht eine Priorisierung von humanitären Krisen, welche eine Auswirkung auf Europa haben insbesondere mit Blick auf die Ukraine**: Der anteilige **Bedarf** an humanitärer Hilfe in der Ukraine beläuft sich in 2025 nur auf **7%** der weltweiten Bedarfe; zudem war die Ukraine bereits in den letzten Jahren weit überproportional finanziert durch öffentliche (und private) Spenden (siehe Grafik 5). Gemäß Planung des AA für 2025 sollen **jedoch rund 25%** eines insgesamt um mehr als die Hälfte gekürzten humanitären Budgets in die Ukraine fließen.



Grafik 5: Prozentsatz zu dem Krisen-Bedarfspläne 2023 finanziert wurden

Diese Fokussierung auf eine der am meisten beachteten Krisengebiete geht insbesondere in Zeiten drastisch sinkender Mittel auf Kosten anderer "vergessener Krisen" oder Regionen. So steht der afrikanische Kontinent für die höchste Anzahl vergessener Krisen in allen relevanten oben aufgeführten Indizes. Zugleich ist mit etwa 33% eine **deutlich unterproportionale Förderung für afrikanische Krisen vorgesehen** im Vergleich zu den ermittelten weltweiten Bedarfen (45%). Bereits in der Vergangenheit finden sich zudem zahlreiche besonders unterfinanzierte Krisen in 2023 auf dem afrikanischen Kontinent, wie z.B. Mali, Kamerun, Äthiopien, Burundi, Burkina Faso etc (Grafik 5).

Gleiches gilt für **Lateinamerika**, das im Jahr 2023 eine hohe Anzahl unterfinanzierter Krisen aufwies, darunter vier der sechs am schlechtesten finanzierten Humanitarian Response Plans Ende 2023 (Grafik 5). Gleichwohl sieht die deutsche humanitäre Hilfe für Lateinamerika nur eine Förderung von 1% des Gesamtbudgets vor, während die Bedarfe sechsmal so hoch sind. Für **Asien** sieht die deutsche humanitäre Hilfe eine nur etwa halb so hohe Förderung vor im Vergleich zu den ermittelten Bedarfen in 2025.

Das **Auswärtige Amt setzt in diesem Zusammenhang auf eine künftig zu verstärkende internationale Arbeitsteilung** auch nach regionaler Nähe relevanter Geber. Das Beispiel Lateinamerika kann **verdeutlichen, auf welche Grenzen dieser Ansatz stoßen dürfte** im Lichte des Wahlsieges von Donald Trump und den erwarteten deutlichen Kürzungen im humanitären Bereich sowie den unter der ersten Trump-Administration gemachten Erfahrungen mit Blick auf eine selten bedarfsorientierte humanitäre Hilfe. So machte u.a. das Beispiel einer stark politisierten US-Hilfe, welche die Unterstützung für Venezuelaner in Not gezielt nur zur Förderung oppositioneller Kräfte einsetzte international Schlagzeilen. Entsprechend fraglich ist die Erwartungshaltung, der **geplante Rückzug Deutschlands aus der humanitären Hilfe in Lateinamerika** einschließlich großer Krisenherde wie Haiti werde von regionalen Gebern kompensiert werden. Auch in Asien dürfte eine **erhoffte internationale Arbeitsteilung** für eine

bedarfsorientierte humanitäre Hilfe mit regionalen **Akteuren wie China, Indien und Russland sehr schnell an sehr enge Grenzen stoßen.**

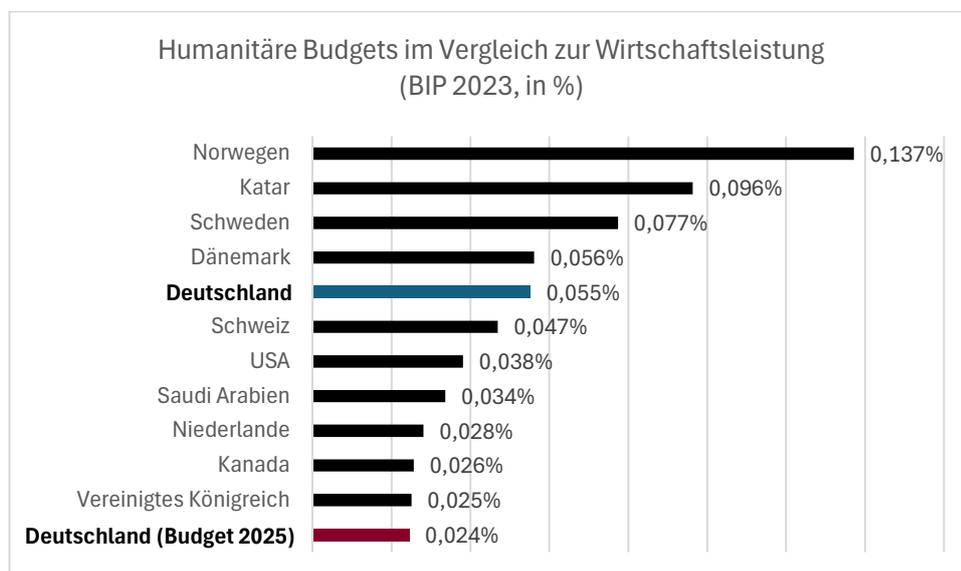
III. Risiken und Folgen für Deutschlands Einfluss auf das reformbedürftige humanitäre System aufgrund der Kürzungen des humanitären Budgets (CDU/CSU)

Die Folgen der avisierten **Budgetkürzungen sind zugleich bedrohlich für Deutschlands Bemühungen, künftig eine größere Rolle nicht nur als Payer, sondern auch als Player humanitärer Hilfe zu spielen.**⁵ Diese Rolle wird von Deutschland erwartet und erhofft auch als Reformmotor, der wesentlich dazu beitragen könnte, die internationale humanitäre Hilfe u.a. lokaler, wirksamer und effizienter zu gestalten sowie ihre finanziellen Lasten fairer zu verteilen. Es droht jedoch ein **nachhaltiger Rückschlag für Deutschland** insbesondere im **Werben um eine breitere Geberbasis** und das Gewinnen weiterer Geber u.a. im Kreis der BRICS-Staaten sowie deren **Einbindung in ein regel- und wertebasiertes humanitäres System**, wenn sich international **Befürchtungen bestätigen, Berlin sei selbst je nach Haushaltslage bereit sein humanitäres Engagement zur Disposition zu stellen.**

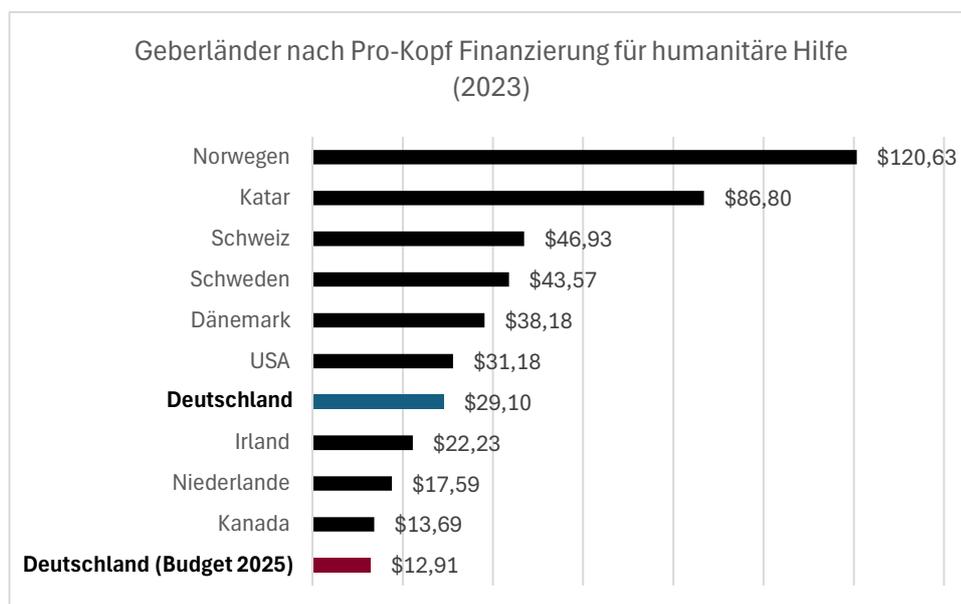
Dieser Eindruck verfestigt sich, wenn beispielsweise das deutsche Budget wie seit 2022 um mehr als zwei Drittel gekürzt und künftig auf politisch für Europa relevante Krisen fokussiert werden soll. Gemessen an den humanitären Leistungen der vergangenen Jahre würde **Deutschland** mit dem derzeit avisierten humanitären Budget von nur gut 1 Mrd.€ in 2025 **im Vergleich zu seiner Wirtschaftskraft (BIP) weit hinter Geber zurückfallen wie Dänemark, Saudi-Arabien und Qatar und nicht mehr zu den Top10 Gebern der Welt zählen.**

Die vom Bundesfinanzministerium im Zuge der Haushaltsaufstellung vertretene **These, Deutschland normalisiere in diesem Zuge der Kürzungen lediglich sein** in den letzten Jahren gewachsenes und inzwischen **stark überproportionales humanitäres Engagement kann daher nicht belegt werden.** Tatsächlich fand mit dem Aufwuchs der deutschen humanitären Hilfe seit 2015 eine Normalisierung statt, welche Deutschlands bis dahin minimales Engagement auf ein international vergleichbares Niveau angehoben hat. **Selbst auf Basis des humanitären Budgets 2023 zählte Deutschland pro Kopf berechnet nicht zu den Top5 Gebern der Welt (Grafik 7).** Auf Basis des Budgetentwurfs für 2025 und einer pro Kopf Berechnung würde es weiter deutlich abrutschen.

⁵ https://www.chaberlin.org/wp-content/uploads/dlm_uploads/2024/01/payer-player-de-web.pdf



Grafik 6: Topgeberländer sortiert nach Quote des humanitären Budgets im Vergleich zur Wirtschaftsleistung (BIP 2023). Umrechnung des deutschen Budgetentwurfs 2025 nach aktuellem Wechselkurs.

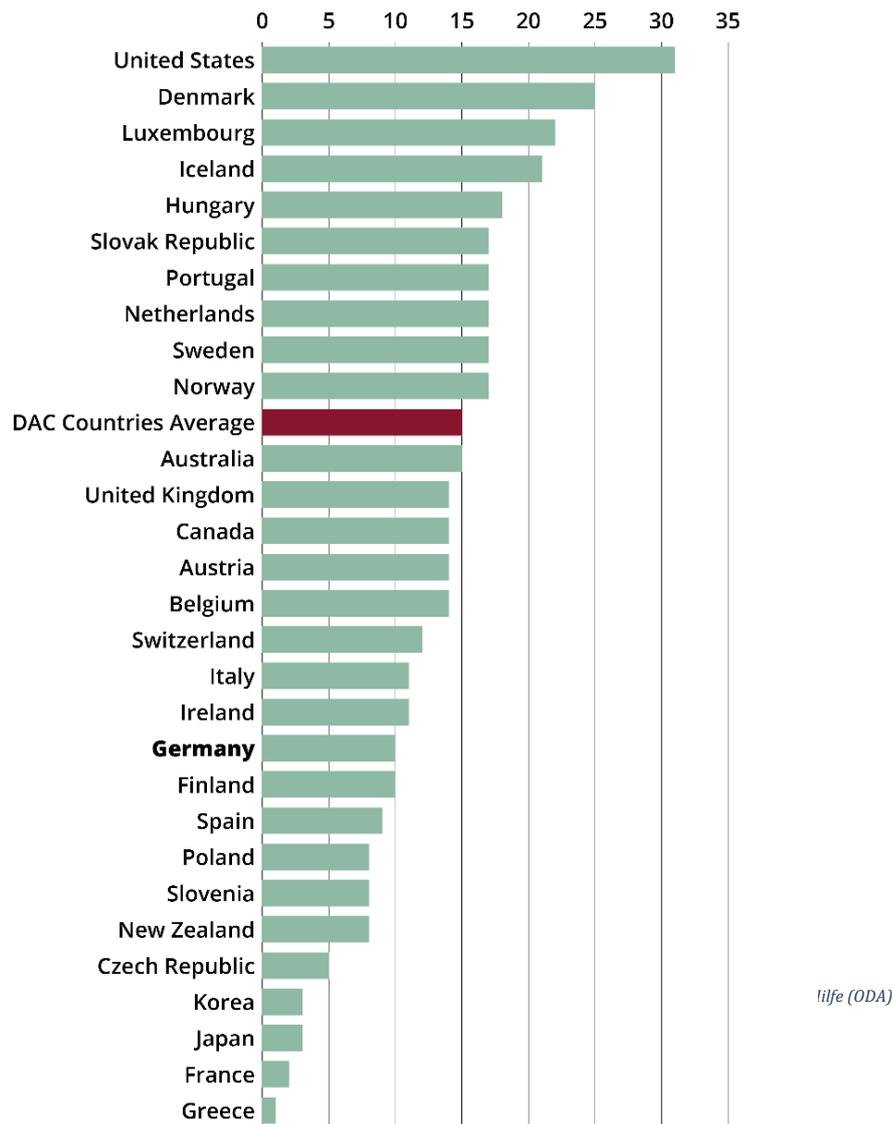


Grafik 7: Geberländer sortiert nach Pro-Kopf Finanzierung umgerechnet auf einheimische Bevölkerung. Umrechnung des deutschen Budgetentwurfs 2025 nach aktuellem Wechselkurs.

Zudem investiert Deutschland auch im Rahmen seiner insgesamt vorhandenen Mittel für Official Development Assistance (ODA / Entwicklungszusammenarbeit & humanitäre Hilfe) einen weit unterdurchschnittlichen Anteil seiner ODA-Leistungen in der humanitären Hilfe. Während die DAC-Staaten im Schnitt 15% ihrer ODA für humanitäre Hilfe einsetzen und relevante Geber wie die USA (33%) oder auch Norwegen, Schweden, Dänemark und die Niederlande teils weit höhere Anteile leisten, lag der Beitrag schon zu Zeiten eines relativ hohen humanitären Budgets in 2022 **nur bei 10%** in

Deutschland. Dies verweist auch auf die **Gesamtverantwortung der Bundesregierung**, das Auswärtige Amt im Rahmen eines gegebenen Bundeshaushalts mit anteiligen finanziellen Mitteln auszustatten, die eine **angemessene Förderung auch von vergessenen Krisen ermöglicht**.

Anteil des Budgets für humanitäre Hilfe am Gesamtbudget für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (ODA) in 2022 in %



Grafik
- interi

Hilfe (ODA)

Im Zusammenspiel einer sich andeutenden stärkeren Politisierung der deutschen humanitären Hilfe sowie im Falle eines weiter drastisch sinkenden humanitären Budgets droht Deutschland damit zum einen seine Ambitionen zu untergraben, ein relevanter humanitärer Player zu werden und zum anderen seine Reputation als großer und prinzipienorientierter Payer einzubüßen. Es

wäre daher zentrale Aufgabe einer künftigen Bundesregierung, beide Trends aufzuhalten und nicht zuletzt im Feld der vergessenen Krisen Deutschlands Standing zu bewahren und auszubauen.

IV. Bedeutung humanitärer Diplomatie in der deutschen Praxis sowie der neuen humanitären Strategie (FDP)

Humanitäre Diplomatie ist in Zeiten sinkender Spielräume (Shrinking Spaces) für humanitäre Akteur*innen, eines abnehmenden Respekts für das Internationale Humanitäre Völkerrecht wie auch für freien Zugang für humanitäre Organisationen in allen großen humanitären Krisen dieser Zeit (Sudan, Südsudan, Ukraine, Gaza, Jemen, bis dato Syrien etc.) **von zentraler Bedeutung**. In der neuen deutschen humanitären Strategie ist sie daher zu Recht als ein wichtiges Arbeitsfeld benannt. Dies spiegelt sich jüngst auch in einer Stärkung des Arbeitsfelds humanitäre Diplomatie im Auswärtigen Amt in jüngster Zeit mit der Ernennung einer „Sondergesandten für humanitäre Hilfe im Nahen und Mittleren Osten“ wider. Auch die mehrfach betonte Rolle der deutschen Auslandsvertretungen in der Strategie ist in diesem Kontext relevant.

Zugleich steht die Humanitäre Diplomatie für die von Seiten des CHA analysierten Schwächen der neuen humanitären Strategie⁶, da das komplexe und ressourcenintensive Thema als eines von insgesamt einem Dutzend „Schwerpunktthemen“ in der Strategie benannt wird. Entsprechend vage bleibt in der Strategie wie auch ihrer Umsetzung, wie das Arbeitsfeld künftig effektiv und zielorientiert ausgeübt und angemessen ausgestattet werden soll. Dies wäre jedoch zentral, um eine Situation zu überwinden, in der beispielsweise die aktuelle Sondergesandte für den Nahen Osten diese Funktion als zusätzliche Aufgabe zur Leitung der großen und sehr diversen Abteilung S (Krisenprävention, Stabilisierung, Friedensförderung und humanitäre Hilfe) übernommen hat. Die zwischenzeitlich geplante Funktion einer Sonderbeauftragten für den Sudan wurde letztlich nicht geschaffen, sondern dies einer Staatsministerin als Zusatzaufgabe übertragen.

Eine solche **Struktur dürfte sich kaum als auf Dauer nachhaltig und wirksam erweisen**, insbesondere in Zeiten sinkender Budgets und damit einer schwindenden *hard power*, welche Berlin bis jetzt anzubieten hatte. Gleiche Bedenken gelten für die in der Strategie angedeutete aber ebenfalls **nicht ersichtliche Stärkung der Rolle der Auslandsvertretungen in diesem wie auch dem humanitären Kontext insgesamt**. Deutschland mit seinem sehr zentralisierten diplomatischen Dienst ist hier insbesondere im humanitären Feld grundlegend anders aufgestellt als Akteure wie die USA, Großbritannien oder die Europäische Kommission mit großem Personalbestand und langjähriger Fachexpertise in den Krisenregionen vor Ort. Das Auswärtige Amt verfügt derweil nach eigener Aussage in keiner Außenvertretung über einen Mitarbeitenden, der sich hauptsächlich mit humanitärer Hilfe beschäftigt.⁷ In der Zentrale Berlin ist Deutschland zugleich personell weit schlechter ausgestattet als vergleichbare Geber im Verhältnis zu seinem finanziellen Engagement und kann somit auch Policy-Felder wie die Humanitäre Diplomatie nur sehr begrenzt bearbeiten (siehe Tabelle 1).

⁶ <https://www.chaberlin.org/blog/weder-player-noch-payer/>

⁷ <https://dserver.bundestag.de/btd/19/239/1923978.pdf>; <https://dserver.bundestag.de/btd/20/079/2007957.pdf>

Humanitäre Hilfe	Mittel gesamt (gerundet) in Millionen Euro 2020	Anzahl Mitarbeiter*innen	Mittel pro Mitarbeiter*in (gerundet) in Millionen Euro
Deutschland	2.137	76,5	27,9
Schweden	405,9	45	9,0
USA	4.972	750	6,6
Großbritannien	1.762	150	11,7
EU-Kommission	1.823	600	3,0

Tabelle 16: Vergleich von zu verwaltenden Mitteln pro Mitarbeitenden im Auswärtigen Amt mit anderen humanitären Geberstaaten im Jahr 2020. Quelle: Deutscher Bundestag 2020

Über die Frage materieller Ressourcen und klarer Prioritätensetzungen hinaus spielen die Kohärenz politischer Ansätze in der Humanitären Diplomatie eine zentrale Rolle, da mangels Sanktionsmechanismen auch *soft power* Elemente wie **Glaubwürdigkeit und Reputation** wichtige Einflussfaktoren sind. Vor diesem Hintergrund darf nicht unterschätzt werden, dass **Deutschlands internationale Reputation durch seine spezifische Rolle im Nahostkonflikt seit dem 7.10.23 stark gelitten hat**.

Hierzu tragen **Vorwürfe von doppelten Standards** mit Blick auf den Gaza-Konflikt und u.a. den russischen Angriff auf die Ukraine bei. Als doppelte Standards werden in diesem Kontext u.a. eine nicht gleichermaßen verfolgte Durchsetzung des humanitären Völkerrechts, ein unterschiedlich ausgeprägter Respekt vor der unabhängigen Strafverfolgung von Kriegsverbrechen sowie eine inkonsequente Waffenexportpolitik mit Blick auf Deutschlands Umgang mit der israelischen Regierung benannt und als elementare Schwächung seiner Glaubwürdigkeit betrachtet.

V. Geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt in vergessenen Krisen (Bündnis 90/ Die Grünen)

Schon im Kontext relativ beachteter humanitärer Krisen spielen Themen wie Gender-Based Violence (GBV) sowie gendersensible und gendertransformative Ansätze häufig eine untergeordnete Rolle. Dies zeigt sich u.a. an einer **marginalen Finanzierung genderrelevanter Programme und insbesondere frauengeführter lokaler Hilfsorganisationen**. **Diese Herausforderungen sind umso größer in vergessenen Krisen** im Wettbewerb um besonders geringe Ressourcen, worunter marginalisierte Gruppen (Frauen, Mädchen, LGBTIQ+, Menschen mit Behinderungen) überproportional leiden. So wies beispielsweise die DR Kongo im Jahr 2023 die weltweit höchsten Raten an GBV auf (s.u.). Gleiches gilt jenseits materieller Ressourcen für Fragen von **mangelnder Partizipation** und Teilhabe selbiger Gruppen auch in humanitären Entscheidungsprozessen.

Umso wichtiger erscheinen die genannten Ziele der Bundesregierung mit Blick auf eine konsistent gendersensible humanitäre Hilfe sowie dem Anspruch, es gäbe auch im genderrelevanten Kontext für die

Bundesregierung keine “vergessenen Krisen”. Dieser verbale Anspruch steht in einem **Zielkonflikt mit einem drastisch gekürzten humanitären Budget** wie auch mit einer Strategie, welche “gender- und inklusionssensible Hilfe” als einen von einer Fülle von sogenannten “Schwerpunkten” für die künftige humanitäre Arbeit beschreibt. Überdies können Querschnittsfragen und –themen wie **Genderfragen und GBV die teils problematische regionale Kategorisierung von vergessenen Krisen verdeutlichen**. Aus feministischer Perspektive schwelt beispielsweise weltweit mit Blick auf GBV-Levels eine internationale vergessene Krise. Für das Feministische Humanitäre Netzwerk führt dies damit auch zu der **Grundsatzfrage, wer vergessene Krisen definiert**: Ein internationales humanitäres System und seine dominanten Akteure, oder die Betroffenen selbst im Zuge einer ernsthaften Partizipation u.a. auch von marginalisierten Gruppen wie Frauen, Mädchen und LGBTIQ+ Personen.

VI. Klimawandel und die Relevanz vorausschauender Hilfe in vergessenen Krisen (Bündnis 90 / Die Grünen)

Der Klimawandel verstärkt humanitäre Krisen weltweit und in vergessenen Krisen, welche – je nach Definition - häufig besonders intensiv unter den Folgen des Klimawandels leiden. Dies befördert eine **Abwärtsspirale, da Betroffene in langjährigen vergessenen Krisen** mangels nachhaltiger Unterstützung und Beachtung **weit unterproportionale Kapazitäten, Reserven und Resilienzen besitzen, sich gegen klimabedingte Wetterphänomene zu wappnen**. Klimateffekte können daher vergessene Krisen massiv verschärfen oder sogar mit kreieren durch eine Abwanderung von Ressourcen in Klimaprogramme in andere Länder und Regionen. Diese Gefahr besteht beispielsweise insbesondere in fragilen Staaten und Kontexten, da **nachweislich Klimaprogramme weit unterproportional in solchen Krisen umgesetzt werden, obwohl diese häufig die höchsten Bedarfe aufweisen bzw. vielfach zu den vergessenen Krisen zählen**.⁸ Ein ähnlich hohes Risiko gilt für Flüchtlinge, welche als vulnerable Vertriebene Klimafolgen häufig noch weit stärker ausgesetzt sind als lokale Gemeinden.⁹ Auch genuine “Klimaflüchtlinge” zählen zu den vulnerabelsten Gruppen in vergessenen Krisen, insbesondere wenn sie zugleich Folgen von Konflikt und Gewalt ausgesetzt sind.

Antizipative Hilfe ist zugleich ein elementares Instrument, um den Folgen des Klimawandels auch in vergessenen Krisen zu begegnen. Das vom Auswärtigen Amt ausgegebene und umgesetzte Ziel, mindestens 5% seines humanitären Budgets für Antizipative Hilfe zu verausgaben, ist daher sehr zu begrüßen. Je nach Schätzung ist antizipative gegenüber reaktiver Hilfe um den Faktor 2 bis 7 kosteneffizi-

⁸ <https://www.sparc-knowledge.org/sites/default/files/documents/resources/exploring-the-conflict-blind-spots-in-climate-adaptation-finance.pdf>; <https://adelphi.de/de/publikationen/a-new-climate-for-peace-taking-action-on-climate-and-fragility-risks>; [https://www.rescue.org/sites/default/files/2024-11/Turning Words Into Action_IRC COP29.pdf](https://www.rescue.org/sites/default/files/2024-11/Turning%20Words%20Into%20Action_IRC%20COP29.pdf) (see page 4 for a list of 17 countries experiencing overlapping climate and conflict risks: many have forgotten crises); https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/downloads/fachpublikationen/Anpassungsindex/Climate_Adaption_Finance_Index_2024.pdf (See page 14 for most severely underfunded countries: many have forgotten crises); <https://www.ifrc.org/document/making-it-count-smart-climate-financing-most-vulnerable-people>

⁹ <https://www.nrc.no/resources/reports/cracked-earth-shrinking-harvest-drought-impact-on-displaced-and-returnee-iraqis>; <https://www.nrc.no/feature/2024/struggling-against-the-tide-afghanistans-battle-against-climate-change-and-displacement/>

enter. **Insbesondere für vergessene Krisen**, welche von freiwilligen Zuwendungen zumeist sehr begrenzt profitieren, können bestimmte Formate antizipativer Hilfe zugleich einen **relevanten und rechtlich abgesicherten Finanzierungs-Mechanismus bieten**. Das Prinzip definierter Schwellenwerte, nach denen Zahlungen beispielsweise nach Eintreten objektiverer und definierter Wetterentwicklungen frühzeitig und verbindlich aus einem entsprechenden Fond geleistet werden müssen, macht die von entsprechenden Krisen betroffenen Menschen unabhängiger von humanitären Appellen, die gerade in vergessenen Krisen häufig kaum oder stark verzögerte finanzielle Hilfszusagen bewirken.

Gleichwohl ist antizipative Hilfe per Definition ein Instrument, um akuten Krisen zu begegnen. Es **taugt jedoch begrenzt als Maßnahme, um die Ursachen langanhaltender *protracted crisis* zu bekämpfen**. Auch in Konfliktgebieten sind antizipative Mechanismen bislang nicht erprobt. Auch dies verweist darauf, dass eine angemessene Balance zwischen dem Einsatz vorausschauender und traditioneller Hilfsprogramme notwendig bleibt. International hinken die bereit gestellten Mittel jedoch ohnehin weiterhin deutlich hinter dem vom AA propagierten Ziel eines 5% Anteils hinterher. Eine aktuelle Studie zeigt, dass die Mittel, die für antizipative Hilfe im Jahre 2023 bereitgestellt wurden, nur 0,7% der gesamten internationalen humanitären Hilfe ausmachten.¹⁰

VII. Humanitäre Hilfe im Fokus – fragile Krisen und die Beispiele DRC und Jemen (SPD)

Die humanitären Krisen in DRC und dem Jemen stehen für einen besorgniserregenden Trend von humanitären Krisen in Regionen, die von Fragilität, Konflikten, Autoritarismus oder Diktaturen geprägt sind. Rund 80% der weltweiten humanitären Hilfe muss heute in von Konflikten betroffenen Regionen geleistet werden.¹¹ Nur noch 2% der Weltbevölkerung lebt in vollständig freiheitlichen Gesellschaften, über zwei Drittel der Menschheit unter autoritären Regimen oder Diktaturen, Tendenz steigend.¹²

Dies hat auch Auswirkungen auf humanitäre Krisen in Ländern wie DRC und dem Jemen. Die humanitäre Situation im Jemen ist seit vielen Jahren dramatisch. Allein 4,5 Millionen Menschen wurden im Lande vertrieben. Über 20 Millionen Menschen haben keinen ausreichenden Zugang zu Trinkwasser, über 7 Millionen Menschen leiden an *mental health* Problemen, aber nur 120.000 Menschen haben Zugang zu psychologischer Betreuung. Die Raten der Unterernährung haben sich seit 2023 verdreifacht. Zum anhaltenden Konflikt kommen eine Wirtschaftskrise und die Folgen des Klimawandels hinzu. Der finanzielle Hilfs-Bedarf liegt in 2024 bei rund 2 Mrd. US\$ und ist in diesem Jahr immerhin zu rund 63% gedeckt. Große Herausforderungen bleiben aber der humanitäre Zugang.

Gleiches gilt für die aktuelle humanitäre Situation in der DR Kongo, wo über 25 Millionen bedürftige Menschen leben einschließlich 7 Millionen intern Vertriebener. Besonders Goma und an Nord- und Süd-Kivu angrenzende Provinzen nehmen Binnenvertriebene auf, haben aber nicht ausreichend Ressourcen, um sie zu versorgen. DRC litt 2023 unter der weltweit höchsten Anzahl an Menschen, die von Ernäh-

¹⁰ https://devinit-prod-static.ams3.cdn.digitaloceanspaces.com/media/documents/Falling_short_Humanitarian_funding_and_reform.pdf

¹¹ <https://projects.worldbank.org/en/results/2024/01/16/pursuing-development-goals-amid-fragility-conflict-and-violence>.

¹² <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/>

rungsunsicherheit betroffen waren, sowie an der weltweit höchsten Rate an geschlechtsbasierter Gewalt.¹³ Der finanzielle Bedarf in DRC liegt im Jahr 2024 bei US\$ 2,58 Mrd., davon sind bislang 50,1 % gedeckt. Besonders der bewaffnete Konflikt in der Provinz Süd-Kivu hat zugleich den humanitären Zugang stark eingeschränkt.¹⁴

Beide Krisen stehen damit für ein wachsendes Dilemma einer zunehmenden Anzahl von Krisenkontexten mit sowohl stark steigenden humanitären Bedarfen als auch steigenden Herausforderungen humanitäre Hilfe überhaupt leisten zu können. Zugleich ist festzuhalten, dass insbesondere zivilgesellschaftliche und lokale Organisationen vielfach regierungsferne und wirksame Hilfe leisten und dies unter zunehmenden Risiken tun. **2023 war das tödlichste Jahr für Helfende in der Geschichte der humanitären Hilfe.** Auch Risiken von programmatischen Rückschlägen, welche flexible Programme inklusiver agiler Elemente (Nexus-Ansätze, *crisis modifiers*) erforderlich machen nehmen zu. Gleiches gilt für das Risiko von Fehlschlägen und Verlusten humanitärer Hilfsleistungen, die in Konfliktgebieten und fragilen Regionen unweigerlich ansteigen und ebenfalls **ein Risikomanagement erfordern, dass Risiken nicht weiterhin top-down von Geberregierungen bis zu lokalen Hilfsorganisationen herunterdelegiert.**¹⁵ Eine **größere Fehlertoleranz und fairere Risikoverteilung** zwischen lokalen Akteur*innen, internationalen Hilfsorganisationen und Geberregierungen wird **für eine wirksame humanitäre Hilfe in vergessenen Krisen** in Zeiten zunehmender Fragilität und konfliktiver Krisen daher **unabdingbar** sein.

¹³ <https://www.usaid.gov/humanitarian-assistance/democratic-republic-of-the-congo#:~:text=The%20growing%20presence%20of%20armed,%2C%20abduction%2C%20forced%20labor%2C%20and>

¹⁴ <https://reliefweb.int/report/democratic-republic-congo/democratic-republic-congo-complex-emergency-fact-sheet-10-fiscal-year-fy-2024>

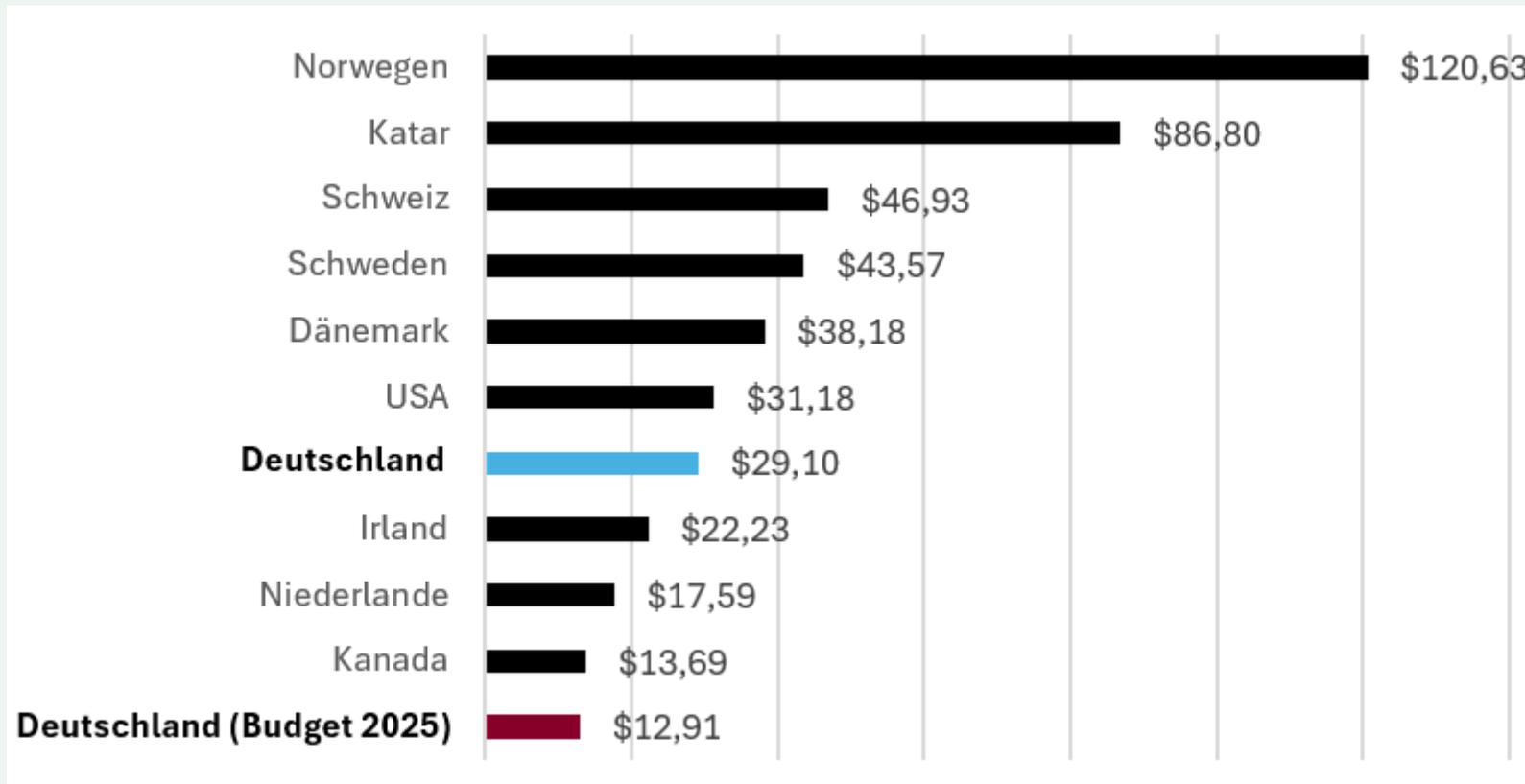
¹⁵ <https://www.chaberlin.org/publications/lokalisierung-in-der-praxis-2-risk-sharing-in-der-humanitaeren-hilfe/>

Vergessene Krisen

Ralf Südhoff, Centre for Humanitarian Action
Deutscher Bundestag, 18. Dezember 2024

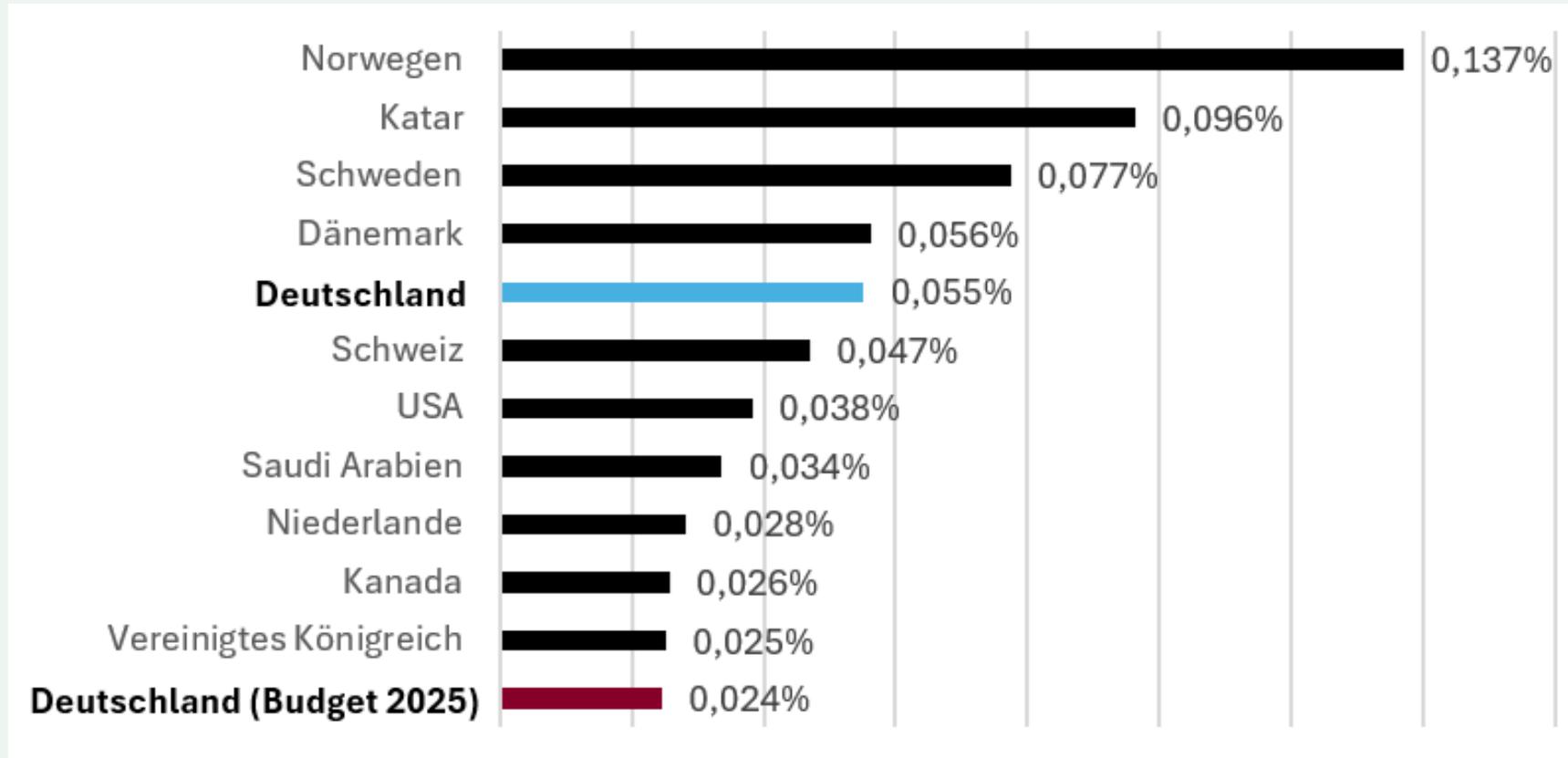


Geberländer nach Pro-Kopf-Finanzierung für humanitäre Hilfe (2023)



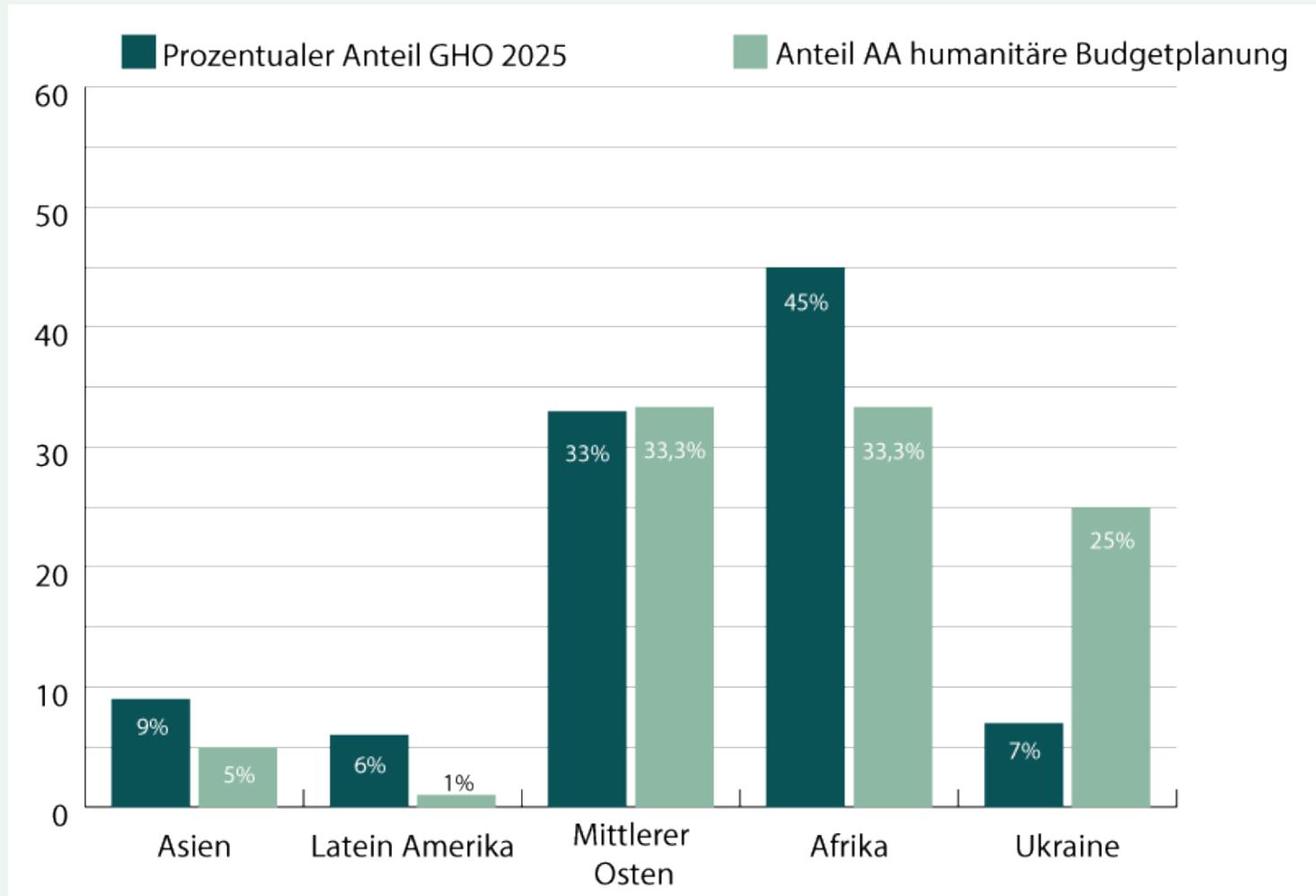
Geberländer sortiert nach Pro-Kopf Finanzierung umgerechnet auf einheimische Bevölkerung.
Umrechnung des deutschen Budgetentwurfs 2025 nach aktuellem Wechselkurs.

Humanitäre Budgets im Vergleich zur Wirtschaftsleistung (BIP 2023, in %)



Topgeberländer sortiert nach Quote des humanitären Budgets im Vergleich zur Wirtschaftsleistung (BIP 2023).
Umrechnung des deutschen Budgetentwurfs 2025 nach aktuellem Wechselkurs.

Anteil regionaler Hilfsbedarfe und Budgetplan des Auswärtigen Amts



Quelle:
Global Humanitarian Overview 2025;
AA Budgetplan



Centre for Humanitarian Action
Märkisches Ufer 34 | 10179 Berlin
info@chaberlin.org | www.chaberlin.org





Ausschussdrucksache 20(17)102

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 18. Dezember 2024 zum Thema

„Vergessene humanitäre Krisen“

Irfan Peci
Islamismusexperte

Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestag: Vergessene humanitäre Krisen

Stellungnahme des Sachverständigen Irfan Peci

Wien, den 16.12.2024

Die menschenrechtliche Lage auf dem Westbalkan

Salafistengruppen in Bosnien und Herzegowina und in Serbien

Die Sicherheitsbehörden der Staaten auf dem Westbalkan gehen von insgesamt ca. 50.000 Salafisten aus, die sich auf daselbst befinden.¹ In ihren Moscheen lehren und praktizieren sie einen Islam nach salafistischem Verständnis, d.h. wie ihn der islamische Prophet Muhammed und die ersten drei Generationen der Muslime verstanden und praktiziert haben.

Dabei lassen sich drei verschiedene salafistische Strömungen auf dem Balkan ausmachen. Nicht-gewaltbereite, sogenannte legalistische Salafisten, die sich darauf konzentrieren, die Gesellschaft zu islamisieren und zu radikalieren. Sie sehen keinen Sinn darin, in der aktuellen Situation, in der die Gesellschaft ihres Landes noch weit entfernt vom islamischen Idealbild ist, Gewalt auszuüben oder parteipolitisch gestalten zu wollen. Erst müsse die Gesellschaft dafür vorbereitet werden, die islamische politische Herrschaft auch anzuerkennen und überhaupt zu wollen. Daher konzentrieren sie sich auf die Mission, also darauf, möglichst viele Menschen vom Islam nach salafistischem Verständnis zu überzeugen. Diese Strömung gilt zahlenmäßig als die größte unter den Salafisten.

Die zweite salafistische Strömung besteht aus gewaltbereiten Salafisten, sogenannten Dschihadisten, die bereits jetzt die Zeit dafür reif sehen, Gewalt in Form des Dschihad anzuwenden. Diese Gruppe tritt vornehmlich in Erscheinung, wenn es um Ausreisen in Dschihadgebiete geht, wie es im syrischen Bürgerkrieg der Fall war, in dem hunderte Dschihadisten vom Balkan nach Syrien ausreisten und sich dort verschiedenen islamistischen Terrororganisationen, hauptsächlich dem Islamischen Staat, anschlossen.

Im Vergleich zur Bevölkerungsanzahl verfügt der Kosovo über die meisten Personen, die sich dem IS angeschlossen haben. Allein aus dem Kosovo sollen es ca. 300 solcher Dschihadisten sein. 2019 hat der Kosovo 110 seiner Staatsbürger aus Syrien zurückgeholt: kosovarische IS-Terroristen samt ihren Frauen und Kindern.²

Aus Bosnien sollen sich ebenso mindestens 300 gewaltbereite Salafisten dem IS in Syrien angeschlossen haben.³

Neben den Ausreisen zu islamistischen Terrororganisationen verüben gewaltbereite Salafisten auch Terroranschläge im Inland. Einer der ersten Terroranschläge war das Attentat auf die US-

¹ <https://www.vesti-online.com/u-bosni-50-000-vehabija/>

² <https://www.kosmo.at/is-anhaenger-kosovo-holt-110-menschen-aus-syrien-zurueck/>

³ <https://www.politico.eu/article/isis-widows-islamic-state-bosnia-syria-struggles-with-return/#:~:text=Bosnia%2DHerzegovina%20%E2%80%94%20about%20half%20of,video%20campaigns%2C%20and%20social%20media.>

Botschaft in Sarajevo 2011 durch Mevlid Jasarevic, der aus der südserbischen muslimischen Region, dem sogenannten Sandzak, stammt, jedoch in Wien aufgewachsen war.

Zuletzt gab es mehrere Anschläge und Anschlagversuche; zu nennen wäre hier vor allem der Angriff auf die israelische Botschaft in Belgrad im Juni, durch den zum Islam konvertierten Serben Milos Zujovic, der wie schon der vorher genannte Jasarevic Teil einer salafistischen Gemeinde im südserbischen Sandzak gewesen war.⁴

Der Anführer jener Salafistengruppe, zu der Zujovic gehörte, war Senad Ramovic, der aufgrund von Anschlagplänen in Serbien bereits lange in Haft gesessen war, seine Agitation nach seiner Entlassung jedoch fortsetzte und womöglich Zujovic zu seinem Anschlag auf die israelische Botschaft motivierte.

Ramovic tauchte nach diesem Anschlag unter und wurde schließlich bei seiner Festnahme erschossen, nachdem er selbst auf serbische Polizisten geschossen hatte.

Als dritte relevante salafistische Strömung auf dem Balkan gelten die sogenannten Takfiristen.⁵ Ihnen sind selbst die Dschihadisten ideologisch nicht radikal genug, sodass sie selbst Al-Qaida und andere islamistische Terrororganisationen aus theologischen Gründen zu Ungläubigen erklären. Dabei halten sie selbst den gewaltsamen Dschihad für berechtigt, sehen jedoch nur sich selbst als die einzig wahren Vertreter des Islam.

Die Takfiristen standen dem IS nahe, identifizierten sich jedoch nur mit eben dieser Takfiristen-Fraktion innerhalb des IS, die jedoch später seitens der IS-Führung beseitigt wurde, da man einen Putsch durch diese sogenannten „Übertreiber“ fürchtete.

Der bosnischstämmige Prediger Nedžad Balkan gilt als die führende Autorität der Takfiristen im deutschsprachigen Raum und inspirierte mehrere Attentäter zu Anschlägen, etwa den bereits genannten Jasarevic, der die US-Botschaft in Sarajevo angriff; aber auch Kujtim Fejzulaj, der 2020 in Wien einen Terroranschlag beging, bei dem vier Personen getötet und 23 weitere teils schwer verletzt wurden.⁶

Staatlich anerkannte muslimische Gemeinschaften

Die salafistischen Moscheen sind nicht an die staatlich anerkannte islamische Glaubensgemeinschaft in Bosnien angeschlossen, da sie diese als zu liberal und staatshörig betrachten. Das bedeutet jedoch nicht, dass die offiziöse islamische Glaubensgemeinschaft einen aus unserer Sicht liberalen Islam vertreten würde; auch in ihren Moscheen stößt man auf islamischen Fundamentalismus, Extremismus und Antisemitismus.

Als Beispiel hierfür kann der Mufti der islamischen Glaubensgemeinschaft in Serbien in der sogenannten Sandzakregion, Abdurrahman Kujevic, dienen, der regelmäßig Pro-Palästina

⁴ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/angriff-israelische-botschaft-100.html>

⁵ <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2021A09/>

⁶ <https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=57515479785575577368513D>

Demonstrationen in der serbischen Stadt Novi Pazar organisiert, in der es zu judenfeindlichen Protesten kommt.

Dabei wurden sogar IS-Flaggen gehisst. Kujevic selbst hat in hasserfüllten Reden während dieser Demonstrationen die islamische Herrschaft unter der Scharia propagiert, die Errichtung eines islamischen Staates gefordert, die muslimischen Kämpfer, die im Kampf gegen Israel gestorben sind, als Märtyrer gefeiert und in einem gemeinsamen Gebet Allah darum angefleht, Israel und die Zionisten auszulöschen; all das unter lautem, aggressivem Gebrüll tausender Teilnehmer.

Zitat: „Als die Muslime mit dem Kalifat eine Übermacht waren, herrschte noch Gerechtigkeit auf Erden. 100 Jahre nach Abschaffung des Kalifats sehnt sich die Welt wieder nach Gerechtigkeit. Doch das Kalifat wird wieder zurückkehren und regieren, denn dies hat uns Allah selbst versprochen. Wir stehen zu deinen Diensten, Gaza. Gaza, dein Blut ist unser Blut, dein Feind ist unser Feind.

Und auch Israel wird bald vernichtet werden, aber Gaza bleibt ewig, der Islam bleibt ewig, dies kann niemand zerstören. Sie vergießen unser Blut, das Blut unserer Märtyrer, und sie sollen wissen, dass der Islam durch das Blut der Märtyrer wächst und gedeiht. Wir bitten dich, Allah, vernichte die zionistischen Terroristen. O Herr, der du in der Lage bist ihre Verbündeten zu besiegen, besiege die zionistischen Terroristen.“

Doch nicht nur bei Pro-Palästina Demonstrationen äußert sich Mufti Kujevic von der islamischen Glaubensgemeinschaft in Serbien derart radikal. In einer seiner Lehrstunden sagt er folgendes zum Thema des gewaltsamen Dschihad:

„Diese schönen Begriffe wie Dschihad, Kalifat, Mudschahedin usw. Das sind ehrenvolle Begriffe [...]. Der Dschihad ist eine Barmherzigkeit, eine Gnade [...]. Wo auch immer der Dschihad geführt wird, bringt dieser Barmherzigkeit und Segen in dieses Gebiet. Die Menschen und die Völker freuten sich über die Mudschahedin, wenn sie zu ihnen kamen.“

Es gilt also festzuhalten, dass es sogar in der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Serbien, wie auch in Bosnien und Herzegowina, Anhänger des politischen Islam gibt, die eben keinen liberalen, aufgeklärten Islam vertreten, sondern eine Form des politischen Islam.

Die muslimische Bevölkerung auf dem Balkan hat somit leider nur die Wahl zwischen Salafisten und etwas gemäßigeren Anhängern des politischen Islams; dies trägt enorm zur Radikalisierung der Muslime auf dem Balkan bei. Denn welche Moschee der prototypische Muslim auch besuchen mag, bekommt er doch eine Variante des politischen Islam präsentiert.

Lage der Juden

Wenig überraschend ist auch die nur noch rund 700 Mitglieder umfassende jüdische Gemeinschaft Bosniens mit massiven Problemen konfrontiert. Das alljährliche Holocaustgedenken musste im November 2023, nach Beginn des Gaza-Kriegs, da die öffentliche Meinung sich zunehmend gegen Israel wandte, wegen Sicherheitsbedenken

ausfallen. Seit Jahren ist in Sarajevo zudem die Eröffnung eines Holocaust-Museums geplant, das die unrühmliche Rolle der Bosniaken, anders als die bisherigen Ausstellungen, nicht beschönigen sollte. Doch auch dieses Projekt wurde inzwischen auf Eis gelegt.

Eldad Beck, Europakorrespondent der *Jerusalem Post*, befand, dass Sarajevo „zunehmend zu einer europäischen Bastion der Hamas-Unterstützung“⁷ werde. Und angesichts dessen, wie in der bosnischen Öffentlichkeit auf jüdische Kritik reagiert wird, erscheint diese Einschätzung als durchaus plausibel.

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Mostar, Amir Gross Kabiri, musste das am eigenen Leib erleben. Als die Bürgermeisterin von Sarajevo, Benjamina Karic, bei Massenkundgebungen zugunsten Gazas auftrat, kritisierte Gross Kabiri sie öffentlich und sandte ihr in einem privaten Chat mitunter Hamas-Aufnahmen von Ermordungen israelischer Zivilisten zu. Die Bürgermeisterin ging damit umgehend an die Presse und warf Gross Kabiri vor, er sende ihr Morddrohungen in Form von Gewaltvideos. Sogar die israelische Botschaft hielt es für nötig, in den Diskurs einzugreifen und Gross Kabiri vor den z.T. islamistischen Anwürfen in Schutz zu nehmen.⁸

Ausländischer Einfluss

Die zunehmende Islamisierung auf dem Balkan wird auch von ausländischen Staaten befeuert. Bis zum Auftreten des Kronprinzen Muhammed bin Salman, der die Finanzierung ausländischer Moscheen beendete, stellte Saudi-Arabien den größten Geldgeber hiesiger fundamentalistischer Vereine dar; seither haben andere Akteure diese Rolle übernommen. In den letzten Jahrzehnten tut sich zunehmend die Türkei hervor als Geldgeber sowohl in der erinnerungs- als auch bildungspolitischen Sphäre. Die 2004 in Ilidža bei Sarajevo eingerichtete *International University of Sarajevo* etwa, befindlich in Trägerschaft einer von Erdogans Sohn geleiteten Stiftung, gelangt immer wieder damit in die Schlagzeilen, dass sie ihre Studenten mit der muslimbruderschaftlichen Ideologie der türkischen Regierung indoktriniere.

Diese Regierung betrachtet den Balkan aufgrund der dortigen jahrhundertelangen osmanischen Herrschaft mehr als nur als wichtiges Einflussgebiet. "Wir müssen überall dort hingehen, wo unsere Ahnen einst waren", bekundete Erdogan bereits vor Jahren.⁹

Die Türkei übt vor allem in Bosnien auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene massiven Einfluss aus. Dabei wird sie von den Bosniaken, insbesondere den religiösen unter ihnen, als muslimische Schutzmacht willkommen geheißen.

⁷ <https://www.jpost.com/international/article-813992>

⁸ <https://balkaninsight.com/2023/11/28/israeli-embassy-voices-support-for-man-accused-of-harassing-sarajevo-mayor/>

⁹ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-recep-tayyip-erdogans-aussenpolitik-auf-dem-balkan-a-1296415.html>

Die Islamisierung auf dem Balkan hat aus einer Vielzahl von Gründen einen enormen Einfluss auch auf uns in Deutschland; allein schon aufgrund der geografischen Nähe und der Tatsache, dass vor allem seit dem Bürgerkrieg in den 90er Jahren hunderttausende Menschen vom Balkan nach Deutschland migrierten.

Es leben rund 250.000 Bosniaken in Deutschland, die hier auch Moscheen eröffnen.¹⁰ Allein aus der Sicherheitsperspektive ist die zunehmende Islamisierung auf dem Balkan aus deutscher Sicht besorgniserregend.

Fragen: Warum werden Krisen vergessen? Oder: Was sind die Bedingungen auf Seiten der Vergessenden und der Vergessenen, dass sie vergessen werden?

Die sich verschlechternde Menschenrechtslage auf dem Westbalkan ist hauptsächlich durch Islamisierung bedingt. Da Kritik am Islam nahezu als unstatthaft gilt, insbesondere unter deutschen Medienschaffenden, erfährt dieses Thema hierzulande kaum Aufmerksamkeit. Es kommt hinzu, dass die fraglichen Akteure vonseiten des Westens über Jahrzehnte hinweg unterstützt worden sind. Eine offene Kritik und mögliche Abwendung von den derzeitigen Verbündeten käme dem Eingeständnis gleich, aus rein geopolitischen Überlegungen heraus die Falschen unterstützt zu haben.

¹⁰ <https://www.dw.com/de/bosnier-in-deutschland-eine-zweite-heimat/a-16475659>